Sitzungsunterlagen

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

26.11.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung öffentl. 5

Vorlagendokumente

TOP Ö 2 Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

SV ISJS TOP 2 öffentlich 7

TOP Ö 3 Projektentwicklung Kindergarten Nord

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3773/2025 9

Anhang 1_Broschüre Projektentwicklung Kita Nord 3773/2025 15

Anhang 2_Planunterlagen PE Kita Nord 3773/2025 49

TOP Ö 4 Zuschuss zur Renovierung der integrativen Kindertagesstätte Regenbogenland der Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3764/2025 59

TOP Ö 5 Sonderzuschuss für das Kalenderjahr 2025 an das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck für den Betrieb von zwei Kindertageseinrichtungen

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3742/2025 63

TOP Ö 6 Sachantrag Nr. 197 der SPD: Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" nutzen

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3779/2025 69

TOP Ö 7 Einrichtung eines Arbeitskreises "AmperOase"

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3778/2025 73

Anlage 1 - Auszug aus der Niederschrift über die 40. Öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.04.2023 TOP 6 3778/2025 79

Anlage 2 - Sachantrag NR.169 der SPD-Fraktion vom 12.08.2023 3778/2025 83

Anlage 3 -Sachantrag Nr. 189 der BBV-Fraktion eingegangen am 12.08.2025 3778/2025 85

TOP Ö 8 Zuschussvereinbarung SV Puch e.V.

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3777/2025 87

Anlage 1 - Antrag SV Puch e.V. 3777/2025 91

Anlage 2 - Entwurf Zuschussvereinbarung SV Puch e.V. 3777/2025 93

TOP Ö 9 Wertfreie Nutzung Räumlichkeiten Haus Hasenheide

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3766/2025 97

Anlage 1 Räume OG Haus Hasenheide 3766/2025 101

Anlage 2 AV Kostenerlass Nutzung Büros Haus Hasenheide 2023 3766/2025 103

TOP Ö 11 Maßnahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts - Anpassung an die Stadt Fürstenfeldbruck

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3781/2025 107

Anlage 1 SPGK Massnahmenempfehlungen 3781/2025 111

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

An die/ das/ den
Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung
Behindertenbeirat/ Seniorenbeirat/
Sportbeirat/ Stadtjugendrat/ Umweltbeirat/
Wirtschaftsbeirat
Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Veranstaltungsforum Fürstenfeld
Vertreter der Presse

Bildung, Familie, Jugend und Sport
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck, 10.11.2025

Einladung zur 16. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu der am **Mittwoch, 26.11.2025, 18:00 Uhr**, im großen Sitzungssaal des Rathauses stattfindenden Sitzung **des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport** ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift

2. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

3. Projektentwicklung Kindergarten Nord

4. Zuschuss zur Renovierung der integrativen Kindertagesstätte Regenbogenland der Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH

5. Sonderzuschuss für das Kalenderjahr 2025 an das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck für den Betrieb von zwei Kindertageseinrichtungen

6. Sachantrag Nr. 197 der SPD: Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" nutzen

7. Einrichtung eines Arbeitskreises "AmperOase"

8. Zuschussvereinbarung SV Puch e.V.

9. Wertfreie Nutzung Räumlichkeiten Haus Hasenheide

10. Anpassung der Richtlinien zur freiwilligen Förderung von ortsansässigen gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Organisationen im Bereich Soziales

11. Maßnahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts - Anpassung an die Stadt Fürstenfeldbruck

12. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Genehmigung der nichtöffentlichen Niederschrift

2. Wertfreie Nutzung der Räumlichkeiten im Mehrgenerationenhaus LiB für die Tagespflege der Ökumenischen Nachbarschaftshilfe

3. Verschiedenes

Freundliche Grüße

Christian Götz
Oberbürgermeister

TOP Ö 2

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sachantragsnr.	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gem. Art. 54 Abs. 2 GO i. V. m. § 38 GeschO			
TOP - Nr.	**2**	Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	1-0241/ 50	Erstelldatum	28.10.2025	
Verfasser	Frau Dönselmann	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	50	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	**Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport**	**Entscheidung**	**26.11.2025**	**Ö**

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 2. Halbsatz der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) sowie § 38 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck sind die Niederschriften von Sitzungen städtischer Gremien vom jeweiligen Ausschuss bzw. Stadtrat zu genehmigen. Dies erfolgt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden (Artikel 51 Abs. 1 GO).

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport beschließt die Genehmigung der Niederschrift der **öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport vom 15.07.2025.**

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3773/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Projektentwicklung Kindergarten Nord			
TOP - Nr.	**Ö 3**	Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	04.11.2025	
Verfasser		Zuständiges Amt	Amt 2 / Amt 5	
Sachgebiet	24 Immobilienmanagement	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Vorberatung	26.11.2025	Ö

Anlagen:	1) Broschüre Projektentwicklung Kita Nord 2) Planunterlagen PE Kita Nord

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Integration, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

1. Am Beschluss vom 20.06.2016 für einen Neubau wird festgehalten.

2. Die vorgelegte Projektentwicklung wird gebilligt und die darin enthaltenen Bedarfe werden anerkannt.

3. Variante V1 (Erdgeschossige Kita mit darüberliegenden Wohngeschossen, erdgeschossigem Küchenanbau und separatem Gebäude für ASP/JUZ) soll weiterverfolgt werden.

4. Variante V2 (2-geschossige Kita mit integrierter Küche, angrenzender und darüberliegender Wohnbebauung, sowie separatem Gebäude für ASP/JUZ) soll weiterverfolgt werden.

5. Variante V3 (2-geschossige Kita mit integrierter Küche und separatem Gebäude für ASP/JUZ, Wohngebäude kann später an Kita angebaut werden) soll weiterverfolgt werden.

6. Variante V4 (Erdgeschossige Kita mit integrierter Küche und darüberliegenden Wohngeschossen, sowie separatem Gebäude für ASP/JUZ) soll weiterverfolgt werden.

Refe-rent/in	Q. Droth/FW	Jugend	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Refe-rent/in	Siegler/CSU	Kindertageseinrichtungen und Spielplätz	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Rubin/BBV	Jugend	Ja/Nein/Kenntnis	Nein
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz			
Umweltauswirkungen			
Finanzielle Auswirkungen			
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€
Folgekosten			€

Sachvortrag:

Ausgangslage / Bestandssituation:

Der bestehende Kindergarten Nord liegt an der Theodor-Heuss-Straße im Norden von Fürstenfeldbruck. Im Gebäude befindet sich auch eine Kochküche sowie das Jugendzentrum Nord. Auf dem gleichen Grundstück grenzt der Abenteuerspielplatz an den Kindergarten und dessen Freifläche. Das Gebäude stammt aus den Jahren 1974/1975.

Ursprünglich waren vier Kindergartengruppen im EG, das JUZ im UG sowie zwei Hortgruppen, zwei 1-Zi.-Appartements und eine Hausmeister-Wohnung im OG untergebracht. Im Laufe der Jahre wurden die Hortgruppen sowie die beiden 1-Zimmer-Appartements in zwei weitere Kindergartengruppe umgenutzt.

Im Zuge der 2015 durchgeführten Untersuchung des Kindergartens wurde festgestellt, dass das Gebäude nicht mehr den damals aktuellen Anforderungen an den Brandschutz, den Schallschutz, die Statik, die Haustechnik und die Elektrik entspricht und teils gravierende Mängel aufweist, die zwar mit dem Bestandschutz gedeckt werden können, allerdings trotzdem dringender Handlungsbedarf besteht. In den letzten 10 Jahren sind soweit notwendige Maßnahmen ergriffen worden, um den Betrieb bis zum Neubau des Kindergartens aufrecht erhalten zu können.

Aktuell wird der Kindergarten mit 6 Gruppen, zwei davon als Integrationsgruppe, mit insgesamt ca. 130 Kindern betrieben.

Die letzte Begehung mit dem Sicherheitsbeauftragten erfolgte im Juni 2024. Unter anderem wurde festgestellt, dass es Mängel an den Notausstiegen gibt. Des Weiteren sind die elektrischen Sicherungen (alte Drehsicherungen) zwar noch zulässig, aber nicht mehr zeitgemäß.

Die Stadt Fürstenfeldbruck betreibt im Stadtgebiet drei Kochküchen (Frischküchen), um die Mittagsverpflegung in einem Großteil der städtischen Kindergärten und Schulen zu ermöglichen. Eine davon ist die Kochküche im Bestandsgebäude des Kindergarten Nord. Hier werden momentan ca. 400 Essen täglich frisch zubereitet, obwohl die Küche bei Errichtung nur für 150 – 200 Essen täglich ausgelegt war.
Seitens der Verwaltung ist es in den kommenden Jahren geplant, die stadteigenen Kindergärten und Schulen ausschließlich durch die eigenen Kochküchen zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste zum aktuellen Zeitpunkt die Produktivität der Kochküche im Kindergarten Nord auf mind. 600 Essen täglich gesteigert werden, da die Kochküchen in der Grundschule Mitte am Theresianumweg (400 Essen täglich) sowie in der Grundschule West in der Cerveteristraße (600 Essen täglich) ausgelastet sind.

Der Abenteuerspielplatz (ASP) verfügt derzeit nur über ein paar Container aus dem Jahr 2008. Diese sind weder von der Bausubstanz noch von den Räumlichkeiten ausreichend und zeitgemäß.
Die Container beherbergen 2 Gruppenräume, Sanitär, Lager, Büro und Werkstatt. Auf dem großzügigen Außengelände befindet sich unter anderem ein Hüttendorf, ein Teich sowie ein Rodelhügel. Der Bolzplatz an der Kurt-Schumacher-Straße ist ebenfalls auf dem Areal verortet.

Seit 2014 führt eine Fernwärmeleitung durch das Grundstück Flurnummer 781/1. Diese versorgt das Wohngebiet im Norden des Grundstückes "Am Hochfeld West". Eine beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH für ein Fernwärmeleitungsrecht auf dem städtischen Flurstück 787/1 der Gemarkung FFB wurde am 01.12.2014 im Grundbuch (Abt. II) gesichert.

Beschluss HFA/PBA 20.06.2016 mit Beschlussvorlage Nr. 0982/2016

In der HFA- und PBA-Sitzung vom 20.07.2016 wurde mit der Beschlussvorlage Nr. 0982/2016 die Projektentwicklung für den Neubau des Kindergarten Nord mit Kochküche, JUZ und Gebäude für den ASP vorgestellt. Das Gremium hat sich für einen Neubau des Kindergarten Nord entschieden. Die Räume des Jugendzentrums sollten zukünftig nicht mehr in einem Gebäude mit dem Kindergarten untergebracht werden. Für den ASP wird ebenfalls ein neues Gebäude befürwortet.
Der Grundstücksteil, auf dem der bestehende Kindergarten situiert ist, wurde als Verkaufsfläche vorgeschlagen, um das Projekt teilweise refinanzieren zu können.

Aktuelle Projektentwicklung Kindergarten Nord / Kochküche Nord / Jugendzentrum / Gebäude Abenteuerspielplatz / Wohnen

Die aktuelle Projektentwicklung baut auf den Beschluss vom 20.05.2016 auf.
Die 2016 vorgelegten Parameter der Projektentwicklung wurden erneut geprüft. Unter anderem ist der Standort der geplanten Nutzungen sowie eine Sanierung des Bestandes nochmals untersucht worden.
Als Standort haben sich die aktuellen Grundstücke Theodor-Heuss-Straße 20 und 22 aus der Projektentwicklung von 2016 bestätigt. Die Positionierung der Nutzungen auf den Grundstücken ist von unterschiedlichen Kriterien abhängig. Eine Nutzeranforderung war zum Beispiel, dass die bestehende Freispielfläche durch den Neubau des Kindergartens weiterhin genutzt wird. Auch die zu erwartende Lärmemissionen durch die Nutzung Jugendzentrum muss im Hinblick auf die benachbarte Wohnbebauung berücksichtigt werden.

Seit 2016 haben sich die Anforderungen an einen zeitgemäßen Kindergartenbetrieb sowie Jugendzentrum und Abenteuerspielplatz weiterentwickelt und erhöht. Die erarbeiteten Raumprogramme spiegeln die erforderlichen pädagogischen Konzepte wider.
Der Raumbedarf der Kochküche ist durch die Erhöhung der angestrebten Produktivität auf 600 Essen täglich gestiegen.

Aufgrund des stärkeren Bewusstseins für Nachhaltigkeit und graue Energie wurde eine erneute Prüfung für eine Sanierung des Bestandes in Auftrag gegeben. Diese ist noch nicht abgeschlossen.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist eine Sanierung grundsätzlich möglich und aus ökologischer Sicht wünschenswert. Bei einer Sanierung ist jedoch mit einem höheren Planungs- und Untersuchungsaufwand zu rechnen. Zudem werden Kosten für eine Inte-

rimslösung während der Bauzeit ausgelöst. Die Qualitäten und Organisation der Räume sind meist nur mit Kompromissen umsetzbar.

Zusätzlich zur Sanierung sind noch An- oder Neubauten zu erstellen, um das Raumprogramm unterzubringen. Des Weiteren bleibt beim Bauen im Bestand immer ein erhöhtes Risiko für Unvorhergesehenes, welches zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschätzbar ist.

Aktuell kann von ähnlichen Kosten wie bei einem Neubau ausgegangen werden.

Fazit

Aus wirtschaftlichen Gründen und nicht-monetären Aspekten wir von der Verwaltung vorgeschlagen am Beschluss vom 20.06.2016 für den Neubau festzuhalten.

Die Variante V4 (Erdgeschossige Kita mit integrierter Küche und darüberliegenden Wohngeschossen, sowie separatem Gebäude für ASP/JUZ) deckt aus Sicht der Verwaltung die entsprechenden Bedarfe am besten ab. Die Verwaltung empfiehlt daher, sofern der Wohnungsbau finanziell darstellbar ist (Aufhebung des Förderstopps beim KommWFP), diese Variante weiter zu verfolgen.

Projektentwicklung

Arbeitsstand 17.11.2025

Kindergarten Nord
Jugendzentrum Nord (JUZ)
Abenteuerspielplatz (ASP)
Kochküche Nord
Wohnen



Inhaltsverzeichnis

Ausgangslage / Bestandssituation I

Beschluss HFA/PBA 20.07.2016 mit Beschlussvorlage Nr. 0982/2016 II

Organigramm Entscheidungsebenen III

Raumbuch IV

- Kindergarten Nord IV - 1
- Kochküche Nord IV - 2
- Jugendzenrum Nord (JUZ) IV - 3
- Abenteuerspielplatz (ASP) IV - 4/5
- Wohnen IV - 6

Klimaneutrales Bauen V

Standortanalyse VI

- Grundstücke
- Baukörper-/Nutzungsanordnung
- Weitere Untersuchungen

Varianten Konzeption VII

- Variante 1
- Variante 2
- Variante 3

Kostenrahmen VIII

- Grober Bodenschätzwert Teilgrundstück VIII-3

Fördermöglichkeiten IX

Varianten Grundrisse X

Der bestehende Kindergarten Nord liegt an der Theodor-Heuss-Straße im Norden von Fürstenfeldbruck. Im Gebäude befindet sich auch eine Kochküche sowie das Jugendzentrum Nord.
Auf dem gleichen Grundstück grenzt der Abenteuerspielplatz an den Kindergarten und dessen Freifläche.

Das Gebäude stammt aus dem Jahr 1974/1975. 4 Kindergartengruppen waren im EG, das JUZ im UG sowie 2 Hortgruppen, 2 1-Zi.-Appartments und 1 Hausmeister-Whg. im OG untergebracht. Im Laufe der Jahre wurden die Hortgruppen sowie die 1-Zimmer-Appartments für 2 weitere Kindergartengruppe umgenutzt.

Mit der 2015 durchgeführten Untersuchung des Kindergartens stand bereits fest, dass das Gebäude nicht mehr den damals aktuellen Anforderungen hinsichtlich Brandschutz, Schallschutz, Statik, Haustechnik und Elektrik entspricht und teils gravierende Mängel aufweist, die zwar mit dem Bestandschutz gedeckt sind, allerdings einen dringenden Handlungsbedarf aufweisen. In den letzten 10 Jahren sind soweit notwendige Maßnahmen ergriffen worden, um den Betrieb bis zum Neubau des Kindergartens aufrecht zu erhalten.
Des Weiteren haben sich auch die Anforderungen an einen Kindergartenbetrieb weiter erhöht.

Aktuell wird der Kindergarten mit 6 Gruppen, zwei davon als Integrationsgruppen, mit ca. 130 Kindern (150 Plätze) betrieben.
Die letzte Begehung mit dem Sicherheitsbeauftragten erfolgte im Juni 2024. Unter anderem wurde festgestellt, dass es Mängel an den Notausstiegen gibt. Des Weiteren sind die elektrischen Sicherungen (alte Drehsicherungen) zwar noch zulässig, aber nicht mehr zeitgemäß.

Die Stadt Fürstenfeldbruck betreibt im Stadtgebiet drei Kochküchen (Frischküchen), um die Mittagsverpflegung in einem Großteil der städtischen Kindergärten und Schulen zu ermöglichen. Eine davon ist die Kochküche im Bestandsgebäude des Kindergarten Nord. Hier werden momentan ca. 400 Essen täglich frisch zubereitet, obwohl die Küche bei Errichtung für 150 – 200 Essen täglich ausgelegt war.
Seitens der Verwaltung ist es in den kommenden Jahren geplant, die stadteigenen Kindergärten und Schulen ausschließlich durch die eigenen Kochküchen zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste zum aktuellen Zeitpunkt die Produktivität der Kochküche im Kindergarten Nord auf mind. 600 Essen täglich gesteigert werden, da die Kochküchen in der Grundschule Mitte am Theresianumweg (400 Essen täglich) sowie in der Grundschule West in der Cerveteristraße (600 Essen täglich) ausgelastet sind.

Der Abenteuerspielplatz (ASP) verfügt derzeit nur über ein paar Container aus dem Jahr 2008. Diese sind weder von der Bausubstanz noch von den Räumlichkeiten ausreichend und zeitgemäß.
Die Container beherbergen 2 Gruppenräume, Sanitär, Lager, Büro und Werkstatt. Auf dem großzügigen Außengelände befindet sich unter anderem ein Hüttendorf, ein Teich sowie ein Rodelhügel. Der Bolzplatz an der Kurt-Schumacher-Straße ist ebenfalls auf dem Areal verortet.

Fernwärmeleitung:
Seit 2014 führt eine Fernwärmeleitung durch das Grundstück Fl.Nr. 781/1. Diese versorgt das Wohngebiet im Norden des Grundstückes "Am Hochfeld West".

Eine beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH für ein Fernwärmeleitungsrecht auf dem städtischen FlSt. 787/1 der Gemarkung FFB wurde am 01.12.2014 im Grundbuch (Abt. II) gesichert.

Gem. der Bewilligung vom 15.09.2014 sind die Stadtwerke verpflichtet den Rückbau der Leitung vorzunehmen, wenn sich seitens der Stadt FFB städteplanerische oder nutzungsspezifische Änderungen auf dem Stadtgrundstück ergeben. Die Kostenübernahme für einen derartigen Rückbau wird derzeit geprüft.

Die Fernwärmeleitung darf nicht überbaut werden. Es ist ein Mindestabstand von 2m zur Leitung für Bebauung einzuhalten. Eine Nutzung als Terrasse oder die Überfahrung des Bereiches ist bei entsprechender Herrichtung möglich.

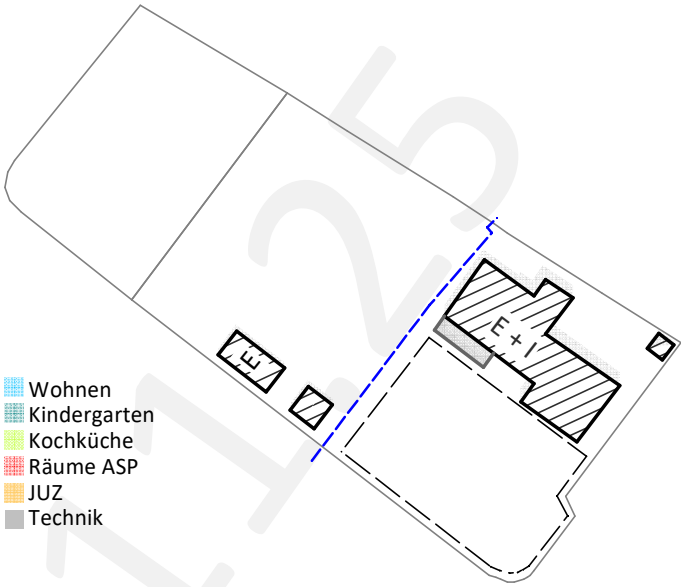
Flächen BGF (Bestand):
Wohnen (OG): ca. 95m²

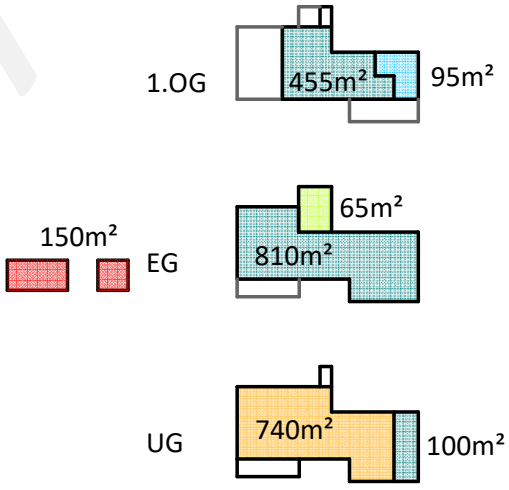
Kindergarten (EG + OG): ca. 1.365m²

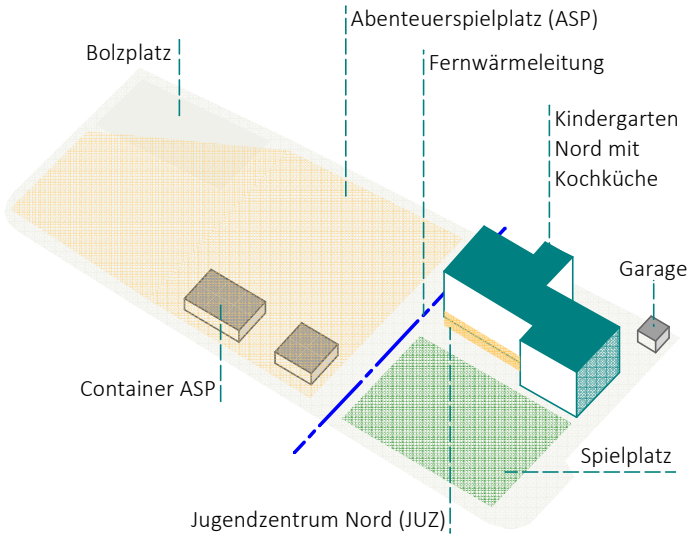
Kochküche (EG): ca. 65m²

Container ASP: ca. 150m²

JUZ (UG): ca. 750m²







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

In der HFA- und PBA-Sitzung vom 20.07.2016 wurde mit der Beschlussvorlage Nr. 0982/2016 die Projektentwicklung für den Neubau des Kindergarten Nord mit Kochküche, JUZ und Gebäude für den ASP vorgestellt und sich für einen Neubau des Kindergarten Nords entschieden. Die Räume des Jugendzentrums sollen zukünftig nicht mehr in einem Gebäude mit dem Kindergarten untergebracht werden. Für den ASP wird ebenfalls ein neues Gebäude befürwortet.
Der Grundstücksteil, auf dem der bestehende Kindergarten situiert ist, wurde als Verkaufsfläche zur Refinanzierung vorgeschlagen.

Aus den Unterlagen der Beschlussvorlage Nr. 0982/2016 lassen sich folgende Eckdaten festhalten.

Flächen BGF:
Wohnen - 2 Etagen (1. + 2. OG):
2 x (68m x 16,9m) = 2.298,4m²

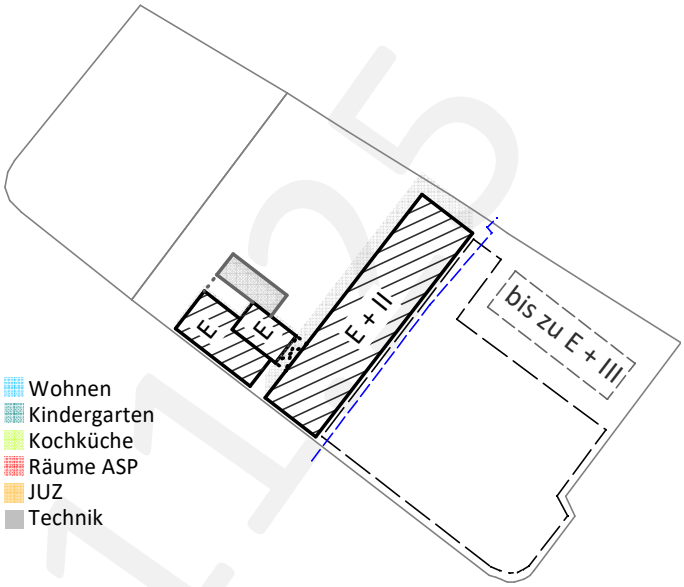
Kindergarten - 1 Etage (EG):
68m x 16,9m = 1.149,2m²

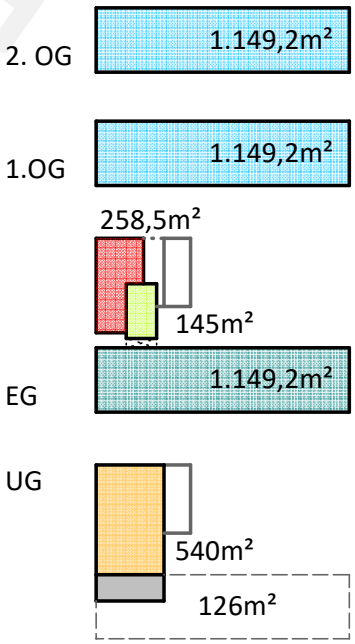
Kochküche - 1 Etage (EG):
14,5m x 10m = 145m²

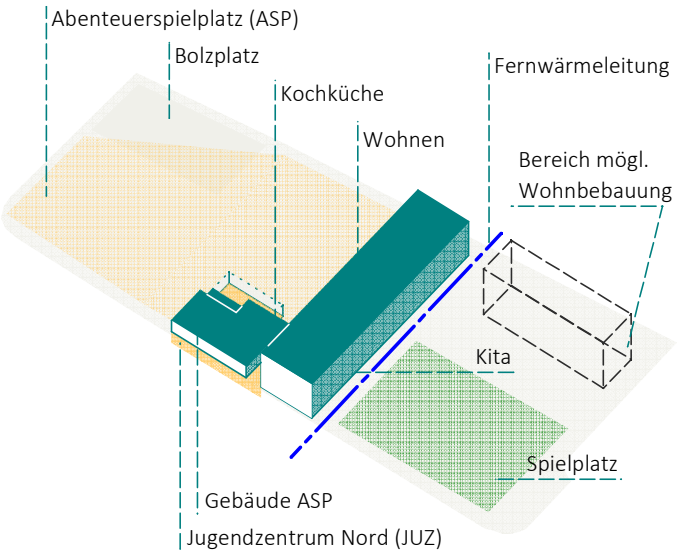
Räume ASP - 1 Etage (EG):
(13m x 12,5m) + (8m x 12m) = 258,5m²

JUZ - 1 Etage (UG):
18m x 30m = 540m²

Kostenrahmen 3. Quartal 2015 brutto:
10,52 Mio.€
inkl. Abbruch und Verlegung Fernwärme-übergabestation "Junges Wohnen"
(ca. 17,33Mio.€ Hochrechnung 1. Q. 2025)







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

Sanierung Bestandsgebäude

Aufgrund des stärkeren Bewusstseins für Nachhaltigkeit und graue Energie wurde eien erneute Prüfung für eine Sanierung des Bestandes in Auftrag gegeben. **Diese ist noch nicht abgeschlossen**.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist eine Sanierung grundsätzlich möglich und aus ökologischer Sicht wünschenswert.
Bei einer Sanierung sind höhere Planungs- und Untersuchungsaufwand zu berücksichtigen. Es werden Kosten für eine Interimslösung ausgelöst.
Die Qualitäten und Organisation der Räume ist meist nur mit Kompromissen umsetzbar.
Zusätzlich zur Sanierung sind dennoch An- oder Neubauten zu erstellen.
Des Weiteren bleibt beim Bauen im Bestand immer ein erhöhtes Risiko für Unerwartetes, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschätzbar ist.

Aktuell kann von ähnlichen Kosten wie bei einem Neubau ausgegangen werden.

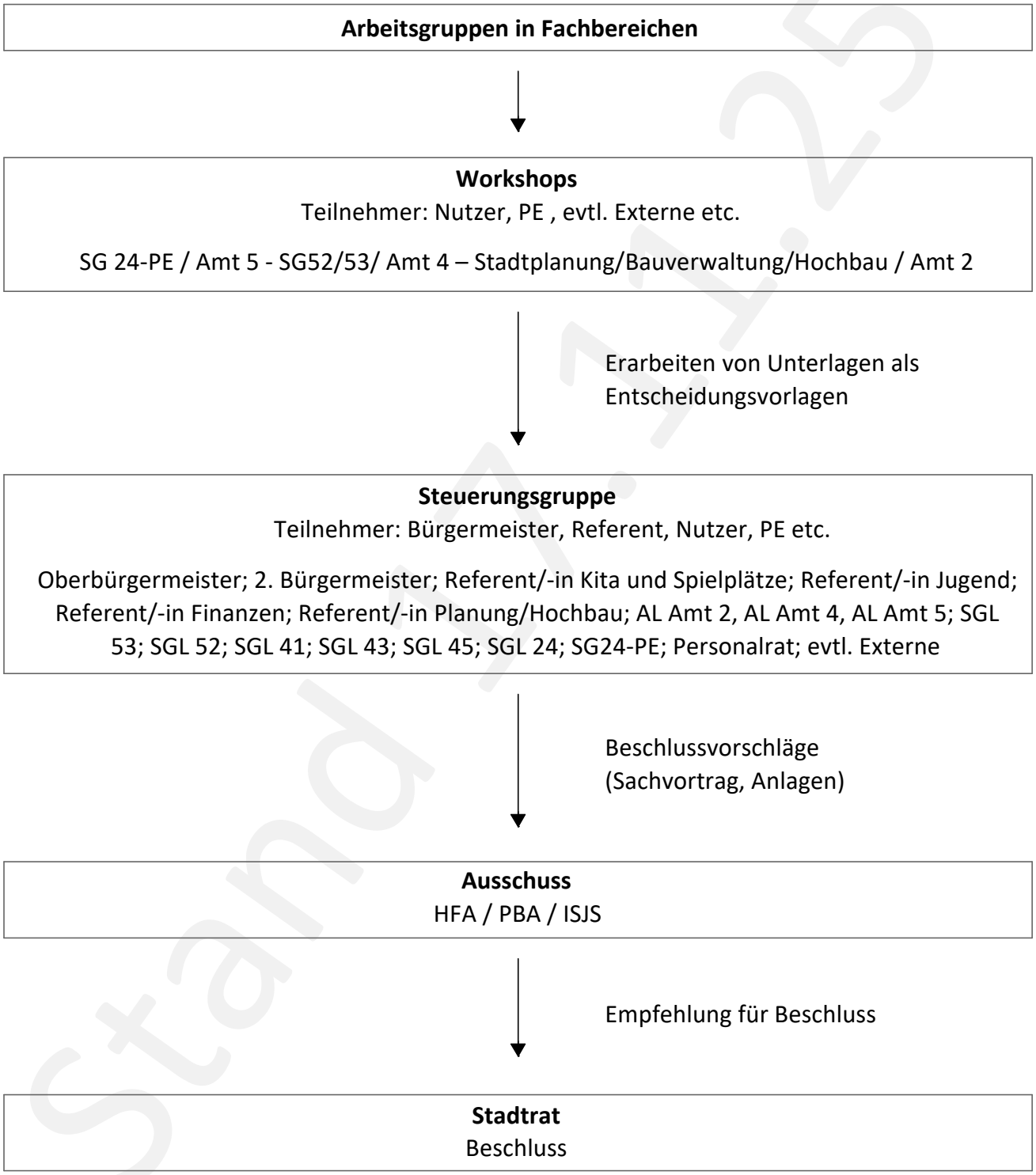
Baugrundgutachten

Im Bereich des Grundstückes befindet sich tragfähger Kies.
Es wurden Schadstoffe in einigen Proben fetsgestellt. Eine akute Gefahr für die aktuelle Nutzung bestht nicht.
Nähere Unteruschungen sind bei Bodenaushub und ggf. Entsorgung durchzuführen.

Kampfmitteluntersuchung

Eine Kampfmitteluntersuchen kann erst nach Freimachung un dFestlegung der Baufelder erfolgen, da die vorhanden Einbauten die Messungen verfälschen würden.

Stand 17.11.25



Stand 17.11.25

	Kindergarten 6-Gruppig (1-geschossig)	Anzahl	Fläche m²	Fläche gesamt m²
1.	Gruppenraum	6,00	50,00	300,00
2.	Nebenraum	6,00	20,00	120,00
3.	Sanitärbereich	3,00	15,00	45,00
4.	Beh. WC mit Dusche	2,00	5,00	10,00
5.	WC D Personal	2,00	3,50	7,00
6.	WC H Personal	2,00	3,50	7,00
7.	Gymnastik	1,00	80,00	80,00
8.	Mehrzweckraum	1,00	60,00	60,00
9.	Büro Leitung	1,00	17,00	17,00
10.	Büro Personal	1,00	30,00	30,00
11.	Elternbesprechung/-warten	1,00	17,00	17,00
12.	Garderoben	6,00	10,00	60,00
13.	Lagerraum je Gruppenraum	6,00	10,00	60,00
14.	Schlafraum	1,00	40,00	40,00
15.	Abstellraum Material	2,00	24,00	48,00
16.	Hausmeister	1,00	12,00	12,00
17.	Putzraum	2,00	8,00	16,00
18.	Flur (Spielflur!) - konzeptabhängig	2,00	70,00	140,00
19.	Foyer	1,00	30,00	30,00
	Zwischensumme(Raumprogramm Amt 5)			1099,00
20.	Technik (ca. 3% NRF)	1,00	35,00	35,00
21.	Aufzug (optional) - Rollstuhlgerecht	1,00	6,00	6,00
22.	Treppenhaus (optional)	2,00	18,00	36,00
23.	Zuschlag Verkehrsflächen (10% BGF)	1,00	124,12	124,12
24.	Zuschlag Mauern (20% BGF)	1,00	235,20	235,20
	Gesamt Gebäude			**1535,32**
25.	Abstellplatz KiWa (bei Fahrradabstellplätzen))	1,00	15,00	15,00
26.	Freifläche (ca. 10qm pro Kind)	150,00	10,00	1500,00
27.	PKW-Stellplätze (1 Stpl. je 25 Kinder + 1 Stpl. Besucher) Stpl. 2,5x5m	7,00	12,50	87,50
28.	Fahrrad-Stellplätze (5 Stpl. Je Gruppe + 10% für Besucher)	30,00	1,50	49,50
29.	Müll (noch abzustimmen)	1,00	15,00	15,00
	Gesamt Außenanlagen (exkl. Wege etc.)			**1667,00**

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag 7 Uhr bis 17 Uhr
Freitags 7 Uhr bis 16 Uhr

Mitarbeiter:
25

Leitbild des städtischen Kindergartens Nord:
" Freude am Kindsein - Fit für das Leben"

Die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert, die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützt und ergänzt. Den Eltern soll dabei geholfen werden Erwerbstätigkeit und Kindererziehung gut miteinander zu vereinbaren.

Arbeitsstand 17.11.2025

	Kochküche	**Anzahl**	**Grundfläche m²**
1.	Küchenraum (Kochbereich)	1,00	65,00
2.	Waschstraße (Spülbereich)	1,00	14,00
3.	Lagerräume (Trockenbereich)	1,00	20,00
4.	Lagerräume (Kaltzelle)	1,00	34,00
5.	Bereich für Reinigungsmittel	1,00	2,00
6.	Toilette D	1,00	4,00
7.	Toilette H	1,00	4,00
8.	Umkleide Personal D	1,00	5,00
9.	Dusche	1,00	3,00
10.	Umkleide Personal H	1,00	5,00
11.	Waschraum	1,00	4,00
12.	Büro/Personalraum	1,00	6,00
	Zwischensumme(Raumprogramm Amt 5)		166,00
13.	Verkehrsflächen (ca. 10% BGF)	1,00	15,00
14.	Technik (ca. 15% NRF) - Lüftungsgerät etc.	1,00	25,00
15.	Zuschlag Wände (ca. 20% BGF)	1,00	40,00
	Gesamt Gebäude		**246,00**
16.	PKW-Stellplätze (vgl. Stpl.Satz. FFB Heimlieferservice) 1 Stpl. je 25m² "Küchennutzfläche"	7,00	87,50
17.	Fahrrad-Stellplätze (keine Vorgaben)	5,00	7,50
18.	Müll (noch abzustimmen)	1,00	15,00
	Gesamt Außenanlagen (exkl. Wege etc.)		**110,00**

Die Kochküche Nord ist eine von drei durch die Stadt Fürstenfeldbruck betriebenen Kochküchen im Stadtgebiet. Hier findet die Zubereitung von Mittagessen (kalte und warme Speisen) in der Gemeinschaftsverpflegung für den Bereich Kindertageseinrichtungen und Schulen statt. Die hier produzierte Mittagsverpflegung ist nur für städtische Einrichtungen vorgesehen.
Momentan reicht die Kapazitäten der drei Kochküchen noch nicht aus, um alle städtischen Einrichtungen aus den Bereichen Kindertageseinrichtung und Schulen zu versorgen.
Um das Ziel, alle o.g. städtischen Einrichtungen zu versorgen, zu erreichen, muss die neu geplante Kochküche Nord täglich mindestens 600 Essen produzieren.

Neben der Zubereitung übernehmen die Mitarbeiter der Kochküche folgende Aufgaben:
- Ermittlung Wareneingang und –ausgang (Lebensmittel, Betriebsmittel)
- Portionierung und Verteilung der Mahlzeiten
- Verpacken von zu liefernden Mahlzeiten an andere Bildungseinrichtungen
- Spüldienst
- Sicherstellung der Arbeitssicherheit (HACCP, IfSG etc.)

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag zwischen 6 Uhr und 16 Uhr keine Feiertags- und Wochenendöffnung

Mitarbeiter:
Bei Vollauslastung (600 Essen täglich) bis zu vier Mitarbeitende

Arbeitsstand 17.11.2025

	Jugendzentrum (JUZ)	**Anzahl**	**Grundfläche m²**
1.	Büro	1,00	20,00
2.	Disco	1,00	60,00
3.	WC D	1,00	20,00
4.	WC H	1,00	20,00
5.	WC barrierefrei oder Behinderten WC	1,00	12,00
6.	Saal (max. 199 Personen)	1,00	230,00
7.	Bühne integriert in Saal (50qm)		
8.	Büro Leitung	1,00	15,00
9.	Bandraum mit Studio	1,00	60,00
10.	Spieleraum	1,00	50,00
11.	Multifunktionsraum	1,00	60,00
12.	Küche integriert im Saal		
13.	WC D Personal	1,00	8,00
14.	WC H Personal	1,00	8,00
15.	Lagerraum Küche	1,00	17,00
16.	Abstellraum Toiletten	1,00	28,00
17.	Lager	1,00	40,00
	Zwischensumme(Raumprogramm Amt 5)		648,00
18.	Flure (ca. 7% BGF)	1,00	50,00
19.	Technik (ca. 3% NRF)	1,00	20,00
20.	Zuschlag Mauern (ca. 20% BGF)		140,00
	Gesamt Gebäude		**858,00**
21.	Terrasse	1,00	110,00
22.	Freifläche -> Terrasse ausreichend	keine	
23.	PKW-Stellplätze - 1 Stpl. je 10 Besucher ODER Jugendfreizeitheime 1 Stpl je 50qm NF - Abweichung abfragen SG42 wg. Einrichtung für Minderjährige	15	187,5
24.	Fahrrad-Stellplätze - 1 Stpl. je 10qm Nutzfläche	73	109,5
25.	Müll (noch abzustimmen)	1	5
	Gesamt Außenanlagen (exkl. Wege etc.)		**302,00**

Stand 17.11.25

	Gebäude Abenteuerspielplatz (ASP)	Anzahl	Grundfläche m²
1.	Büro	1,00	20,00
2.	Werkstatt	1,00	75,00
3.	Werkzeuglager	1,00	10,00
4.	Ausleihe	1,00	20,00
5.	Garage Fahrzeuge	1,00	20,00
6.	Lager 1	1,00	20,00
7.	Lager 2	1,00	18,00
8.	Behinderten WC	1,00	10,00
9.	WC Kinder Mädchen	1,00	20,00
10.	WC Kinder Jungen	1,00	20,00
11.	Küche	1,00	40,00
12.	Lager 3	1,00	20,00
13.	Waschküche	1,00	10,00
14.	Toberaum	1,00	60,00
15.	Gruppenraum	1,00	60,00
16.	WC H Personal	1,00	12,50
17.	WC D Personal	1,00	12,50
18.	Saal (1 Person pro m² - VStättV) - ENTFÄLLT	0,00	0,00
	Zwischensumme(Raumprogramm Amt 5)		448,00
19.	Zuschlag Verkehrsflächen (ca. 7% BGF) - Grundriss abhängig	1,00	40,00
20.	Technik (ca. 2% NRF)	1,00	10,00
21.	Zuschlag Mauern (ca. 20% BGF)		100,00
	Gesamt Gebäude		**598,00**
22.	Freifläche	1,00	
23.	PKW-Stellplätze - VStättV - 1 Stpl. je 10 Besucher ODER Jugendfreizeitheim 1 Stpl. je. 50qm NF - Abweichung abfragen SG42 wg. Einrichtung für Minderjährige	16	200
24.	Fahrrad-Stellplätze - 1 Stpl. je 10qm Nutzfläche	78	117
25.	Müll (noch abzustimmen)	1	5
	Gesamt Außenanlagen (exkl. Wege etc.)		**322,00**

Das Jugendzentrum Nord (JUZ) und der Abenteuerspielplatz (ASP) bilden das Kinder- und Jugendhaus Nord.
Das Kinder- und Jugendhaus Nord ist eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Grundlage des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII in den rechtlichen Rahmenbedingungen des Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Sie ist somit ein gesetzlicher Auftrag.
Die Einrichtung kann von Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 21 Jahren und jungen Erwachsenen bis zum Alter von 27 Jahren, die in Fürstenfeldbruck wohnen, besucht werden.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sollte an folgendem dynamischen Prozess ansetzen: Junge Menschen setzen sich mit ihrer Umwelt kritisch auseinander und lassen diese Erfahrung in die Veränderbarkeit und Veränderung der bestehenden Umwelt mit einfließen. Pädagogik hilft den jungen Menschen hierbei zu erkennen, zu verändern und umzusetzen.
Lebensbewältigung, Identitätsfindung und Integration in die Gesellschaft ist in Zeiten der Individualisierung, des Wertepluralismus, der Konkurrenz von Weltbildern und Auflösung traditioneller Orientierungsmilieus generell für alle Kinder und Jugendliche zu einem sehr komplexen und schwierigen Unterfangen geworden.
Die Offene Kinder- und Jugendarbeit, als auf Freiwilligkeit geprägtes, institutionelles und erzieherische Prinzip, zielt auf Persönlichkeitsbildung und soziale Integration junger Menschen.
Daneben übernimmt sie Prophylaxe-, Freizeit -, Bildungs-, und soziale Hilfsaufgaben, die von Familie und Schule nur unzureichend wahrgeommen werden kann.

Rechtliche Grundsätze, Schwerpunkte und Ziele sind im Sozialgesetzbuches (SGB) VIII in den rechtlichen Rahmenbedingungen des Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) formuliert. Diese bilden die rechtlichen Grenzen, in denen die Einrichtungen je nach Bedarf innerhalb eines bestimmten Sozialraums konkrete pädagogische Zielsetzungen definieren können.
Das Kinder- und Jugendhaus Nord befindet sich im Sozialraum des nördlichen Stadtgebiet von Fürstenfeldbruck. Mit einem Anteil von ca. 37% aller Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 21 Jahren in Fürstenfeldbruck leben hier die meisten Kinder und Jugendlichen. Im Einzugsgebiet des Kinder- und Jugendhaus Nord befinden sich zwei große Wohnblockanlagen - an der Kurt-Schumacher-Straße und westlich der Heimstättenstraße. Es gibt hier einen sehr hohen Anteil an sozialem Wohnungsbau und Alleinerziehenden. Die Fläche in den Mietwohnungen ist sehr gering. Die vorgenannten Punkte können Krisen innerhalb Familie, Isolationstendenzen, Konflikte zwischen den Anwohnern, Generationskonflikte und Störungen im öffentlichen Leben begünstigen. Des Weiteren fehlt es an öffentlichen Treffpunkten, an denen sich die Jugendlichen ungestört und auch ohne Störung Andere treffen können.
Zusammenfassend befinden sich die Kinder und Jugendlichen im Einzugsgebiet zunehmend in schwierigen Lebenslagen und -situationen. Das Kinder- und Jugendhaus Nord steht folglich den wachsenden Ansprüchen, Bedürfnissen und Problemlagen der Kinder und Jugendlichen gegenüber.

Quelle: Konzeption Kinder- und Jugendhaus Nord der Stadt Fürstenfeldbruck 2002

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sind geeignete Räume für die pädagogische Arbeit notwendig. Die Räumlichkeiten müssen so gestaltet und geplant sein, dass die unterschiedlichen Projekte und Veranstaltungen, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie Bildungsarbeit uvm. umgesetzt werden können.

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 14 - 18 bzw. 22Uhr
in den Ferien länger
2-3 große Veranstaltungen bis ca. 22 Uhr

Anzahl Kinder und Jugendliche:
JUZ ca. 50 tägl. angestrebt 100
ASP ca. 50 tägl. (ca. 100 im Sommer)

Mitarbeiter:
Fachteam aus 2 Sozialpädagogen*innen und
2 Erzieher*innen
+ 3 pädagogische Mitarbeiter*innen
oder ein Praktikant und ein Bufdi

	Wohnen - EINE Etage beispielhaft - abhängig von Förderung, Variante und Kubatur Kindergarten	**Anzahl**	**Fläche m²**	**Fläche gesamt m²**
1.	Wohnung 4-Zimmer	3,00	110,00	330,00
2.	Wohnung 3-Zimmer	3,75	90,00	337,50
3.	Abstellräume	9,00	4,00	36,00
4.	Treppenhaus / Verkehrswege	2,00	20,00	40,00
5.	Aufzug	1,00	5,00	5,00
6.	Hausmeister	0,00	10,00	0,00
7.	Kinderwagen/Mobilität	1,00	10,00	10,00
8.	Technik	1,00	30,00	30,00
9.	Zuschlag Mauern (ca. 20% von GF)	1,00		170,00
10.	Zuschlag Verkehrsflächen (ca. 15% BGF) - Laubengang	1,00		150,00
	Gesamt Etage ca.			**1108,50**
11.	PKW-Stellplätze (1 Stpl. pro Whg. evtl. Mobilitätskonzept)	7,00	12,50	87,50
12.	Fahrrad-Stellplätze (1 Stpl. je 30m² Wohnfläche)	22,00	1,50	33,00
13.	Müll (noch abzustimmen)	1,00	15,00	15,00
14.	Kinderspielplatz (1,5 je 25m² Wohnfläche; jedoch mind. 60qm)	1,00	40,00	60,00
	Gesamt Außenanlagen (exkl. Wege etc.)			**195,50**

Stand 17.11.25

Anforderungen an Kindergarten, Kochküche, Jugendzentrum und Räume für ASP

Mit Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020 wurde die bilanzielle Klimaneutralität von städt. Liegenschaften bis 2035 beschlossen. Des Weiteren sind die Beschlüsse vom 22.02.2022 „klimaneutrales, umweltfreundliches und gesundes Bauen“ und „Erneuerbare Energien ausbauen“ zu berücksichtigen.

Energieversorgung
Für einen städtischen Neubau bedeutet dies, dass die Gebäude im Betrieb bilanziell klimaneutral sein müssen. Somit sind Strom- und Wärmeversorgung durch erneuerbare Energie zu gewährleisten (z.B. Fernwärmeanschluss) und die Klimaschutzstandart zu optimieren.

Bauweise - Klimaanpassung
Die Gebäude müssen ein günstiges A/V-Verhältnis (Verhältnis von Grundfläche zu Gebäudevolumen) aufweisen (<0,65m^{-1}). Um den Flächenverbrauch sowie die damit verbundene Versiegelung auf dem Baugrundstück ist zu reduzieren, sollte eine unterirdische Anordnung der Stellplätze (TG) angestrebt werden. Die Baukörper bzw. Grundrissausrichtung sind möglichst energie- und klimaeffizient zu orientieren. Die Dachflächen sind mit Photovoltaik auszustatten. Des Weiteren ist durch Verschattungen und Begrünung (z.B. Fassade, Dächer) der sommerliche Wärmeschutz zu gewährleisten.

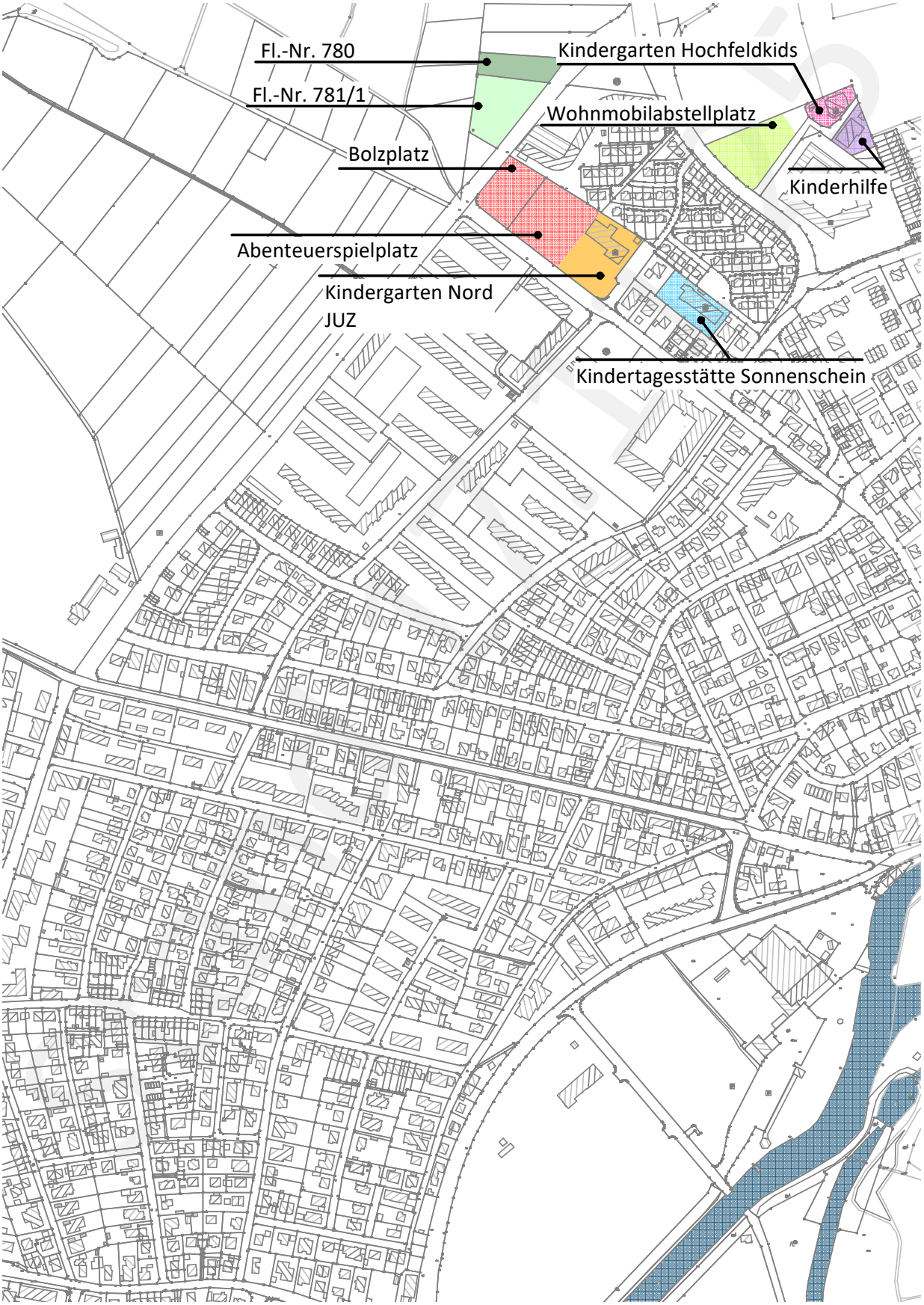
Bei der Planung der Baufelder sind vorhandene bewachsene Grünfläche sowie gesunde Bäume nach Möglichkeit zu erhalten. Oberirdische Stellplätze sollen begrünt oder mit Photovoltaik Carports überdacht werden. Bei der Errichtung von städtischen Gebäuden ist auf die Verwendung von nachhaltigen Bauprodukten zu achten. Auch der gesamte Lebenszyklus von der Errichtung über den Betrieb bis zum Abriss sollte in die Betrachtung einfließen.

Artenschutz
Bei der Gestaltung der Außenflächen sollte auf Biodiversität geachtet werden. Des Weiteren ist der Erhalt sowie die Schaffung von Nistplätzen umzusetzen. Große Glasflächen an Gebäuden sind zum Schutz vor Vogelschlag entsprechend zu gestalten.

Mobilität
Es sollte geprüft werden, ob ein Mobilitätskonzept zur Anwendung kommen kann, um die PKW-Stellplätze zu reduzieren.

Stand 17.11.25

VI. Übersichtskarte Standortanalyse



Arbeitsstand 17.11.2025

Grundstück Fl.Nr. 787/1 - Teilfläche Kindergarten Nord

Grundstücksfläche Fl.-Nr. 787/1
Teilfläche Kindergarten Nord ca. 4700qm

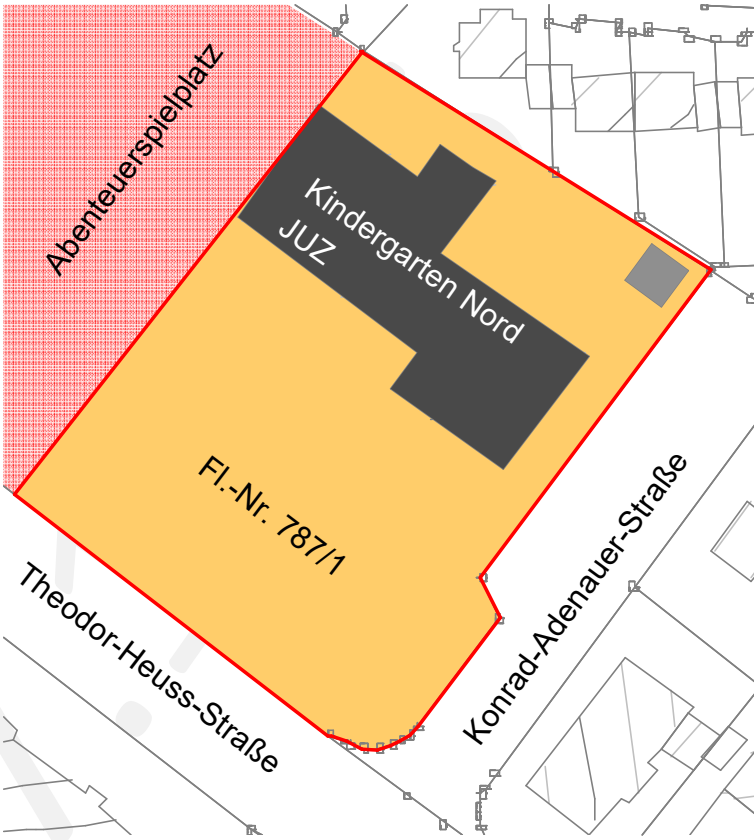
FNP: Fläche für Gemeinbedarf
B-Plan: keiner
Aufstellungsbeschluss: nein

Bebauung:
6-gruppiger Kindergarten im EG und OG, mit Kochküche im EG; Jugendzentrum im KG
Baujahr: 1974/75

Anzahl Kinder: bis zu 150 Plätze
aktuell sind es 130 aufgrund von 2 Integrations-gruppen

Nutzfläche Kindergarten ca. 2000qm mit Frei-fläche ca. 2200qm
Nutzfläche JUZ ca. 600qm
excl. Technikflächen
Kochküche. 400 Essen täglich werden zubereitet, Versorgung: Kindergarten Nord, Hort Nord, OGTS Nord, Mittagsbetreuung Nord

Fernwärmestation für das Baugebiet "Junges Wohnen" gefindet sich Kellergeschoss
Heizung: Fernwärme





Stand 17.11.2025

Grundstück Fl.Nr. 787 und Fl.Nr. 787/1 - Abenteuerspielplatz

Grundstück Fl.-Nr. 787 und Fl.Nr. 787/1
Fläche ca. 7850qm

FNP: Teil Fläche für Gemeinbedarf /
Teil Grünfläche mit Umgrenzung
"Bindung Bepflanzung" sowie Spielplatz
B-Plan: keiner
Aufstellungsbeschluss: nein

Bebauung:
Container
Baujahr: 2008

Nutzung Abenteuerspielplatz:
für Schulkinder bis 13 Jahre

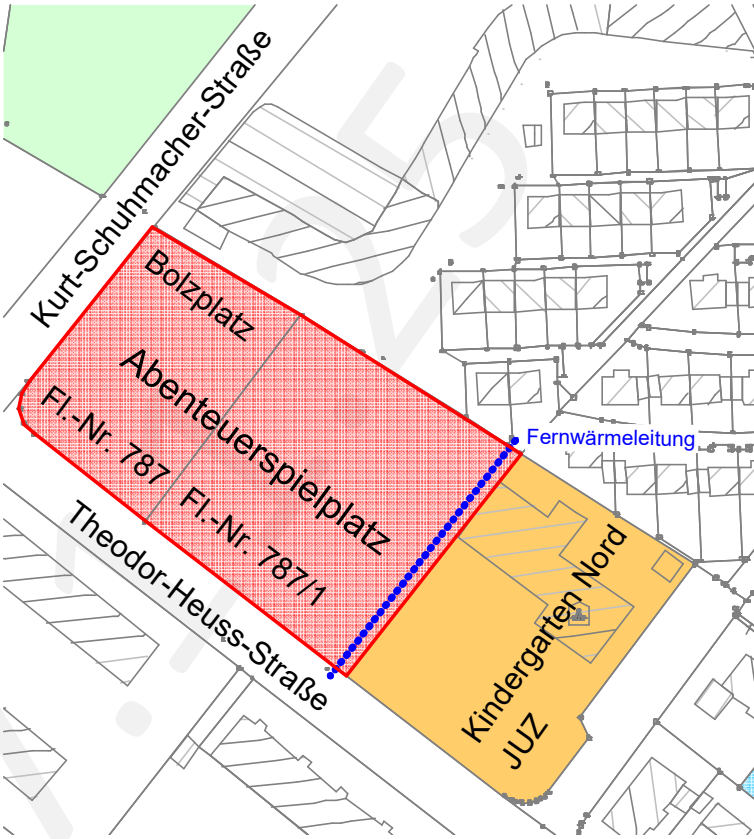
Ausstattung:
Hüttenbau, Feuerstelle, Spielgeräte, Werkstatt, Sand/Matschecke mit Teich, Piratenschiff, Ritterburg, Wirtshaus mit Bühne, Hochsteg, Wasserrutsche, ASP-Cafe und Toberaum Volleyballnetz (Sandplatz), Schuppen

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 14-18Uhr

Nutzung Bolzplatz:
für alle Altersgruppen

Ausstattung: Tore, Ballfangzaun zur Kurt-Schumacher-Straße,

Öffnungszeiten: ganztägig





Arbeitsstand 17.11.2025

Grundstück Fl.Nr. 780 und 781/1

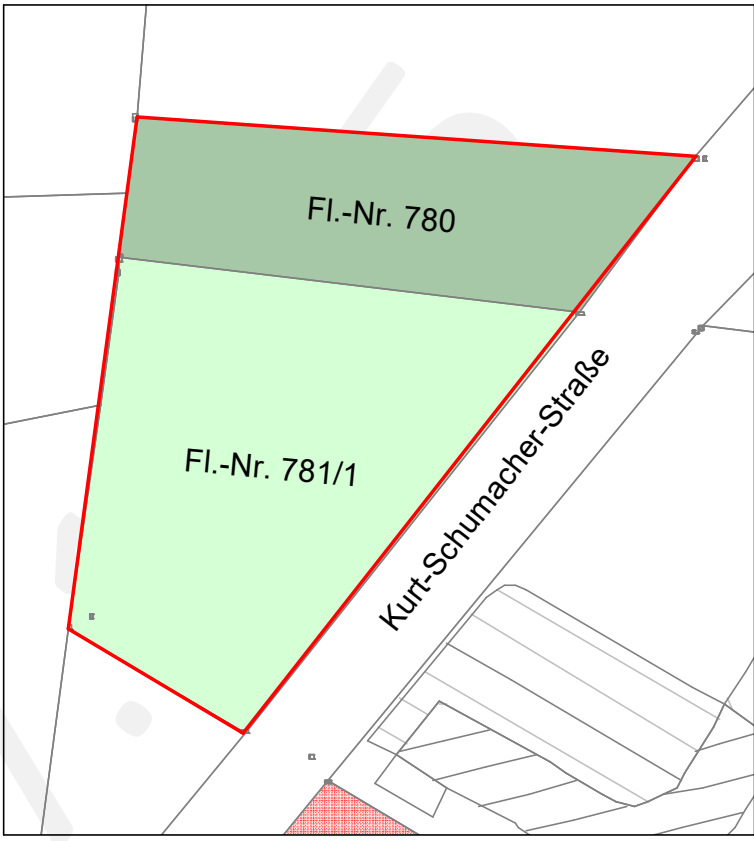
Fläche: 2175qm + 3885qm

FNP: Wohnen mit Teilstück an westlicher Grundstücksgrenze "Grünfläche mit Spielplatz"

B-Plan: keiner
Aufstellungsbeschluss: nein

Nutzung: Landwirtschaft (verpachtet)

Grundstücke sind nicht erschlossen



Stand 17.11.2025

Arbeitsstand 17.11.2025

Grundstück Fl.Nr. 761/1

Teilfläche: 3900qm

FNP: Wohnen

Bebauungsplan: keiner
Aufstellungsbeschluss: 12/2-3
Erstbekanntmachung BBP Verfahren 12 Bereich 2

Grundstück im Umgriff Wettbewerb Hochfeld:
soll in 1-2 Jahren durchgeführt werden,
KiGa-Nutzung für Wettbewerb nicht vorgesehen

Nutzung:
"Brache" / Teilfläche Wohnmobilabstellplatz

Grundstück nicht erschlossen



Stand 17.11.25

Arbeitsstand 17.11.2025

Fl.-Nr. 787/1 und 787 - Theodor-Heuss-Straße / Ecke Kurt-Schuhmacher-Straße

Kriterien		Pro	Contra
Fläche	ca. 12.500m²	x	
Grundstückszuschnitt	Länge ca. 175m / Tiefe ca. 80-64m	guter Zuschnitt	
Erschließung / Verkehrsanbindung		anliegende Straßen	
FNP	Gemeinbedarf / Spielplatz	keine Anpassung notwendig	
B-Plan	kein	x	
Wettbewerbe	kein Umgriff	x	
Eigentümer	Stadt FFB	x	
Belastungen (Grundbuch)	Fernwärmeleitung		Vorlauf Stadtwerke für Umlegung
Sonstiges		Alle Nutzung können untergebracht werden; Außenanlagen bereits vorhanden	umfangreiche Vorarbeiten notwendig; evtl. Umlegung Fernwärme

→ Standort sehr gut geeignet

Fl.-Nr. 761 - Wilhelm-Busch-Straße / Ecke Ricarda-Huch-Straße

Kriterien		Pro	Contra
Fläche	ca. 3900m²	ausreichend für KiGa, Küche und Wohnen	
Grundstückszuschnitt	Länge ca. 70m / Tiefe ca. 70-27,5m		schwierige Geometrie
Erschließung / Verkehrsanbindung		anliegende Straßen	
FNP	Wohnen		Anpassung FNP
B-Plan	kein (Aufstellungsbeschluss 12/2-3)		
Wettbewerbe	geplant in ca. 2 Jahren		Grundstück für Wettbewerb vorgesehen; notwendig für Mitsprache
Eigentümer	Stadt FFB	x	
Belastungen (Grundbuch)	keine	x	
Sonstiges			Standort nur für Kita/Küchen-Nutzung mit Wohnungen in den Obergeschossen

→ Standort nicht ausreichend, um alle Einrichtungen unterzubringen

Fl.-Nr. 780 + 781/1 - Kurt-Schumacher-Straße

Kriterien		Pro	Contra
Fläche	ca. 6000m²		nicht aureichen für alle Nutzungen
Grundstückszuschnitt	Länge ca. 85-121m Tiefe ca. 34 - 93m		schmaler, langer Zuschnitt schwierige Geometrie
Erschließung / Verkehrsanbindung		anliegende Straßen	
FNP	Wohnen/westliche kleiner Teil Grünfläche mit Spielplatz		Anpassung FNP
B-Plan	kein		§35 BauGB?
Wettbewerbe	nein	x	
Eigentümer	Stadt FFB	x	
Belastungen (Grundbuch)	keine	x	
Sonstiges			

→ Standort nicht ausreichend, um alle Einrichtungen unterzubringen

Fazit:
An den bisherigen Grundstücken Fl.Nr. 781 und Fl.Nr. 781/1 sollte als Standort festgehalten werden.

Stand 17.11.25

Bestand auf Flurstücken 787 und 787/1:
- Bestandsgebäude mit Kindergarten, Küche, Jugendzentrum, Hausmeisterwohnung, Fernwärmeübergabestation
- Freifläche Kindergarten
-Abenteuerspielplatz mit Container und Bolzplatz
- Fernwärmeleitung

A: Grundstück komplett freimachen:
- Abbruch Bestandsgebäude und Container
- Verlegen Fernwärmeleitung/-übergabestation
- Rückbau Freifläche Kindergarten, ASP und Bolzplatz

Pro:
- städtebaulich sinnvolle Bebauung und freie Gebäudeanordnung
- optimierte Flächenausnutzung
- Gebäudeausrichtung im Sinn Klimaschutz möglich
- mehr Wohnraum möglich

Contra:
- zusätzliche Kosten durch Interimslösung für Kindergarten und Küche
- evtl. auch für JUZ und ASP oder Schließung dieser Nutzungen während der Bauzeit
- Standortsuche für Interimslösung
- Ersatzwohnraum für Hausmeisterwohnung
- Verlegung Fernwärme: Vorlaufzeit ca. 6 Monate, Kosten bei Stadtwerke
- Freifläche Kindergarten mit bestehenden Bäumen muss erneuert werden

Fazit: Bei kompletter Freimachung des Grundstückes im Vorfeld der Baumaßnahme kommen zusätzliche Kosten für Interimslösungen hinzu. Das Grundstück kann besser und optimierter beplant werden.



Stand 17.11.25

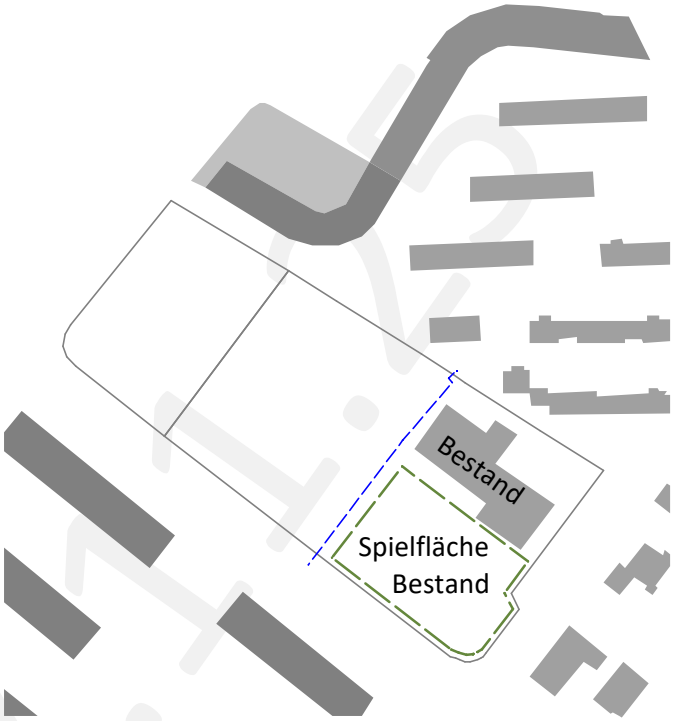
B: Erhalt Bestandsgebäude bis Fertigstellung Neubau

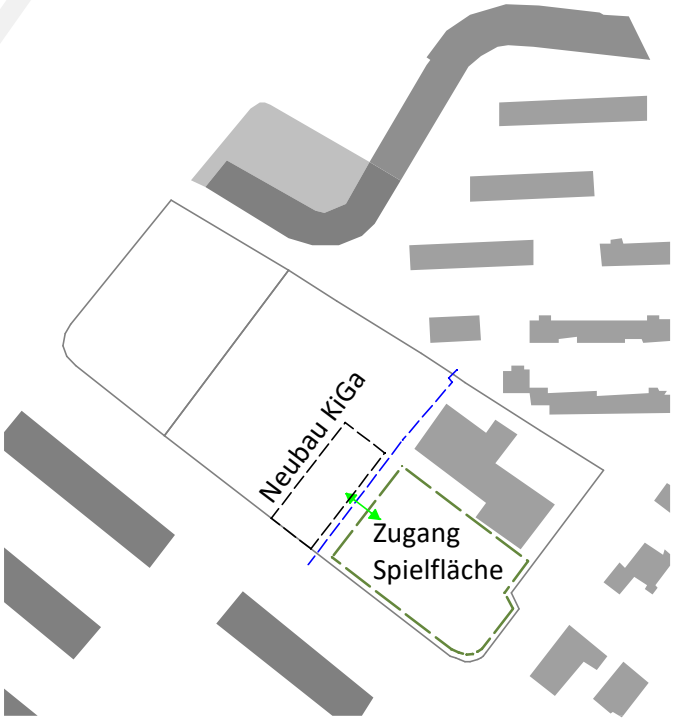
Bei weiterer Nutzung des Bestandes bleibt die Freifläche erhalten.
- Abbruch Container ASP
- Rückbau Freifläche ASP und Bolzplatz
- Verlegung Fernwärmeübergabestation

Pro:
- keine Interimslösung für Kindergarten, Küche und JUZ
- bestehende Freifläche Kindergarten kann für den Neubau KiGa weitergenutzt werden
- Keine Verlegung Fernwärmeleitung
- Nutzung des Bestandgebäude nach Umzug der Nutzungen in Neubau als Interimslösung für andere Bauvorhaben (z.B. Sanierung anderer Kita-Standorte)

Contra:
- Bereich Bestandsgebäude mit Freifläche sowie Fernwärmeleitung kann für den Neubau nicht berücksichtigt werden
- keine optimale städtebauliche Lösung und Ausnutzung des Grundstückes
- Bereich Bestandgebäude kann erst nach Abbruch entwickelt werden
- ASP Schließung bzw. Teilschließung während Bauzeit

Fazit: Keine Interimslösungen notwendig. Aufgrund der Weiternutzung der bestehenden Spielfläche werden keine zusätzlichen Kosten ausgelöst. Es sind viele Einschränkungen zu berücksichtigen, somit ist eine optimale Ausnutzung des Grundstückes nicht möglich.



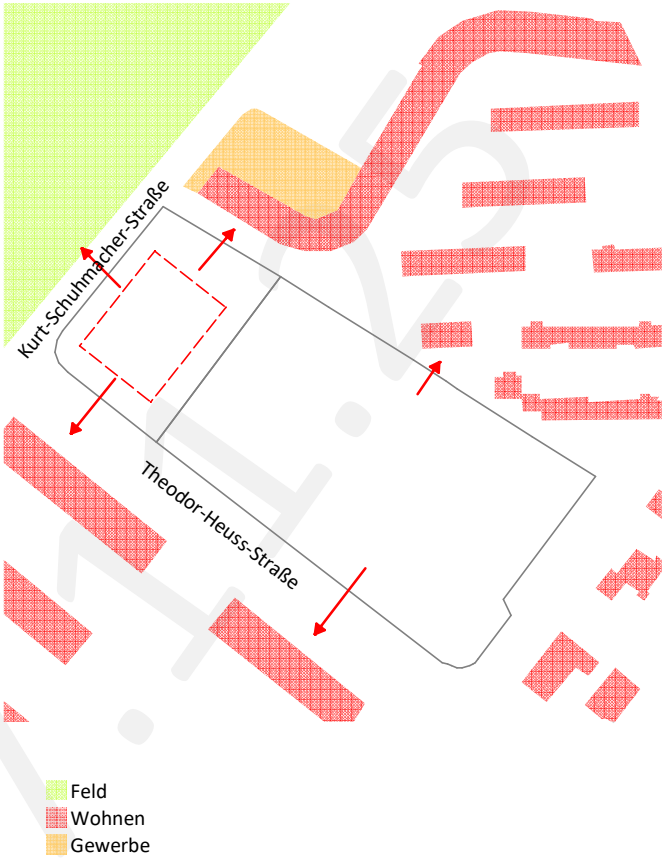


Stand 17.11.25

Standort JUZ /ASP

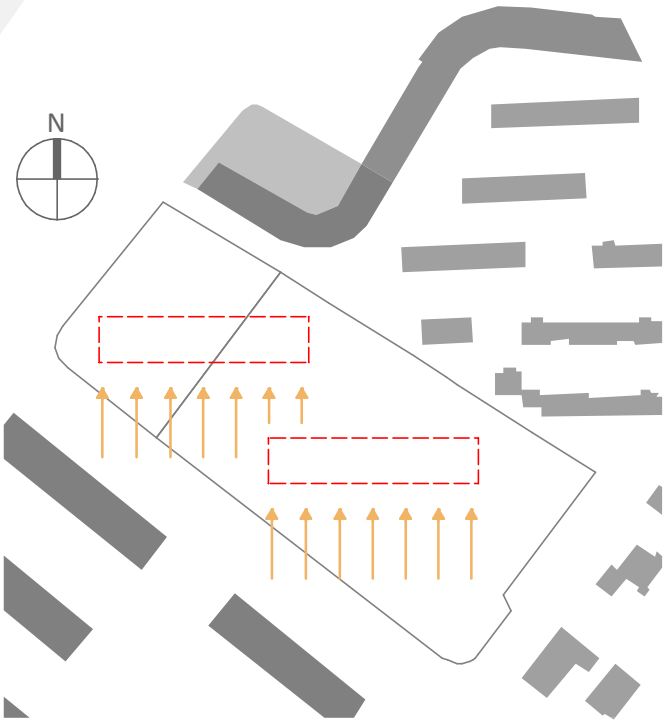
Aufgrund der nutzungsspezifischen Eigenschaften, wie erhöhte Lärmemission durch das JUZ und den ASP, ist auf die umgebenen Nutzungen Rücksicht zu nehmen. Bei den Nutzungen handelt es sich hauptsächlich um Wohnen.

Um einen größtmöglichen Abstand zu erreichen und eine Lärmemission so gering wie möglich zu halten, sollte der Standpunkt des Gebäudes für JUZ und ASP im nordwestlichen Grundstücksteil liegen.



Gebäudeausrichtung - Energieeffizienz

Gemäß Beschluss vom 22.02.2022 sind Baukörper sowie Grundrisse möglichst energie- und klimaeffizient zu orientieren.
Eine nach Süden ausgerichtete Fassade begünstigt den Wärmeintrag durch die Sonne besonders bei tiefstehender Sonne im Winter. So kann der Heizbedarf reduziert werden.



Stand 17.11.25

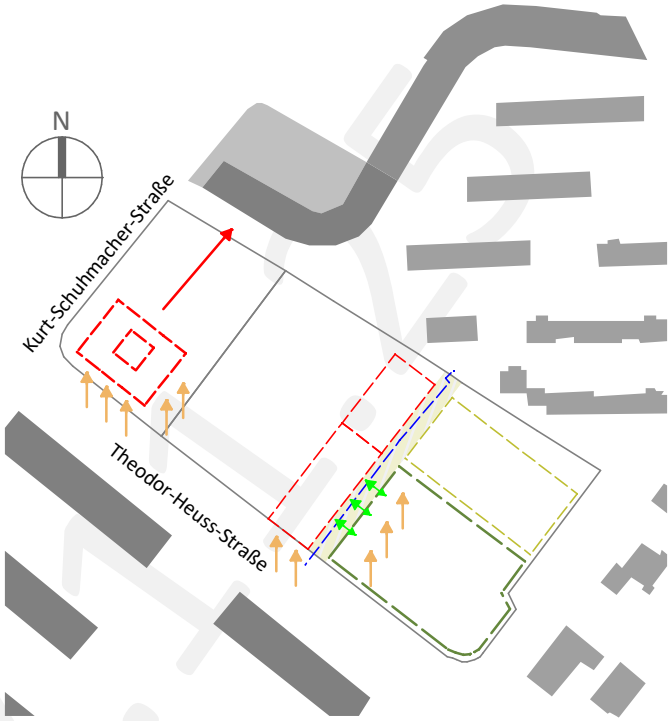
Berücksichtigung der Rahmenbedingungen bei Positionierung der Baukörper

Um zusätzlichen Kosten für Interimslösungen zu vermeiden, sollte das Bestandsgebäude bis Fertigstellung des Neubaus in Betrieb bleiben. Der Bestandskindergarten kann nach Umzug der Einrichtungen auch als Interimslösung für andere Bauvorhaben genutzt werden.

Ebenfalls sollte der bestehende Spielbereich des Kindergartens zur Kosteneinsparung für einen Neubau weitergenutzt werden.

Bei Erhalt der Fernwärmeleitung auf dem Grundstück ist ein Abstand für Bebauung von mind. 2 Metern einzuhalten.
Ein Neubau würde somit in Richtung Nordwesten von der bestehenden Spielfläche abrücken. Die Fläche für den Abenteuerspielplatz verkleinert sich dadurch. Die freizuhaltende Trasse der Fernwärmeleitung könnte als Terrasse und zusätzlichen Freibereich durch den Kindergarten genutzt werden.

Aus Gründen des Immissionsschutzes der umgebenen Wohnnutzung sollte der Baukörper des Jugendzentrum und Räumen des Abenteuerspielplatzen an der Grundstücksgrenze Ecke Theodor-Heuss-/Kurt-Schuhmacher-Straße situiert werden.
Die Nutzung des Jugendzentrums könnte im KG untergebracht werden.
Durch einen Hof oder ein Atrium in dem sich die Freifläche des JUZ befindet, ist die Ausbildung eines baulichen Schallschutzes möglich.



Stand 17.11.25

Arbeitsstand 17.11.2025

Auf Grundlage des aktualisieren Raumbedarfs und neuen internen Anforderungen wurde in Anlehnung an die Variante des Beschlusses mit Beschlussvorlage Nr. 0982/2016 eine Variante erarbeitet, bei der Kindergarten-, Küchen- und Wohnnutzung sich an ähnlicher Position und in einem ähnlichen Baukörper befindet. Der grundsätzliche Unterschied besteht in der baulichen und örtlichen Trennung von JUZ und Räumen für den ASP von den anderen Nutzungen.
Zusätzlich kann optional der Bereich des Bestandsgebäude bebaut werden.

Folgende Eckdaten lassen sich festhalten:

Flächen BGF:
Wohnen - 2 Etagen (1. + 2. OG):
2 x (67m x 17m) = 2.278m²

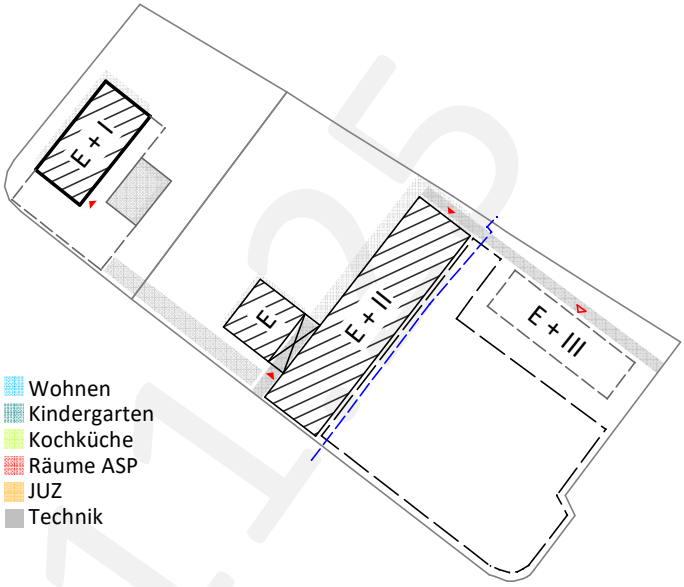
Kindergarten - 1 Etage (EG/UG):
67m x 17m + 23,5m x 17m = 1.538,5m²

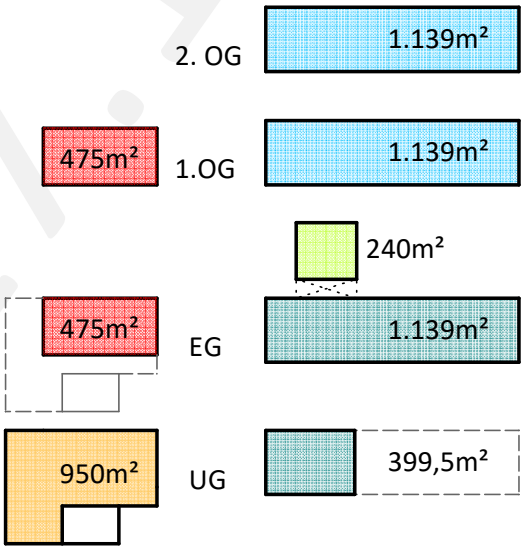
Kochküche - 1 Etage (EG):
15m x 16m = 240 m²

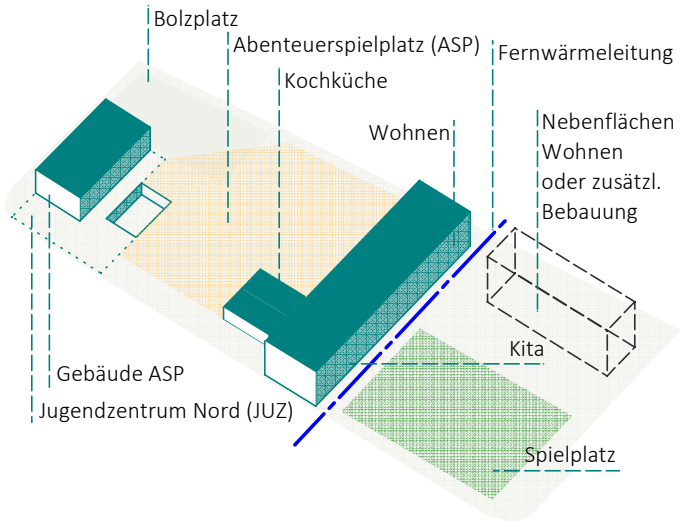
Räume ASP - 2 Etage (EG/OG):
2 x 475m² = 950m²

JUZ - 1 Etage (UG):
950m²

Fazit:
Im Rahmen der Workshops wurde entschieden, dass die V2 nicht weiterverfolgt.







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

Um die bestehende Außenfläche des ASP so weit wie möglich zu erhalten, wurde eine Variante erarbeitet, in der sich der Kindergarten über mehrere Geschosse erstreckt. Die Kochküche ist in derselben Gebäudekubatur untergebracht, ebenso die Wohnnutzung.
JUZ und Gebäude ASP wird in dieser Variante ebenfalls als Solitär an gleicher Position vorgeschlagen.
Zusätzlich kann optional der Bereich des Bestandsgebäude bebaut werden.

Folgende Eckdaten lassen sich festhalten:

Flächen BGF:
Wohnen (EG/1./2. OG):
2 x (24m x 17m) + (67m x 17m) = 1.955m²

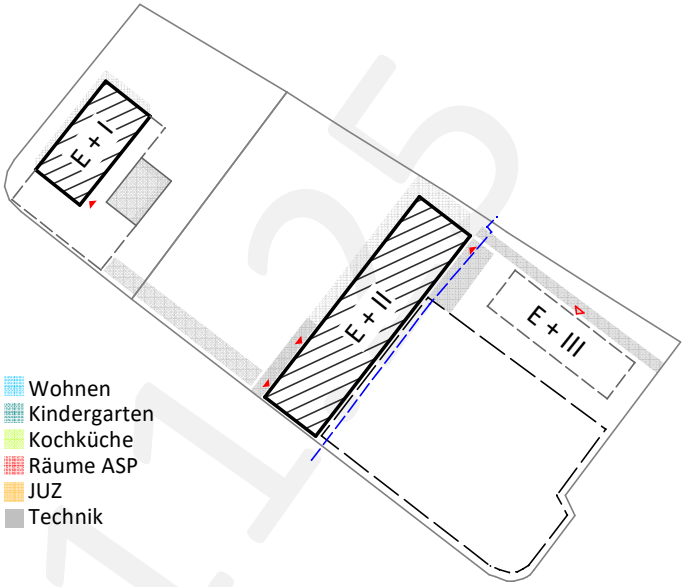
Kindergarten (EG/UG):
(43m + 36m + 13,5m) x 17m = 1.572,5m²

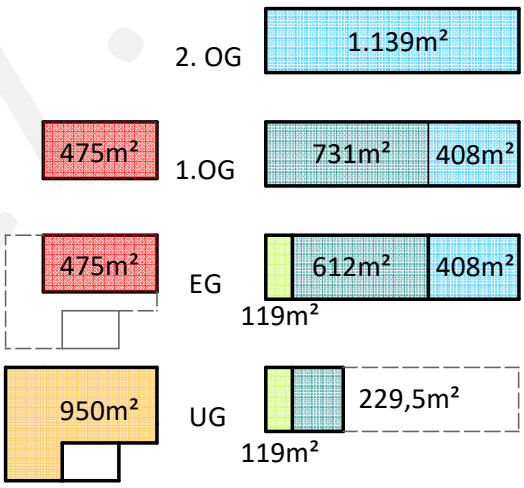
Kochküche (EG/UG):
2 x (7m x 17m) = 238m²

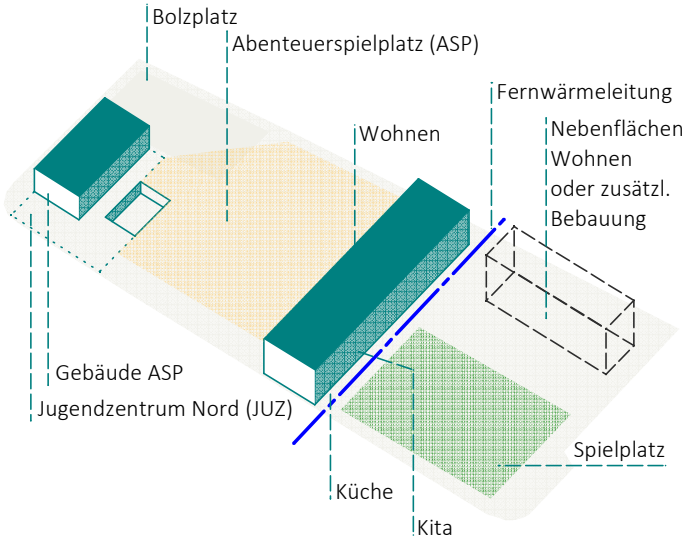
Räume ASP - 2 Etage (EG/OG):
2 x 475m² = 950m²

JUZ - 1 Etage (UG):
950m²

Fazit:
Im Rahmen der Workshops wurde entschieden, dass die V2 nicht weiterverfolgt.







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

Zum aktuellen Zeitpunkt (2. Quartal 2025) ist eine Förderung für Wohnneubauten nicht möglich. Daher wird mit Variante 3 eine Planung mit separaten Baukörpern für die unterschiedlichen Nutzungen vorgeschlagen. So kann Bauabschnittsweise und zeitversetzt, in der Hoffnung, dass Wohnbau wieder gefördert wird, geplant und errichtet werden. Eine Wohnbebauung wird hier abweichend vom Beschluss HFA/PBA 20.07.2016 als optional vorgeschlagen.

Folgende Eckdaten lassen sich festhalten:

Flächen BGF:

Kindergarten (EG/UG):
(43m + 36m + 13,5m) x 17m = 1.572,5m²

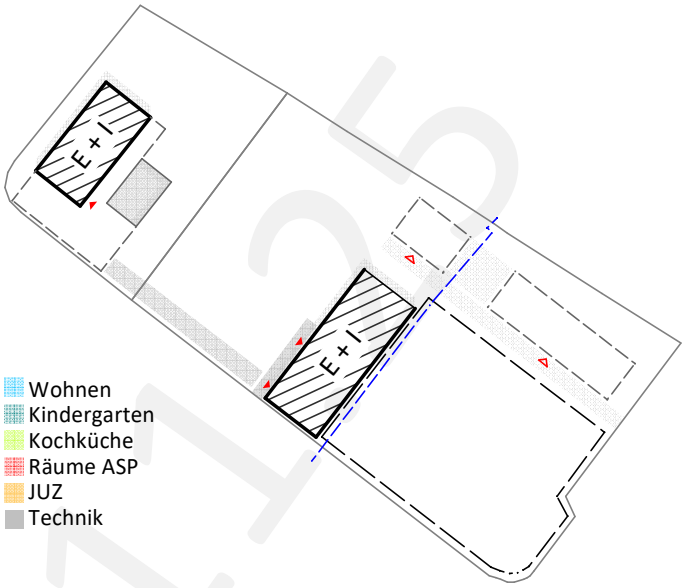
Kochküche (EG/UG):
2 x (7m x 17m) = 238m²

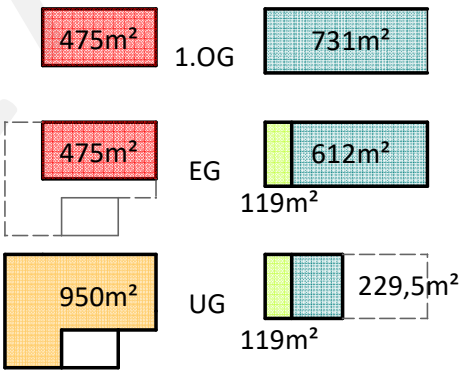
Räume ASP - 2 Etage (EG/OG):
2 x 475m² = 950m²

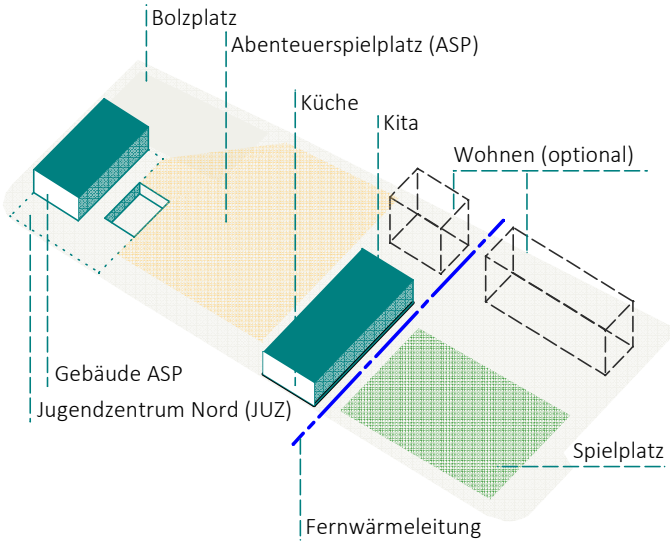
JUZ - 1 Etage (UG):
950m²

optional Wohnen (EG/1./2./3. OG):
4 x (12m x 17m) = 816m²
4 x (12m x 40m) = 1.920m²

Fazit:
Im Rahmen der Workshops wurde entschieden, dass die V3 tiefer untersucht und weiterverfolgt werden soll. Dazu wurde eine Grundrissvariante (siehe Planunterlagen) erarbeitet.







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

Als zusätzliche Variante und in Abänderung von Variante 2 wird in Variante 4 ein Riegel, wie im Beschluss HFA/PBA vom 20.07.2016, mit Kiga im Erd- und Untergeschoss und Wohnen in den zwei Obergeschossen sowie integrierter Küche dargestellt.
Das Jugendzentrum und die Räume des ASP sollen in einem seperaten gebäude untergebracht werden.

Folgende Eckdaten lassen sich festhalten:

Flächen BGF:

Kindergarten (EG/UG):
(60m + 25m) x 17m = 1.445m²

Kochküche (EG/UG):
2 x (7m x 17m) = 238m²

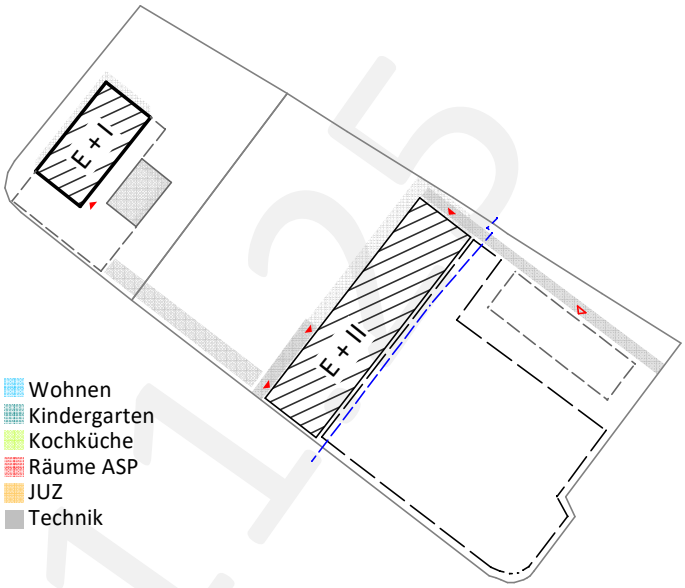
Räume ASP - 2 Etage (EG/OG):
2 x 475m² = 950m²

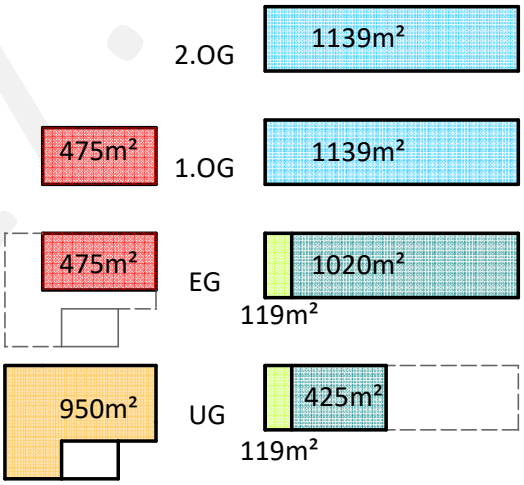
JUZ - 1 Etage (UG):
950m²

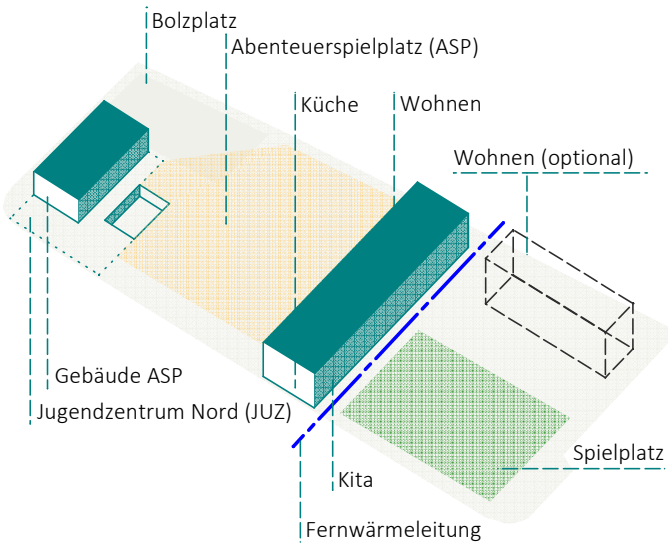
Wohnen (1. + 2. OG):
2x (67m x 17m) = 2.278,00m²

optional Wohnen (EG/1./2./3. OG):
4 x (12m x 40m) = 1.920m²

Fazit:
Im Rahmen der Workshops wurde entschieden, dass die V4 tiefer untersucht und weiterverfolgt werden soll. Dazu wurde eine Grundrissvariante (siehe Planunterlagen) erarbeitet.







Arbeitsstand 17.11.2025

Stand 17.11.25

Der dargestellte Kostenrahmen dient als erste sehr grobe Orientierung!

Der angegebene Kostenrahmen ist auf Grundlage des Raumbuches zum aktuellen Stand der Projektentwicklung und den im BKI angegeben Quadratmeterpreisen der entsprechenden Objekte berechnet. Als Ausführungsstandart ist der mittlere Wert angenommen worden.

Die Aufstellung ist nicht abschließend. Entsprechend der weiteren Projektentwicklung und -entscheidungen können sich Änderungen ergeben.

Kostenkennwerte für die Kosten des Bauwerks (Kostengruppe 300 + 400 nach DIN 276) Hochgerechnet mit Regionalfaktor 1,218 (Lkr Fürstenfeldbruck) und aktualisiert mit Baukostenindex (169,9/158,9) auf Kostenstand 2. Quartal 2025

Die indexbezogene Baukostensteigerung wurde anhand der Vorgaben der RLBau auf Grundlage "Statistische Berichte – M1400C 202541 – Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Februar 2025" herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Statistik ermittelt.
Dazu wurde ein Zeitrahmen von Projektbeschluss bis Fertigstellung von 5 Jahren ab 3. Quartal 2025 angenommen.

Der angegebene Kostenrahmen beinhaltet 19% Mehrwertsteuer.

	Kosten Stand 2. Quartal 2025 Kostengruppen 200 - 700 (Mittelwert Fläche/Volumen)	Regionalfaktor 1,218 lt. BKI 2025	indexbedingte Baukostensteigerung in % für die nächsten 3 Jahre	Kosten inkl. indexbedingte Baukostensteigerung	Risikozuschlag 25% (Aufgrund Stand Projektentwicklung)
A. Kindergarten	6.416.410,43€	7.815.187,90€	9	8.518.554,81€	10.648.193,52€
B. Kochküche	1.563.058,95€	1.903.805,80€	9	2.075.148,32€	2.593.935,40€
C. C. Jugendzentrum (JUZ)	3.925.188,97€	4.780.880,17€	9	5.211.159,39€	6.513.949,23€
D. Gebäude Abenteuerspielplatz (ASP)	2.574.067,21 €	3.135.213,86 €	9	3.417.383,11 €	4.271.728,89 €
Zwischensumme:					**24.027.807,04€**
E. Wohnnutzung (zwei Etage)	5.798.168,21 €	7.062.168,88 €	9	7.697.764,08 €	9.622.205,10 €
Gesamt Neubau:	20.276.893,77€	24.697.256,62€		26.920.009,71€	**33.650.012,14€**

Abbruch Bestand (Kindergarten/JUZ, Container ASP, Hüttendorf etc.)	1 Mio. €
Zwischensumme:	**34,65 Mio. €**

Erlös Verkauf Teilfläche Bereich jetziges Bestandsgebäude Kindergarten	1,7 - 2,0 Mio. €
Förderung Kindergarten	3 Mio. €
Jugendzentrum / Gebäude ASP	1 Mio. €
Wohnen KommWFP	-- €
Summe:	**28,5 - 29 Mio. €**

Arbeitsstand 17.11.2025

Optionale Kosten abhängig vom Konzept der Planung	
Mehraufwand Grundstück:	z.B. Altlastenentsorgung, Bugtet für Gestalung Freifläche ASP im Betrieb, Ersatzpflanzungen etc.
Fernwärmeleitungen :	Verlegung von Trassen und/oder Übergabestationen, sowie Maßnahmen wärend Bauzeit -> Abschließnede Abstimmung Stadtwerke ausstehend
Tiefgarage:	Für notwendige Stellplätze Wohnnutzung und ggf. Personal

Stand 17.11.25

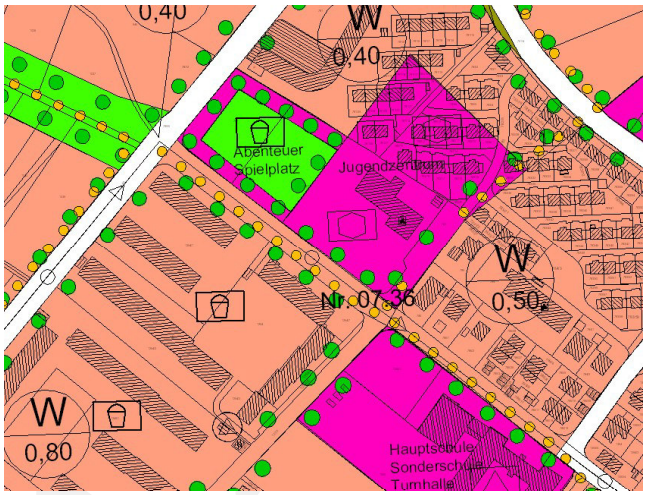
Ausgangslage:
Die Nutzung des Grundstückes ist gemäß FNP als Jugendzentrum festgesetzt.
GFZ lt. BauNVO 2021 für WR/WA = 1,2 und WB = 1,6

Die umliegende Grundstücke sind im FNP als Wohngebiete (W) mit einer GFZ von 0,4; 0,5 bzw. 0,8 festgesetzt.

Grundstück liegt an öffentlicher Verkehrsfläche -> Erschließung gesichert

Aufgrund der aktuellen Baupreise ist eine Tiefgarage unwirtschaftlich. Eine optionale Bebauung könnte als Stelzenbau ausgeführt werden. Die notwendigen Stellplätze sind hier in einem offenen Erdgeschoss untergebracht.
Bei der GFZ-Berechnung bleibt das Erdgeschoss bei dieser Bauweise unberücksichtigt, da es sich ohne geschlossene Außenwände nicht um ein Vollgeschoss im Sinne von §20 BauNVO handelt.

Hinweis:
Abschließende Prüfung und Festlegung des Maß der baulichen Nutzung erfolgt durch die entsprechende Fachstelle bei weiterführender Planung. Grober bodenschätzwert ermittelt aufgrund fiktiver Variantenbebauung und Bodenrichtwertableitung. Eine verbindliche Verkehrswertermittlung bedarf einer konkreten Grundstücksbewertung in der weiteren Planung.



Stand 17.11.2025

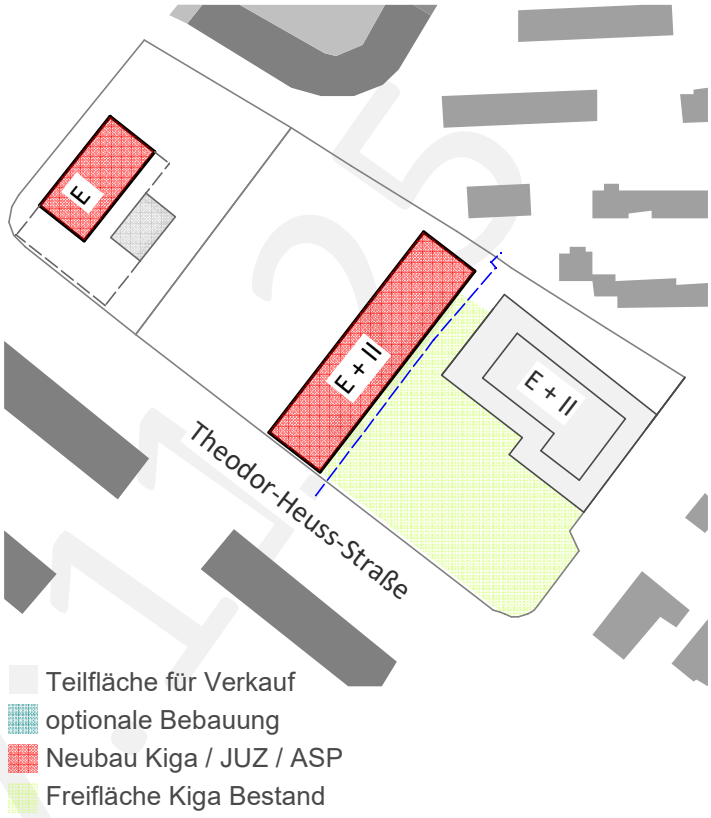
Variante B1: E+II
Grundstücksfläche: ca. 1.500m²
Grundfläche Gebäude: ca. 600qm
Geschosse: II (1. + 2. OG)
Stelzenbau mit offenem EG für notwendige PKW-Stellplätze

GFZ: (2x 600m²) / 1.500m² = 0,8

Anzahl Wohnungen pro Geschoss, bei der Annahme von ca. 80m² pro Whg., ca. 5 Wohnungen.
-> Bei 2 Geschossen 10 Wohnungen

Abstandsflächen liegen auf eigenem Grund.
Es ist eine Tiefgarage, in der auch die Stellplätze der Wohnnutzung über dem Kiga untergebracht werden können, zu erstellen.

Grober Bodenschätzwert: 1.722.000 €
(1.148 €/m²)



Variante B2: E+III
Grundstücksfläche: ca. 1.500m²
Grundfläche Gebäude: ca. 600qm
Geschosse: III (1.,2. + 3.OG)

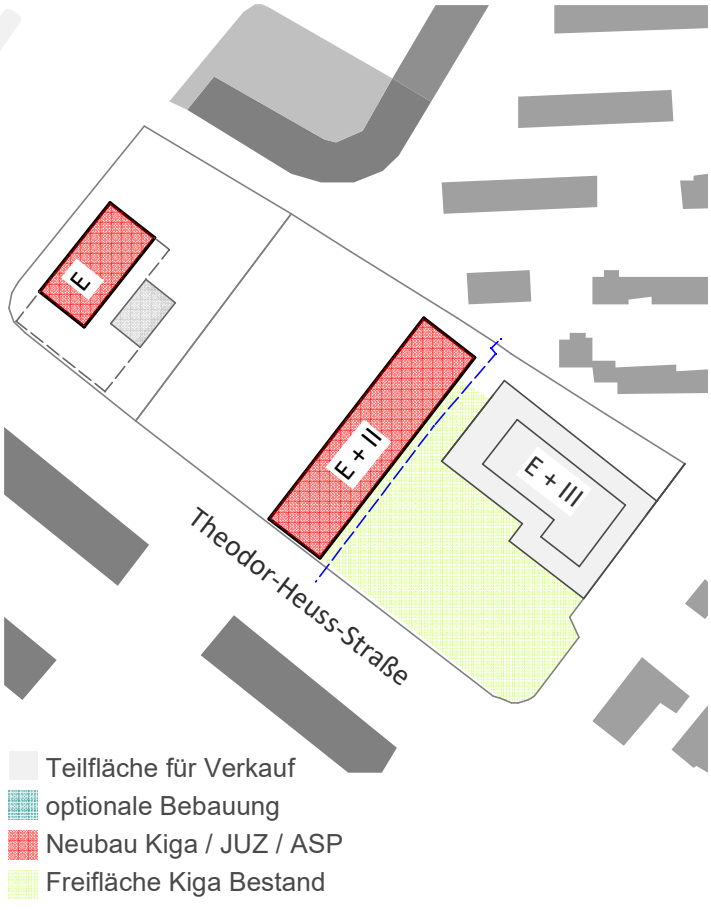
Stelzenbau mit offenem EG für notwendige PKW-Stellplätze

GFZ: (3x 600m²) / 1.500m² = 1,2

Anzahl Wohnungen pro Geschoss, bei der Annahme von ca. 80m² pro Whg., ca. 5 Wohnungen.
-> Bei 3 Geschossen 15 Wohnungen

Abstandsflächen liegen teilweise nicht auf eigenem Grund.
Es ist eine Tiefgarage, in der auch die Stellplätze der Wohnnutzung über dem Kiga untergebracht werden können, zu erstellen.

Grober Bodenschätzwert: 1.959.300 €
(1.306 €/m²)



Stand 17.11.25

Kindertageseinrichtung	**Förderung gem. Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) i.V.m. Zuweisungsrichtlinie (FAZR):** Aktueller Kostenrichtwert (2025) für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung beträgt laut FAG 7161€ pro förderfähigem Quadratmeter. Unter der Annahme, dass sich der Kostenrichtwert um 3-5% jährlich erhöht, wird für die Jahre 2027 ca. 7641€ und für 2028 ca. 7893€ angenommen. Gemäß Richtlinie sind im Summenprogramm für einen 6-gruppigeh Kindergarten 784m² vorgesehen. 51% könnten jeweils davon zur Verfügung stehen. Abhängig vom Datum der Antragsstellung könnte folgende FAG-Förderung für den Kindergarten angenommen werden: 2027: 784m² x 7641€ = 5.990.544,00€ davon 51% = 3.055.000€ 2028: 784m² x 7893 = 6.188.112€ davon 51% 3.155.000€ **-> ~ 3,15 Mio. €**
Kochküche	**keine bekannt**
Jugendzentrum und Gebäude für ASP	**Bayerischer Jungendring (BJK):** Die Förderung durch den Bayerischen Jugendring beträgt bis zu 30 Prozent der förderfähigen Kosten; maximal bis zu 1,0 Mio. €. Annahme, dass für dieses Projekt die maximale Förderung möglich ist (u.V. abschließender Prüfung) **-> max. 1,0 Mio. €**
Wohnen	**Kommunales Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP):** Momentan keine Förderung. Die Mittel sollen über das Infrastruktur-Sondervermögen erhöht werden. -> Spitzengespräch am 30.10.2025
Klimaanpassung	**Klimaanpassung** sozialer Einrichtung (AnpaSO) des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUV) sowie diverse Förderungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Mögliche Summe Förderung zum aktuellen Stand der Projektentwicklung: Arbeitsstand 17.11.2025	**ca. 4,0 Mio. €** (ohne Wohnen) (vorbehaltlich abschließender Prüfungen)

Stand 17.11.25

Freifläche ASP

Wohnen Küche

Parkplätze

Fahrräder

E + III

E + I

Parkplätze

E + II

Eingang Kita

Freifläche Kita

Parkplätze

Eingang ASP

E

Fahrräder

Fahrräder

Eingang JUZ

Fahrräder

Parkplätze

BUS

VORABZUG

V4

Kindergarten Nord / Kochküche Nord / JUZ Nord / ASP
erdgeschossige Kita
Lageplan 1:500 / Datum 23.10.2025

Parkplätze

Wohnen
E + II
mit TG

E + III

E + I

Parkplätze

Freifläche ASP

Parkplätze

E + I

Freifläche Kita

Eingang ASP

Fahrräder

Fahrräder

Küche

Fahrräder

Eingang JUZ

Parkplätze

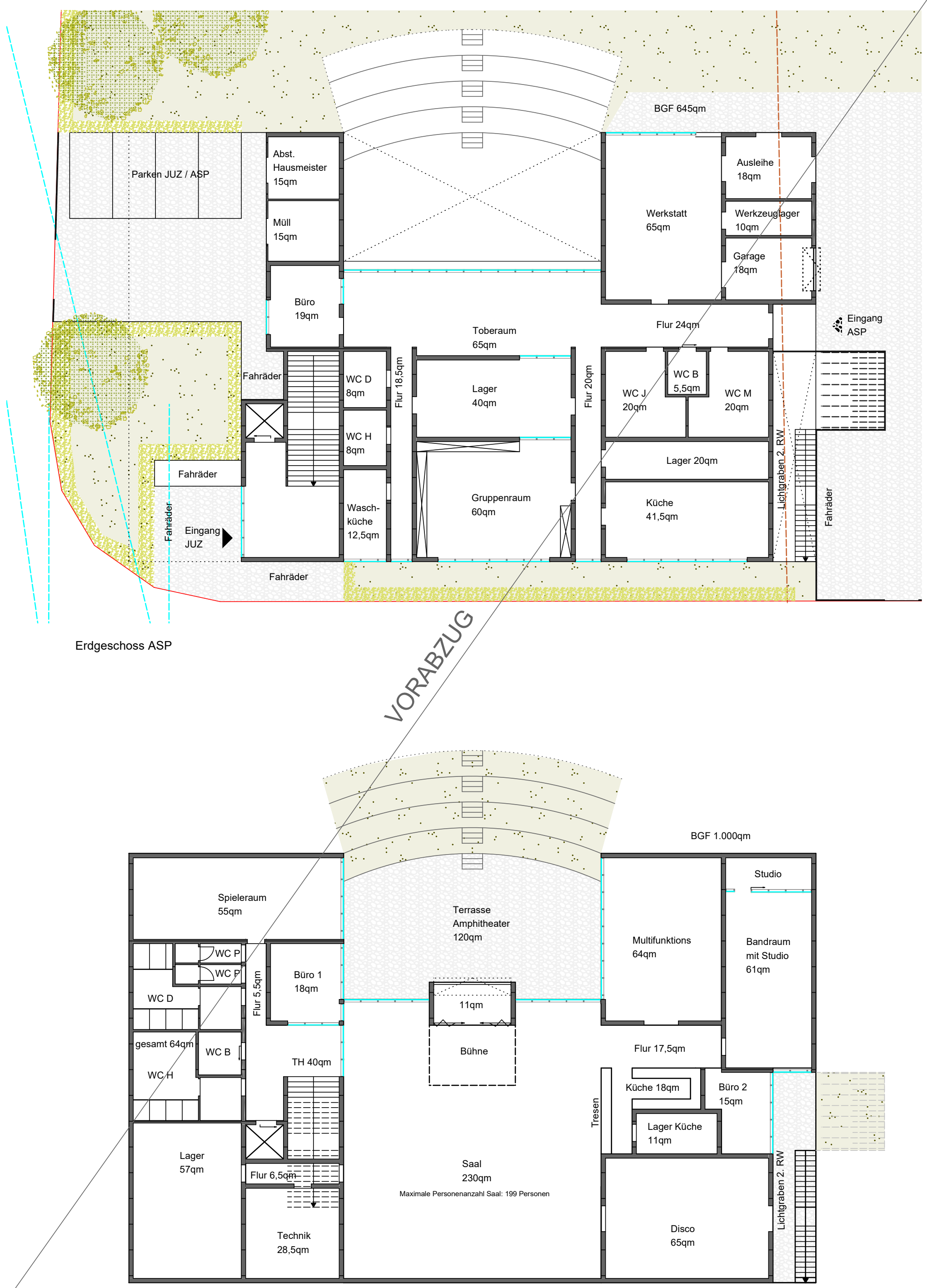
Eingang Kita

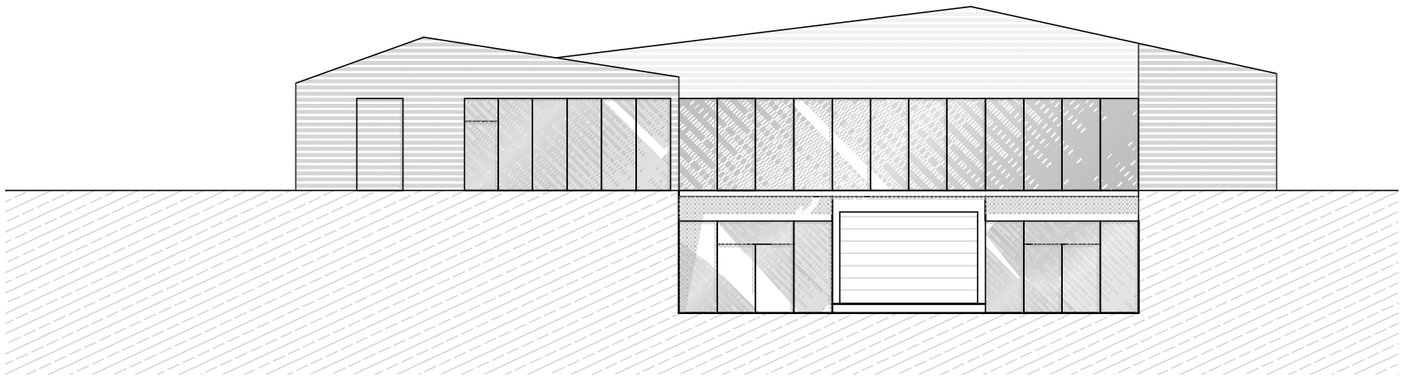
BUS

VORABZUG

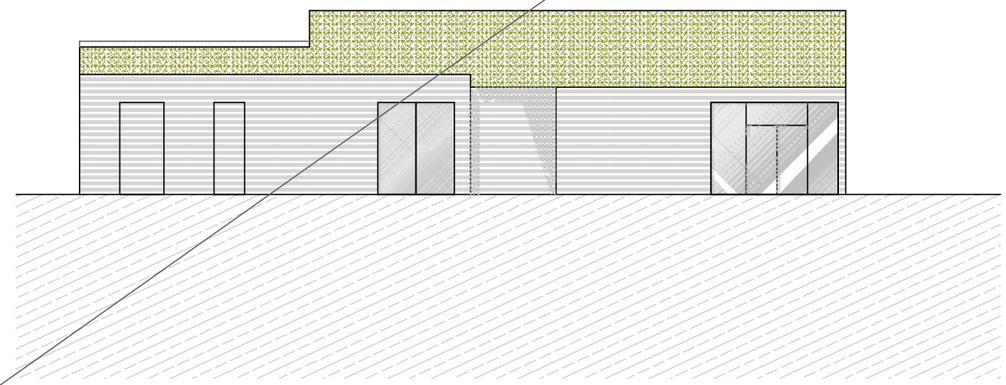
V3

Kindergarten Nord / Kochküche Nord / JUZ Nord / ASP
zweigeschossige Kita
Lageplan 1:500 / Datum 23.10.2025

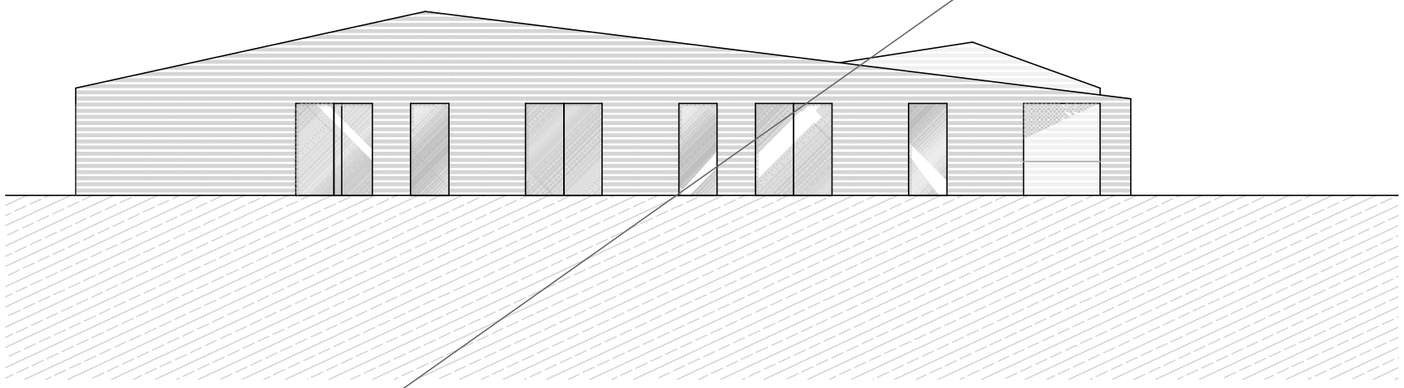

BGF 645qm
Parken JUZ / ASP
Abst.
Hausmeister
15qm
Müll
15qm
Büro
19qm
Werkstatt
65qm
Ausleihe
18qm
Werkzeuglager
10qm
Garage
18qm
Flur 24qm
Eingang
ASP
Toberaum
65qm
Lager
40qm
Flur 18,5qm
Flur 20qm
WC D
8qm
WC H
8qm
WC J
20qm
WC B
5,5qm
WC M
20qm
Lager 20qm
Küche
41,5qm
Gruppenraum
60qm
Waschküche
12,5qm
Fahräder
Fahräder
Fahräder
Fahräder
Fahräder
Eingang
JUZ
Lichtgraben 2. RW
Fahräder
Erdgeschoss ASP
VORABZUG
BGF 1.000qm
Spieleraum
55qm
Terrasse
Amphitheater
120qm
Multifunktions
64qm
Studio
Bandraum
mit Studio
61qm
WC P
WC P
WC D
gesamt 64qm
WC B
WC H
Flur 5,5qm
Büro 1
18qm
11qm
Bühne
TH 40qm
Flur 17,5qm
Küche 18qm
Büro 2
15qm
Tresen
Lager Küche
11qm
Lager
57qm
Flur 6,5qm
Saal
230qm
Maximale Personenanzahl Saal: 199 Personen
Technik
28,5qm
Disco
65qm
Lichtgraben 2. RW
Untergeschoss JUZ



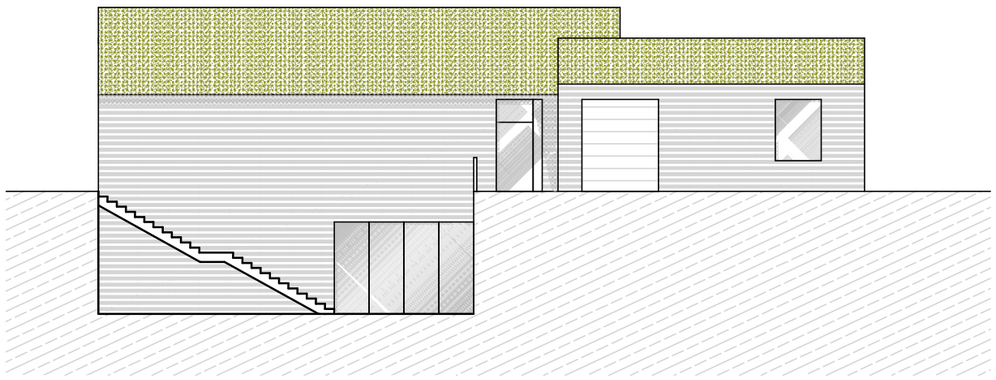
Ansicht Nordosten



Ansicht Südwesten

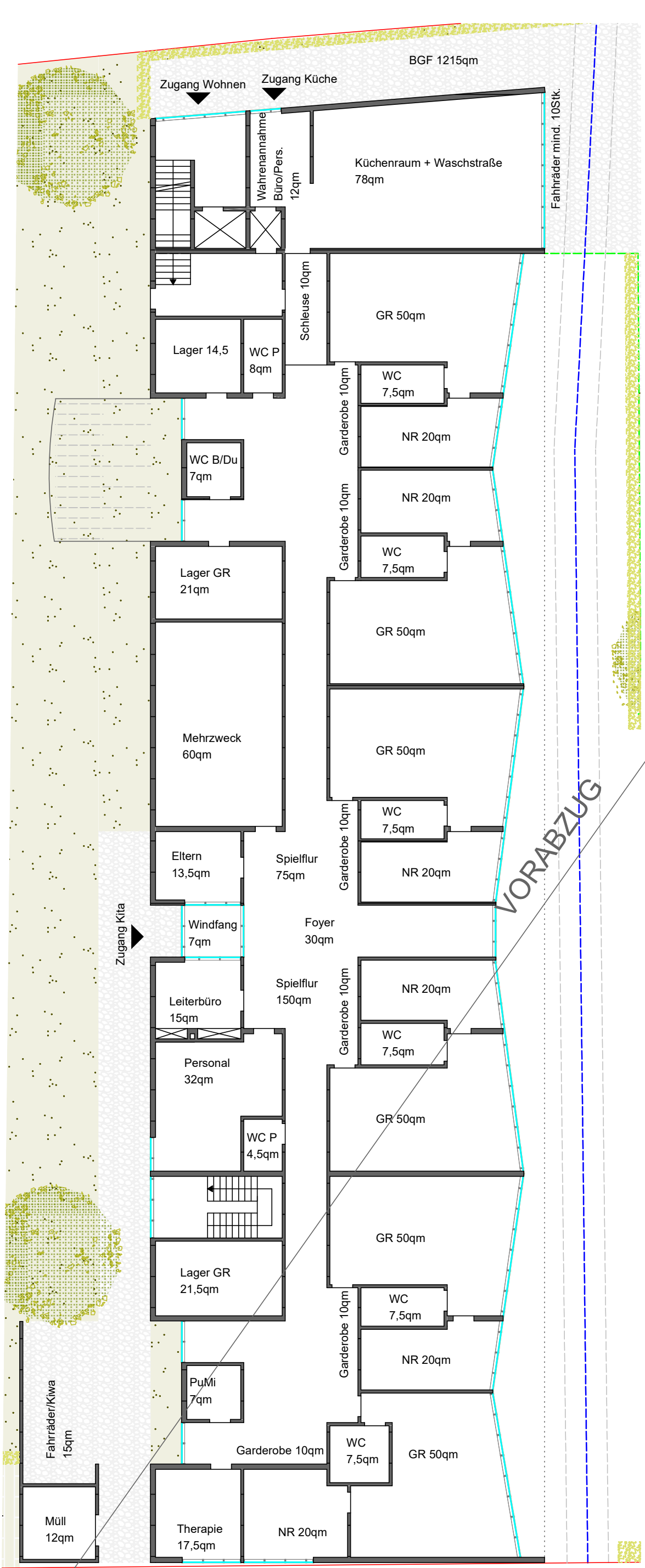


Ansicht Südwesten



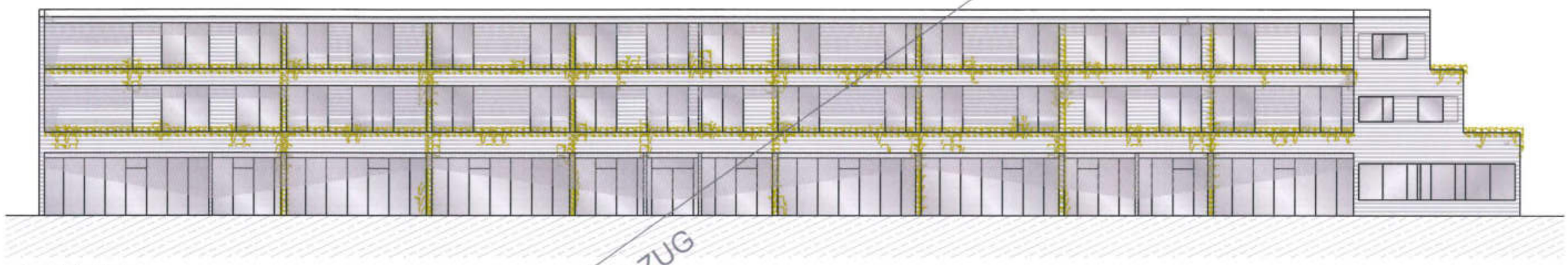
Ansicht Südosten

VORABZUG

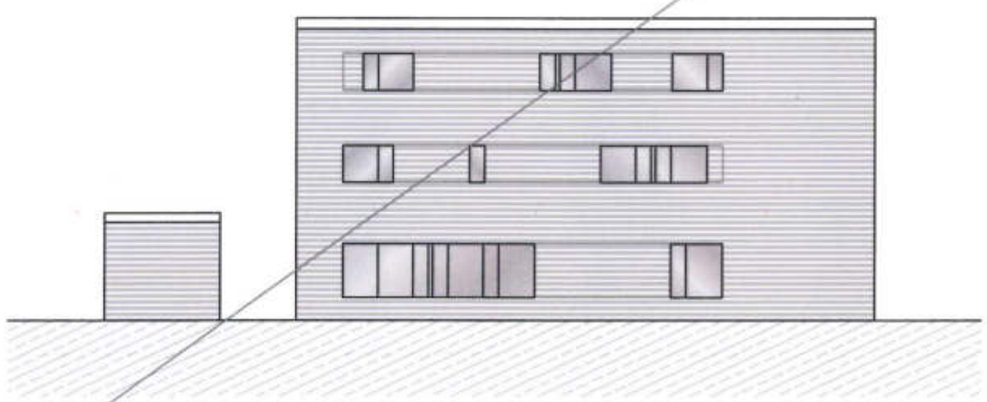

BGF 1215qm
Zugang Wohnen
Zugang Küche
Wahrenannahme Büro/Pers. 12qm
Küchenraum + Waschstraße 78qm
Fahrräder mind. 10Stk.
Schleuse 10qm
GR 50qm
Lager 14,5
WC P 8qm
WC B/Du 7qm
Garderobe 10qm
WC 7,5qm
NR 20qm
Lager GR 21qm
Mehrzweck 60qm
Eltern 13,5qm
Spielflur 75qm
Zugang Kita
Windfang 7qm
Foyer 30qm
Leiterbüro 15qm
Spielflur 150qm
Personal 32qm
WC P 4,5qm
Lager GR 21,5qm
PuMi 7qm
Fahrräder/Kiwa 15qm
Müll 12qm
Garderobe 10qm
Therapie 17,5qm
VORABZUG
Erdgeschoss
Kaltzelle 33qm
Trockenlager 18qm
Waschr. 4qm
Umkl. + WC H 8qm
Du 3qm
Umkl. + WC D 8qm
Technik Aufzug 6qm
Lager Kita 24qm
Ruheraum 40qm
Lager / PuMi / Hausmeister 27,5qm
Flur 10qm
Technik 56qm
Gymnastikraum 80qm
Technik 53qm
Untergeschoss



Ansicht Südwesten



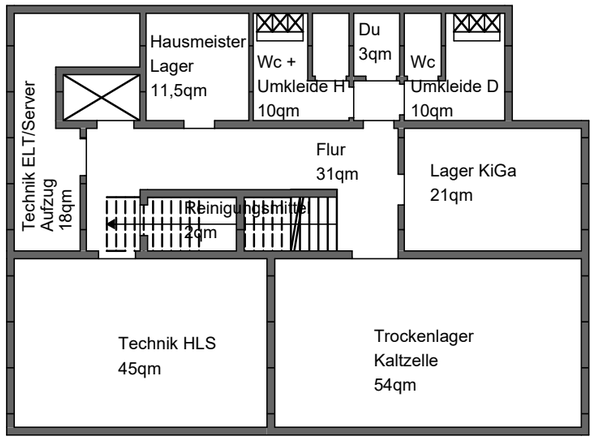
Ansicht Nordosten



Ansicht Südwesten

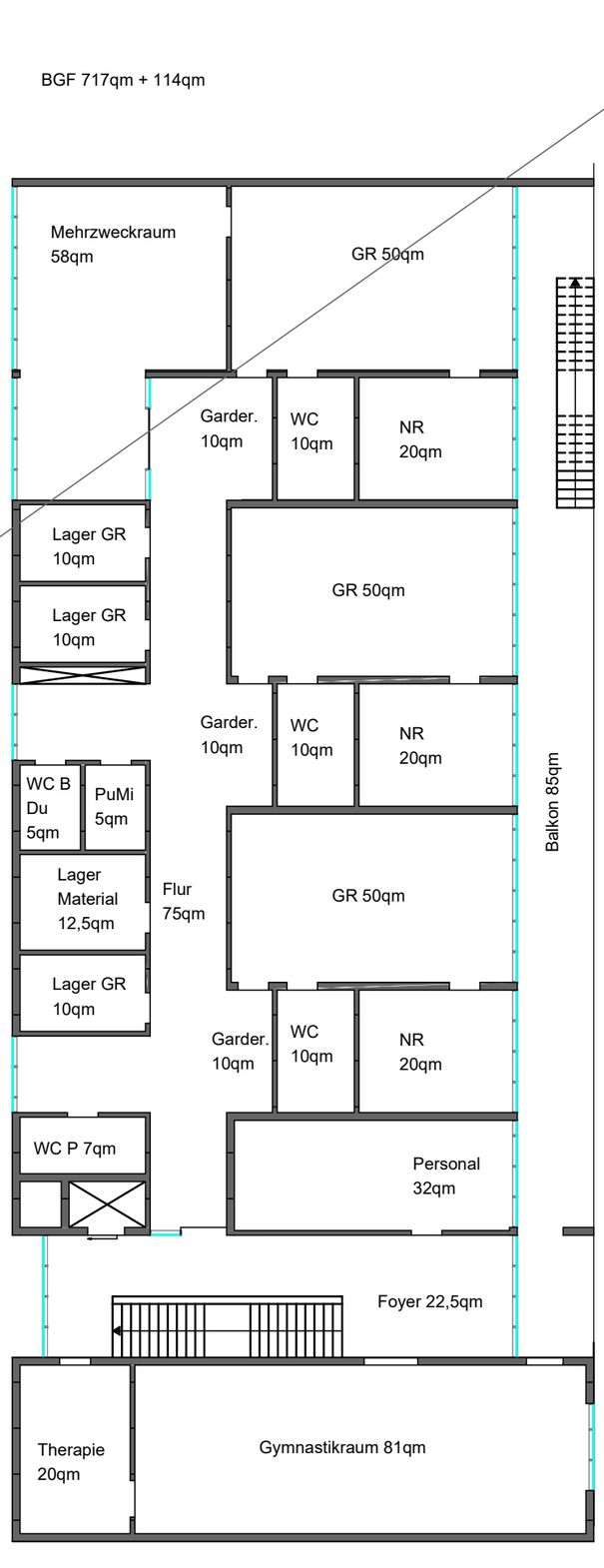
VORABZUG

V4 Kindergarten Nord / Kochküche Nord / JUZ Nord / ASP - JUZ / ASP - Ansichten 1:200 / Datum 23.10.2025

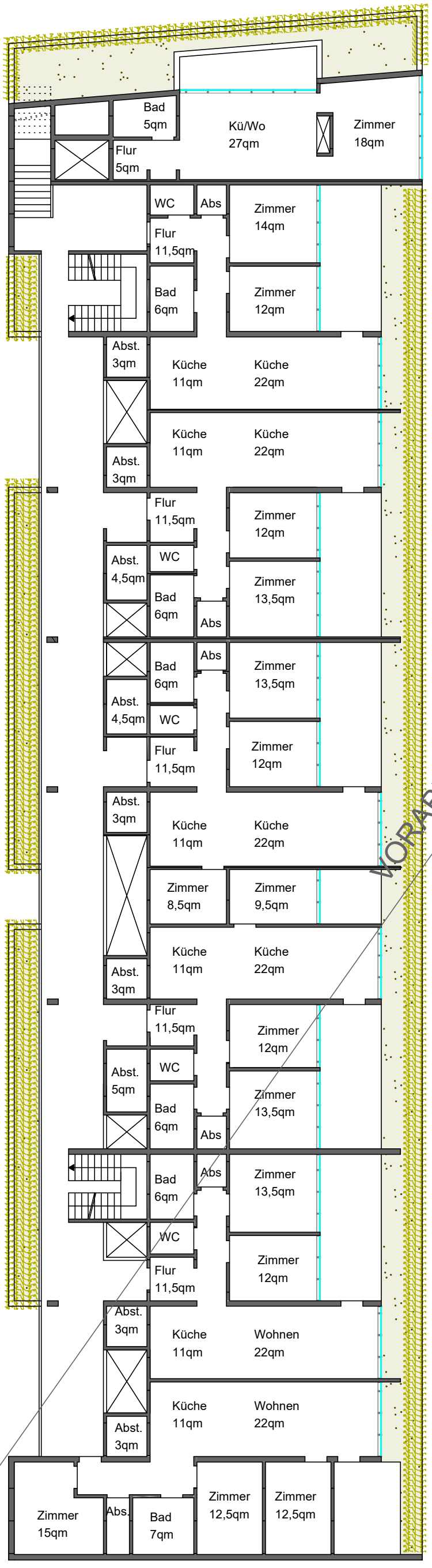


Untergeschoss

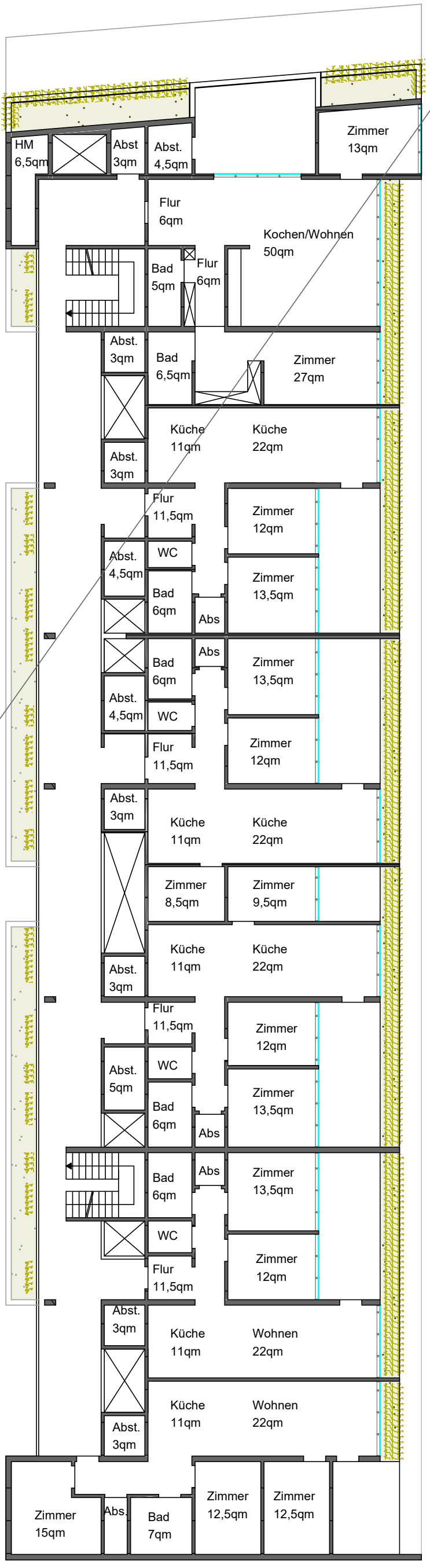
Erdgeschoss



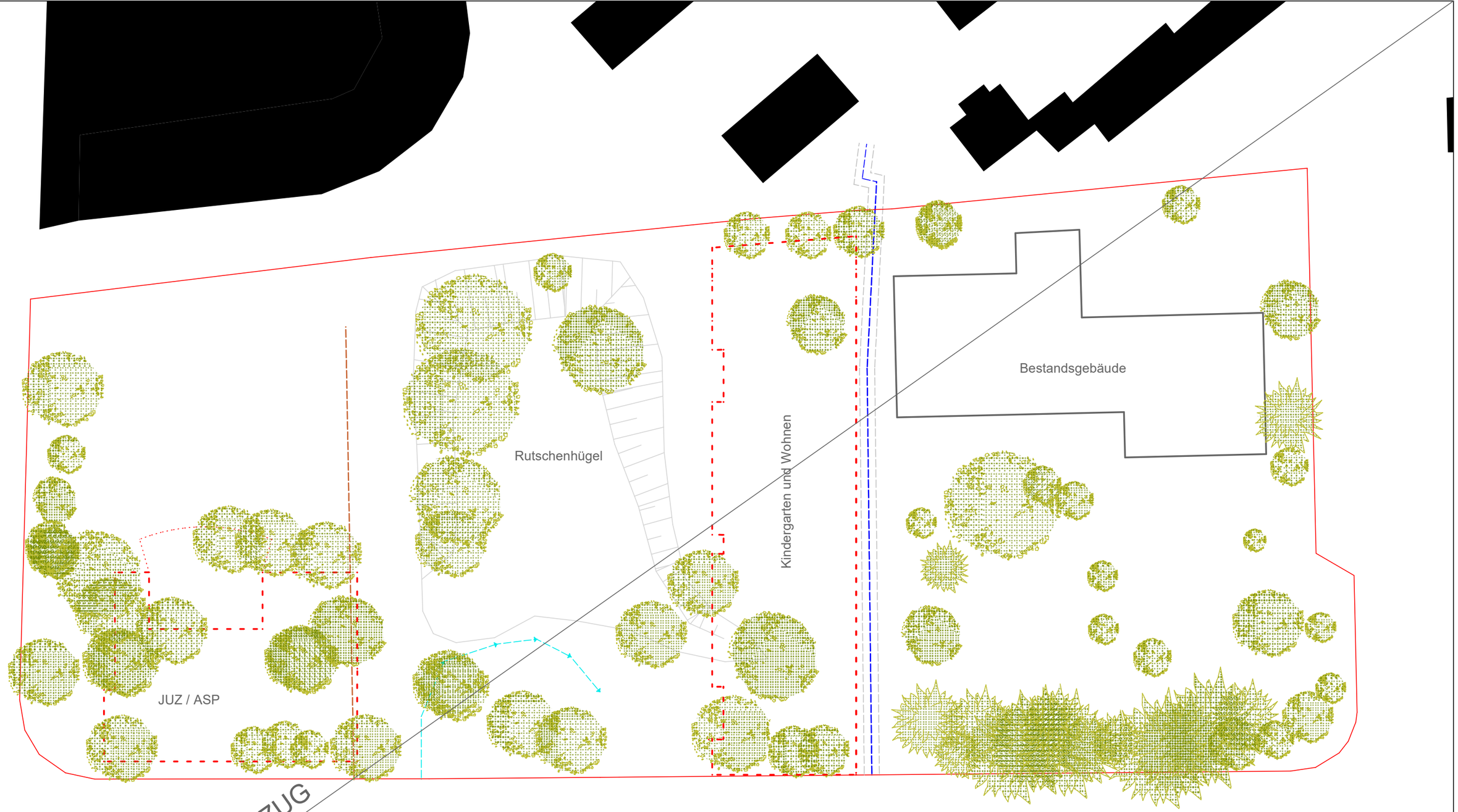
Obergeschoss



1. Obergeschoss



2. Obergeschoss



Kindergarten Nord / Kochküche Nord / JUZ Nord / ASP
Baumbestand
Lageplan 1:500 / Datum 28.10.2025

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3764/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Zuschuss zur Renovierung der integrativen Kindertagesstätte Regenbogenland der Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	31.10.2025	
Verfasser	Michaela Raff	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	53 Kindertageseinrichtungen	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Entscheidung	26.11.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und beschließt, der Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH für die Renovierung der integrativen Kindertagesstätte Regenbogenland einen Zuschuss in Höhe von 20 % der tatsächlichen Renovierungskosten – maximal jedoch 36.920 € - zu gewähren.
Der Zuschussbetrag von 36.920 € ist im Haushalt 2026 bereitzustellen.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Siegler/CSU	Kindertageseinrichtungen und Spielplätz	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				36.920 €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Die Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH (künftig Kinderhilfe genannt) betreibt im Stadtgebiet Fürstenfeldbruck 4 Kindertageseinrichtungen, u.a. die integrative Kindertagesstätte Regenbogenland.
In der Kindertagesstätte Regenbogenland werden 10 Krippen-, 30 Kindergarten- und 15 Hortkinder auf Regel- und Integrationsplätzen betreut.

Für diesen Betrieb besteht zwischen der Kinderhilfe und der Stadt Fürstenfeldbruck ein Betriebsträgerschaftsvertrag, welcher seit 01.01.2012 gültig ist.

In diesem Betriebsträgerschaftsvertrag ist unter anderem geregelt, dass die Stadt Fürstenfeldbruck dem Träger einen Zuschuss zum ungedeckten Betriebsaufwand von 100% - jedoch maximal den ermittelten Defizithöchstbetrag – gewährt. Dieser beträgt aktuell 32% aus dem errechneten Förderanspruch der kindbezogenen Förderung gegenüber der Kommune für das entsprechende Kalenderjahr.

Zusätzlich ist in § 5 Abs. 2 des Betriebsträgerschaftsvertrages eine monatliche Nettomiete, welche die Stadt Fürstenfeldbruck an die Kinderhilfe zu zahlen hat, vereinbart, damit die Räumlichkeiten für eine Kindertageseinrichtung gemäß BayKiBiG genutzt werden können. Die Miete wurde nach 10 Jahren zum 01.01.2022 von 6,40 € auf 7,36 € erhöht. Somit zahlt die Stadt Fürstenfeldbruck eine jährliche Miete für ca. 549 qm von rund 48.502 €.

Die Kinderhilfe legt der Stadt Fürstenfeldbruck jährlich die vertraglich vereinbarten Defizitabrechnungen für ihre Kindertageseinrichtungen vor. Seit Vertragsbeginn des vorliegenden Vertrages zum 01.01.2012 wurde für die Kindertagesstätte Regenbogenland noch nie ein Defizit bei der Jahresabrechnung ausgewiesen. Die Stadt Fürstenfeldbruck erstattet der Kinderhilfe lediglich die vom Stadtrat festgelegte gewährte Geschwisterermäßigung, die vertraglich vereinbarte Miete und den vertraglich vereinbarten Bonus aus dem nicht ausgeschöpften errechneten Defizithöchstbetrag.

Nun ist die Kinderhilfe auf die Stadt Fürstenfeldbruck zugekommen, dass in der Kindertagesstätte Regenbogenland eine umfassende Renovierung dringend notwendig ist.
Vor allem die Böden, Kinderbäder und pädagogischen Küchen sind teilweise über 30 Jahre alt und müssen erneuert werden.
Bei einer Begehung des zuständigen Sachgebiets 53 mit der Kinderhilfe wurden Räume begutachtet und die aufgeführten Maßnahmen besprochen und erläutert. Mit der Kinderhilfe besteht seit Jahren eine sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bei dem Vor-Ort-Termin konnte festgestellt werden, dass die geplanten Maßnahmen sinnvoll und notwendig sind um z.B. wirkliche Gefahrenstellen am Boden zu beseitigen.

Die Kinderhilfe hat für die Renovierungsmaßnahmen bereits Angebote eingeholt. Diese belaufen sich auf insgesamt rund 184.600 € und teilen sich wie folgt auf:

4 pädagogische Küchen mit Geräten	84.500 €
Bäder (Kinder und Personal	67.200 €
Austausch Böden	23.400 €
Malerarbeiten	9.500 €

Grundsätzlich ist die Stadt Fürstenfeldbruck nicht verpflichtet, sich an den Renovierungskosten der Kindertagesstätte Regenbogenland zu beteiligen, da sich das Gebäude im Eigentum der Kinderhilfe befindet und die Stadt für die Nutzung als Kindertageseinrichtung Miete bezahlt.

Die Miete ist mit aktuell 7,36 € für die Nutzung als Kindertageseinrichtung relativ gering und wurde seit Vertragsbeginn vor fast 14 Jahren erst einmal erhöht. Deshalb würde die Stadt-

verwaltung einen einmaligen Zuschuss an die Kinderhilfe befürworten, da auch keine weiteren Zuschüsse an anderer Stelle hierfür beantragt werden können.

Die Stadtverwaltung schlägt deshalb vor, der Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH einen Zuschuss in Höhe von 20 % der tatsächlichen Kosten – maximal jedoch 36.920 € - zu gewähren. Dieser Zuschuss müsste im Haushalt 2026 noch eingeplant werden.

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3742/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Sonderzuschuss für das Kalenderjahr 2025 an das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck für den Betrieb von zwei Kindertageseinrichtungen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	20.10.2025	
Verfasser	Raff, Michaela	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	53 Kindertageseinrichtungen	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Entscheidung	26.11.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport beschließt, dass bei den Defizitab-rechnung 2025 der Caritas-Kindertageseinrichtungen „Kinderhaus Sternenhimmel“ und „Kindergarten Himmelszelt“ eine Gemeinkostenpauschale in Höhe von jeweils 8% angesetzt werden darf. Zusätzlich können für jede Einrichtung die Personalkos-ten für eine Verwaltungskraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 5 Stunden in der Defizitabrechnung 2025 aufgenommen werden.
Die vertraglich vereinbarte Höhe des maximal zu übernehmenden Defizithöchstbe-trages durch die Stadt Fürstenfeldbruck bleibt hiervon unberührt.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Siegler/CSU	Kindertageseinrichtungen und Spielplätz	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				ca. 46.000 €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck betreibt im Stadtgebiet Fürstenfeldbruck die Kindertageseinrichtungen „Kinderhaus Sternenhimmel“ (früher Sternkindergarten und Krippe Zwergenhäuserl) und den „Kindergarten Himmelszelt“ mit insgesamt 95 Kindergarten- und 22 Krippenplätzen.

Für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen wurden zwischen der Stadt Fürstenfeldbruck und dem Caritas-Zentrum Betriebsträgerschaftsverträge abgeschlossen. In diesen ist unter anderem geregelt, dass die Stadt Fürstenfeldbruck dem Träger einen Zuschuss zum ungedeckten Betriebsaufwand von 100% - jedoch maximal den ermittelten Defizithöchstbetrag – gewährt. Der Defizithöchstbetrag wurde ursprünglich auf 28% aus dem errechneten Förderanspruch der kindbezogenen Förderung gegenüber der Kommune für das entsprechende Kalenderjahr festgelegt.
Aufgrund der Einführung der München-Zulage für die städtischen Beschäftigten hat der Stadtrat am 26.05.2020 eine Erhöhung des Defizithöchstbetrags auf 32% ab dem Abrechnungsjahr 2021 für diejenigen Träger beschlossen, welche ebenfalls die München-Zulage bezahlen. Bis auf einen Träger setzen mittlerweile alle Träger die München-Zulage um.

Die Defizithöchstbeträge wurden in den letzten Jahren bei den beiden Caritas-Einrichtung nie ausgeschöpft. Teilweise konnte sogar ein Überschuss erwirtschaftet werden.

Nun kam das Caritas-Zentrum auf die Stadt Fürstenfeldbruck zu, dass sie grundsätzlich mit den vereinbarten Betriebsträgerschaftsverträgen gut zurechtkommen. Jedoch reicht die gewährte Gemeinkostenpauschale in Höhe von 6% nicht mehr aus um die Overheadkosten zu decken. Unter die Overheadkosten fallen alle zentral erbrachten Leistungen des Trägers (Personal-, Sach- und Mietkosten), welche nicht direkt in der Einrichtung anfallen und somit auch nicht in den Defizitabrechnungen der einzelnen Einrichtungen aufgeführt werden dürfen. Die Gemeinkostenpauschale wird aus den Personalaufwendungen, welche direkt bei den Kindertageseinrichtungen entstehen, berechnet.

Laut Caritas-Zentrum belaufen sich ihre jährlichen Overheadkosten für die beiden Kindertageseinrichtungen auf rund 200.000 €.
Für das Abrechnungsjahr 2023 konnte die Caritas Gemeinkosten für die beiden Einrichtungen laut gültiger Betriebsträgerschaftsverträge in Höhe von rund 82.400 € ansetzen. Für das Abrechnungsjahr 2024 können voraussichtlich rund 89.980 € Gemeinkosten in die Defizitabrechnungen einfließen.

Bei mehreren Gesprächen zwischen der Geschäftsführung des Caritas-Zentrums und dem zuständigen Amt 5 wurde kommuniziert, dass die Stadtverwaltung die Overheadkosten für lediglich 2 Kindertageseinrichtungen grundsätzlich für viel zu hoch hält. Jedoch liegt es nicht im Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung, die Struktur des Caritas-Verbandes zu beurteilen. Laut Herrn Beer, Geschäftsführer des Caritas-Zentrums, ist der Caritas-Verband und das Caritas-Zentrum dabei, die internen Strukturen zu optimieren.
Jedoch sind in den letzten Jahren die administrativen Aufgaben und auch Herausforderungen in den Kindertageseinrichtungen immer mehr und vielfältiger geworden, so dass dies die Einrichtungsleitungen nicht mehr alleine bewältigen können. Dies ist in allen Kindertageseinrichtungen- unabhängig vom Träger – der Fall. Vom Freistaat Bayern wurde zwar der Personalbonus eingeführt um das pädagogische Personal vor Ort durch zusätzliches Personal entlasten zu können. Jedoch werden die Kosten nicht vollumfassend übernommen und es wird auch nur Personal gefördert, welches nach 2020 zusätzlich eingestellt worden ist. Kosten für Bestandspersonal, welches bereits vor dem Zeitpunkt für den Träger tätig war und somit schon seit Jahren das Einrichtungspersonal entlastet, müssen vom Träger selbst getragen werden.

Bisher konnten die Defizite des Caritas-Zentrums im Bereich der Overheadkosten von jährlich ca. 100.000-120.000 €, welche nicht über die Gemeinkostenpauschale abgedeckt wor-

den sind, über Kirchenmittel ausgeglichen werden. Aufgrund zurückgehender Einnahmen bei der katholischen Kirche erhält das Caritas-Zentrum nun jedoch keine Mittel mehr zum Ausgleich dieses Defizits.
Laut Caritas-Zentrum wurden bereits andere Möglichkeiten der Einnahmensteigerung (Erhöhung Elternbeiträge) und Ausgabenreduzierung (weniger Personal) so weit wie möglich ausgeschöpft. Jedoch ist hier nun eine Grenze erreicht, deren Überschreitung zu Lasten der Qualität der Kindertageseinrichtungen ginge.

Das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck steht massiv unter Druck, die Defizite im Bereich der Kindertageseinrichtungen möglichst auszugleichen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Caritas-Zentrum die Trägerschaften für die beiden Caritas-Einrichtungen abgeben muss. Dies ist weder im Interesse des Caritas-Zentrums noch der Stadtverwaltung.

Dem Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck ist natürlich bewusst, dass die Stadt Fürstenfeldbruck die ungedeckten Kosten für den Overhead nicht vollständig ausgleichen kann. Hierfür wäre eine Erhöhung der Gemeinkostenpauschale von 6% auf rund 13% notwendig.
Um wenigstens für das Abrechnungsjahr 2025 eine Planungssicherheit zu haben, hat das Caritas-Zentrum den Antrag gestellt, die Gemeinkosten für das Abrechnungsjahr 2025 auf 8% zu erhöhen und die Personalkosten für eine Verwaltungskraft pro Einrichtung mit jeweils 5 Arbeitsstunden pro Woche zu übernehmen.

Die Kosten für die Erhöhung der Gemeinkostenpauschale auf 8% und die Kostenübernahme der Verwaltungskräfte würde sich für das Abrechnungsjahr 2025 auf ca. 46.000 € belaufen. Eine tatsächliche Kostenübernahme von Seiten der Stadt Fürstenfeldbruck müsste jedoch nur erfolgen, wenn ein Defizit bei den Abrechnungen 2025 für die beiden Caritas-Einrichtungen ausgewiesen wird.

In den vorangegangenen Abrechnungsjahren wurden folgende Ergebnisse erzielt:

	Defizit Kinderhaus Sternenhimmel	Defizithöchstbetrag KH Sternenhimmel	Defizit Kindergarten Himmelszelt	Defizithöchstbetrag Kiga Himmelszelt
2021	-68.083,10 €	96.955,73 €	-24.874,68 €	63.365,16 €
2022	-19.138,28 €	102.567,91 €	+69.666,29 €	74.514,04 €
2023	+60.311,35 €	116.128,60 €	-6.983,82 €	65.853,70 €
2024	noch nicht abgerechnet	124.915,52 €	noch nicht abgerechnet	61.220,72 €

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wurde in den letzten Jahren bei erwirtschafteten Defiziten der vertraglich vereinbarte Defizithöchstbetrag nie annähernd erreicht.

Für das Haushaltsjahr 2025 (Planung im Sommer 2023) wurden bereits relativ hohe Defizitbeträge für viele Kindertageseinrichtungen – auch die beiden Caritas-Einrichtungen – eingeplant, da die Kosten für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen stetig steigen und sich bei den Abrechnungen herauskristallisiert, dass immer mehr Kosten durch die Stadt Fürstenfeldbruck ausgeglichen werden müssen.

Sollte der Ausschuss entscheiden, einen Sonderzuschuss für die Caritas-Einrichtungen zu gewähren, geht das zuständige Sachgebiet 53 davon aus, dass diese Kosten über die bereits eingeplanten Haushaltsmittel von 102.000 € beim Kinderhaus Sternenhimmel und 64.000 € beim Kindergarten Himmelszelt abgedeckt werden können und keine zusätzlichen Haushaltsmittel benötigt werden.

Auch wird sich durch den Sonderzuschuss von ca. 46.000 €, welcher in die Defizitabrechnung 2025 einberechnet wird, nicht der vertraglich vereinbarte maximal zu übernehmende Defizithöchstbetrag von 32% erhöhen. Diese vertragliche Vereinbarung wird durch diesen Beschluss nicht tangiert.

Sicherlich wird das Caritas-Zentrum auch ab dem Abrechnungsjahr 2026 eine höhere Gemeinkostenpauschale benötigen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.
Für das Kalenderjahr 2026 wurde ursprünglich mit einer Reformierung der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen durch den Freistaat Bayern gerechnet. Es war im Gespräch, dass die kindbezogene Förderung soweit erhöht wird, dass etwa eine 90%ige Kostenabdeckung bei den Kindertageseinrichtungen erreicht wird.
Aufgrund dessen wurde mit dem Caritas-Zentrum vereinbart, dass der oben angesprochene Zuschussantrag zunächst nur für das Kalenderjahr 2025 gestellt wird. Verwaltungsintern ist bereits besprochen worden, dass bei einer Reform der Finanzierung alle Betriebsträgerschaftsverträge mit den freien Trägern auf den Prüfstand müssen und neu abgeschlossen werden sollten.
Nach dem jetzigen Kenntnisstand wird jedoch keine bzw. nur eine geringe Reformierung der Kita-Finanzierung erfolgen. Genauere Informationen hierzu liegen noch nicht vor. Unabhängig davon, ob eine große Finanzierungsreform kommt oder sich nichts verändert, plant die Verwaltung, die Verträge mit allen freien Trägern ab dem Kalenderjahr 2026 zu überarbeiten, da sich seit dem Jahr 2011 – in dem die meisten Verträge abgeschlossen worden sind – viel verändert hat. Neue Einrichtungen mit weitergehenden Vertragsinhalten sind hinzugekommen und dies sollte soweit wie möglich wieder vereinheitlicht werden.
In diesem Zuge werden weitere Verhandlungen mit dem Caritas-Zentrum über die künftigen Kostenübernahmen erfolgen.
Aufgrund der vorliegenden Situation schlägt die Verwaltung vor, den einmaligen Zuschuss für das Abrechnungsjahr 2025 für die beiden Caritas-Einrichtungen zu gewähren. Dadurch muss das Caritas-Zentrum zunächst keine Kündigung der Trägerschaftsverträge aussprechen und die Vielfältigkeit in der Trägerlandschaft bleibt erhalten.

Die Stadtverwaltung kommt daher zu vorliegendem Beschlussvorschlag.

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3779/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Sachantrag Nr. 197 der SPD: Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" nutzen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	07.11.2025	
Verfasser	Maurer, Michael	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	51 Kinder- und Jugendhilfe, Sport	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Entscheidung	26.11.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Sachantrag Nr. 197 der SPD – Bundesprogramm „Sanie-rung kommunaler Sportstätten“ nutzen

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Fürstenfeldbruck bewirbt sich für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ mit der Sanierung der Doppelturnhalle am Theresianumweg.
Der Sachantrag Nr. 197 der SPD-Fraktion ist hiermit abschließend erledigt.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Kellerer/CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat	Sportbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Mit Schreiben vom 21.10.2025 beantragt Herr Stadtrat Pötzsch namens der SPD-Fraktion das neu aufgelegte Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ für Fürstenfeldbruck zu nutzen und sich dafür sowohl mit dem Projekt „Eishalle“ wie mit dem Projekt „Neubau AmperOase“ zu bewerben.

Weiterhin beantragt Herr Pötzsch die förderfähigen Sportstätten zu ermitteln; ggf. auch Sportstätten über die Eishalle/AmperOase hinaus aufzulisten und mögliche Bewerbungen vorzubereiten (siehe Anlage 1).

Der Projektaufruf für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ wurde der Stadt Fürstenfeldbruck über das Rundschreiben des Bayerischen Städtetags vom 22. Oktober 2025 mitgeteilt. Das Bundesprogramm hat zum Ziel, die Kommunen beim Abbau bestehender Sanierungsstaus von kommunalen Sportstätten zu unterstützen.

Hierfür sind bis zum 15.01.2026 umfangreiche Projektskizzen einzureichen. Die Förderung beträgt grundsätzlich 45% der förderfähigen Kosten; die Kommunen haben grundsätzlich einen Eigenanteil von 55 % zu tragen. Die maximale Fördersumme beträgt 8 Mio. Euro; die Bagatellgrenze liegt bei einer Fördersumme von 250.000 Euro. Mit der Einreichung der Projektskizze ist die Gesamtfinanzierung zu bestätigen. Förderfähig sind Sportstätten, die für die Öffentlichkeit zugänglich bzw. nutzbar sind. Ersatzneubauten sowie bauliche Erweiterungen sind nur in Ausnahmefällen förderfähig.

Nach Prüfung der Fördervoraussetzungen und nach Rücksprache mit dem städtischen Immobilienmanagement kommen folgende Sportstätten in der Stadt Fürstenfeldbruck für die Inanspruchnahme dieses Förderprogramms in Betracht:

- Sanierung/Neubau AmperOase einschließlich gleichzeitiger Sanierung des Eisstadions bzw. einschließlich gleichzeitigem Neubau eines mit der AmperOase verbundenen Umkleide- und Technikriegels bzw. einer Eishalle
- Sanierung der städtischen Doppelturnhalle am Theresianumweg
- Umwandlung Rasenplatz des BVTA e.V. in einen Kunstrasenplatz
- Umwandlung des Rasen-Spielfeldes des SV Puch e.V. in einen Kunstrasenplatz
- Umwandlung des großen Trainingsplatzes des FC Aich e.V. in einen Kunstrasenplatz

AmperOase/Eishalle:

Es erscheint kaum möglich, innerhalb so kurzer Zeit (Abgabefrist 15.01.2026) eine profunde Projektskizze zu erstellen, die andere Parameter als die in der aktuellen Beschlusslage berücksichtigt. Dies bedeutet, dass falls überhaupt eine Projektskizze erstellt werden könnte, diese sich auf den derzeitigen Beschlussstand beziehen müsste (Neubau AmperOase am jetzigen Standort/Sanierung Eisstadion mit Neubau Umkleide- und Technikriegel). Die Stadt Fürstenfeldbruck müsste hierzu bei Einreichen der Projektskizze die Gesamtfinanzierung dieses Projektes bestätigen. Die Bestätigung einer Gesamtfinanzierung dieses Projektes mit einem Finanzierungsvolumen im mittleren achtstelligen Bereich und im Bereich der freiwilligen Leistungen erscheint in Anbetracht der städtischen Haushaltslage auf absehbare Zeit illusorisch. Auch müsste dieses Projekt nach der jetzigen Beschlusslage realisiert werden ob-

wohl sich ein neu geschaffener Arbeitskreis mit alternativen Möglichkeiten zur Realisierung des Neubaus von AmperOase und Eishalle auch an anderen Standorten befassen soll. Insofern erscheint es der Stadtverwaltung nicht zielführend, den Neubau der AmperOase bzw. der Eishalle für das Bundesförderprogramm anzumelden.

Städtische Doppelturnhalle am Theresianumweg:

Die städtische Doppelturnhalle am Theresianumweg ist sanierungsbedürftig. Neben umfangreichen energetischen und technischen Sanierungsmaßnahmen muss vor allem das Dach erneuert werden. Nach Rücksprache mit dem städtischen Immobilienmanagement
könnte für dieses Projekt eine Projektskizze bis zur Abgabefrist erstellt werden.

Umwandlung von Rasenplätzen in Kunstrasenplätze:

Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ fördert explizit die Umwandlung von Rasenplätzen in Kunstrasenplätze. Nachdem die städtischen Sportanlagen, die vom BVTA e.V., FC Aich e.V. und SV Puch e.V. keinen eigenen Kunstrasenplatz haben, kommt es vor allem beim BVTA e.V. (nur ein Rasenplatz insgesamt verfügbar) und dem SV Puch e.V. (nur ein kleiner Trainingsplatz neben dem Spielfeld) zu Schwierigkeiten in der Bespielbarkeit dieser Rasenplätze durch Überbeanspruchung. Als Gesamtprojekt könnte beantragt werden, für die drei Sportanlagen jeweils einen Rasenplatz in einen Kunstrasenplatz einschließlich entsprechender Flutlichtanlage umzuwandeln. Auch für dieses Gesamtprojekt könnte durch das SG 24 rechtzeitig eine Projektskizze erstellt werden.

Fazit:

In Anbetracht der Tatsache, dass für den Neubau von AmperOase und Eishalle noch viele offene Fragen im Rahmen eines zu initiierenden Arbeitskreises zu bearbeiten sein werden, ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, eine Projektskizze für den Neubau der AmperOase/Eishalle fristgerecht fertigstellen zu können. Auch kann die Gesamtfinanzierung durch die Stadt Fürstenfeldbruck momentan kaum bestätigt werden. Daher schlägt die Stadtverwaltung vor, entweder die Sanierung der Doppelturnhalle am Theresianumweg oder die Umwandlung von drei Rasenplätzen in Kunstrasenplätze für die Bewerbung am Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ vorzubereiten.

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3778/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Einrichtung eines Arbeitskreises "AmperOase"			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	07.11.2025	
Verfasser	Liberowitsch, Tanja	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	51 Kinder- und Jugendhilfe, Sport	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Entscheidung	26.11.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Auszug aus der Niederschrift über die 40. Öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.04.2023 TOP 6 Anlage 2: Sachantrag Nr. 169 der SPD-Fraktion vom 12.08.2024 Anlage 3: Sachantrag 189 der BBV-Fraktion eingegangen am 12.08.2025

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss ISJS beschließt:

1. Es wird ein Arbeitskreis „Amper Oase“ eingerichtet.
2. Der Arbeitskreis setzt sich aus den oben genannten Vertretern zusammen.
3. Der Arbeitskreis soll den Auftrag erhalten auf Grundlage der bestehenden Gutachten und Untersuchungen Vorschläge zur zukünftigen Entwicklung der Eissportanlage sowie der Amper Oase zu erarbeiten.
4. Der Arbeitskreis berichtet dem Stadtrat einmal im Quartal über den aktuellen Stand sowie den erarbeiteten Fortschritt.
5. Die Sachanträge Nr. 169 der SPD-Fraktion sowie Nr. 189 der BBV-Fraktion sind hiermit abschließend erledigt.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Kellerer/CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Beirat	Sportbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

1. Anlass / Hintergrund

Das Thema der Errichtung einer neuen Eishalle sowie der Sanierung / des Neubaus der Amper Oase wurde in den vergangenen Jahren mehrfach im Stadtrat behandelt. Es liegen bereits verschiedene Untersuchungen und Gutachten zur Zukunft des bestehenden Eisstadions und der Amper Oase vor. Dabei wurden sowohl die Sanierung der bestehenden Anlagen als auch der Neubau dieser Anlagen als mögliche Optionen geprüft.

Mit zwei aktuellen Anträgen aus dem Stadtrat wird nun erneut angeregt, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit der zukünftigen Entwicklung des Eis- und Schwimmsports sowie den baulichen und finanziellen Möglichkeiten einer neuen Eishalle und der Amper Oase befassen soll.

2. Sachverhalt / Darstellung

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 18.04.2023 den Planungsstopp für die Projektentwicklung der Amper Oase und des Eisstadions samt Technik- und Umkleideriegel beschlossen. Außerdem wurde der Neustart der Projektentwicklung beschlossen, in deren Rahmen auch alternative Standorte und eine mögliche Verwertung des bisherigen Standortes überlegt werden sollen (siehe Anlage 1).

Die nun vorliegenden Anträge schlagen vor, das Thema im Rahmen eines neuen interfraktionellen Arbeitskreises erneut aufzugreifen:

Mit Antrag vom 12.08.2024 der SPD-Fraktion wird gefordert, dass der Arbeitskreis seine unterbrochene Arbeit wieder aufnimmt. Stadtwerke und Stadtrat sollen gemeinsam und koordiniert die Planung von Eishalle und Amper Oase wieder aufnehmen. Über die Machbarkeitsstudie eines Systemanbieters soll erneut nachgedacht werden. Des Weiteren soll ein grober Terminfahrplan für die Durchführung erstellt werden (siehe Anlage 2).

Mit Antrag vom 12.08.2025 der Brucker Bürgervereinigung wird ebenfalls die Wiedereinsetzung/Neugründung eines Arbeitskreises „Schwimm- und Eissport“ gefordert. Der Arbeitskreis soll sich jeweils aus Vertretern der Schwimm- und Eissportvereine, der dazugehörenden Fördervereine, der Fraktionen und der Stadtwerke unterstützt durch die zuständigen städtischen Fachbereiche zusammensetzen. Der Arbeitskreis soll Vorarbeit über einen möglichen Standort sowie Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten ausarbeiten (siehe Anlage 3).

Aus Sicht der Verwaltung ist die Bildung eines Arbeitskreises grundsätzlich geeignet, die komplexe Thematik der Eishallenplanung und des Hallenbades strukturiert und transparent weiter zu bearbeiten.
Die vorhandenen Gutachten und Ergebnisse früherer Diskussionen bilden dabei eine solide Grundlage für die erneute Befassung.

Es ist jedoch darauf zu achten, dass Doppelarbeit vermieden wird und der Arbeitskreis auf den bereits vorliegenden Erkenntnissen aufbaut. Eine klare Aufgabenstel-

lung, eine realitätsbezogene Arbeitsweise (Finanzierbarkeit) sowie ein zeitlich begrenzter Arbeitsauftrag sind daher empfehlenswert.

Dieser Arbeitskreis soll den Auftrag erhalten,

- den aktuellen Stand der bisherigen Untersuchungen zusammenzufassen,
- mögliche Standortalternativen und Nutzungskonzepte zu prüfen,
- eine Einschätzung zu Fördermöglichkeiten und Finanzierungsmodellen vorzubereiten, und
- Handlungsempfehlungen für den Stadtrat zu erarbeiten.

Der Arbeitskreis soll sich aus den folgenden Teilnehmern zusammensetzen:

- Jeweils ein Vertreter der Parteien: BBV, CSU, Grüne, SPD, Fürstenfeldbrucker Mitte
- Ein Vertreter aus FDP, ÖDP, die Partei, die Linke
- Sportbeirat Vorsitzender
- Sportreferent
- Vertreter folgender (Sport)vereine
  EVF, ERCF, Fürstenfeldbrucker Wasserratten, Förderverein Eishalle, TuS Triathlon
- Stadtwerke: Geschäftsführer, Prokurist
- Stadt Fürstenfeldbruck:
  Oberbürgermeister
  Amtsleiter 2
  Amtsleiter 4
  Amtsleiter 5
  Sportamtsvertreterin

Für den Arbeitskreis wird der Name „Amper Oase“ vorgeschlagen.

TOP Ö 7

ANLAGE 1

Auszug
aus der Niederschrift über die
40. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
vom 18.04.2023

Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
Ausschussmitglieder:
Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Dr. Georg Jakobs; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 6	**Angelegenheiten der Stadtwerke; Sachstand und weiteres Vorgehen AmperOase**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2987/2023 vom 28.03.2023 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr 2. Bgm Stangl bittet zur angewendeten Rechnungsmethodik weiter Stellung zu nehmen.

Herr Hoppenstedt erläutert ausführlich, wie es zur dargestellten Finanzierungslücke gekommen ist. Er stellt klar, die Stadtwerke können maximal 20 Mio.€ dazu beitragen, das Restrisiko wird bei der Stadt verbleiben. In seinem jetzigen Zustand gibt er dem Hallenbad noch 5 Jahre, wobei jährlich 800.000 € für laufende Sanierungsausgeben aufgewendet werden müssen.

Herr Dachsel und **Herr Eckert** verdeutlichen, was durch die steigenden Bau- und Zinskosten von bis zu 61 Mio. € auf die Stadtwerke und die Stadt zukommen kann. Dies sind die Maximalkosten, die Stadt hofft, dass das Projekt günstiger ist. Um die 13 Mio. € kommen an Förderung zusammen, es verbleibt eine Finanzierungslücke von
ca. 30 Mio. €.
Seitens der Kämmerei kann es nur zu den beiden von der Verwaltung vorgeschlagenen alternativen Beschlüssen kommen. Einer zusätzlichen Verschuldung in dieser Höhe wird die Kommunalaufsicht niemals zustimmen.

Herr StR Lohde bringt ein Überdenken des Standortes ins Spiel. Durch den Verkauf eines Grundstückes an der Amper kann so das Projekt an anderer Stelle finanziert werden. Er schlägt vor das Grundstück an der Herrenstraße oder auch das Areal der Sportanlagen im Fliegerhorst in die Überlegungen mit einzubeziehen. Fürstenfeldbruck muss eine Stadt- und Eislaufstadt bleiben.

Herr StR Dräxler entgegnet, man kann auch das Grundstück an der Herrenstraße verkaufen, um so einen Neubau am jetzigen Standort zu verwirklichen.

Frau StRin Geißler gibt zu bedenken, dass das Grundstück an der Amper den Stadtwerken gehört und die Stadt nicht so einfach darüber verfügen kann. Man verliert unnötig Zeit mit neuer Standortsuche und neuen Gutachten. **Frau StRin Geißler** fragt sich, ob der Risikozuschlag nicht zu hoch berechnet wurde und zusammen mit der Förderung tatsächlich so eine hohe Finanzierungslücke entsteht. Sie bittet darum weitere Fördermöglichkeiten anzufragen und andere Finanzierungsmöglichkeiten z. B. durch Bürger zu prüfen. Sie vertraut dem Projektförderer der Stadtwerke, es werden solide Zahlen geliefert.
Frau Geißler schlägt vor, die Planungen neu in Auftrag zu geben um den Technikriegel zum Eisstadion zeitnah umsetzten zu können. Bei der AmperOase ist es sinnvoll einen Schritt zurück zu machen und unter Einbeziehung aller Beteiligten und Vereinen nochmals die Ansprüche zu überdenken.

Herrn StR Heimerl gefällt die Möglichkeit der Finanzierung durch den Verkauf eines Ampergrundstückes nicht, dies können sich nur Besserverdiener erlauben, für die Allgemeinheit ist dann das Grundstück verloren. **Herr StR Droth** will an dem jetzigen Standort festhalten, wir müssen mit dem arbeiten, was wir haben.
Herr StR Halbauer gibt zu bedenken, dass die Stadt ihre 100 % Tochter in den Ruin treibt. Die Stadtwerke haben die Aufgabe Strom zu verteilen. Der neue Oberbürgermeister bringt seine Ideen noch ein, daher empfiehlt er den Baustopp um alles nochmal zu überdenken, sich auch möglicherweise vom Standort zu lösen.

Auch der **Finanzreferent Herr Prof. Wollenberg** appelliert an den Planungsstopp. Damals wurde das Schwimmbad auch aus steuerlichen Gründen an die Stadtwerke übertragen. Wir können sie jetzt nicht alleinstehen lassen, aber In der jetzigen Haushaltssituation sind 20 Mio. € für die Stadtwerke einfach zu viel. Er würde sich wünschen alle Fraktionen finden zusammen eine Lösung.

Frau Hofmann gibt auf Nachfrage an, die 3. Bauphase wird 1 Mio. € kosten.

Herr 2. Bgm. Stangl ist der Meinung, wir müssen die Stadtwerke handlungsfähig für die Zukunft machen. Die geplante Geothermie und alternativen Stromerzeugungen wird einiges Geld kosten, hier muss man jetzt investieren um in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. **Herr 2. Bgm. Stangl** sieht den Fliegerhorst als idealen Standort für ein großes Sportzentrum. Er will den geplanten Baustopp nicht als solchen bezeichnen, sondern eher als Denkpause.

Nach weiterer kontroverser Diskussion entscheidet das Gremium sich zur Abstimmung über die Alternativbeschlüsse der Verwaltung.

Beschlussvorschlag der Stadtwerke lt. Beschluss Aufsichtsrat:

Der Oberbürgermeister o. V. I.A. wird ermächtigt, als alleiniger Gesellschaftsvertreter der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Fürstenfeldbruck den folgenden Beschluss zu fassen und zu vollziehen.

Der Stadtrat hält grundsätzlich an dem Konzept der abgeschlossenen Vorplanung der Architektengemeinschaft ARGE AmperOase fest, akzeptiert die vorliegende Kostenschätzung für Hallenbad, Technikriegel und Umkleideriegel in Höhe von zusammen 45 Mio. €, die auf dem abgestimmten Raumprogramm beruht. Die notwendige

Deckung der durch die Stadtwerke dargestellten Finanzierungslücke wird zeitnah durch die Stadt sichergestellt.

Alternativen zur Beschlussfassung-siehe Sachverhalt:

Variante I:

Beschlussfassung nur über Fortsetzung der Planung bis zum Abschluss der nächsten Leistungsphase nach HOAI (LPh. 3) mit Kostenberechnung nach DIN 276.

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 13

Beschluss:

Variante II:
Planungsstopp.
Neustart in einer Projektentwicklungsphase: Dabei könnten auch Überlegungen zu einem alternativen Standort abgewogen werden und eine mögliche Verwertung des bisherigen Geländes überlegt werden.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 2

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 17.09.2025

Silke Kruse
Schriftführerin

gez. Christian Stangl
2. Bürgermeister

TOP Ö 7

SA-Nr. 169/2020-2026 ANLAGE 2 Amt 01/06/21

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion der SPD im Stadtrat der Stadt Fürstenfeldbruck

Mirko Pötzsch – Mitglied der Fraktion und Referent für Verkehr – Münchner Str. 15a – 82256 Fürstenfeldbruck – 08141/63665

federführendes Amt:
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | VI
zur Kenntnis / Mitwirkung an
13. AUG. 2024
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | VI
U-Schrift OB | Rückspr. | Vorgang verf. | vor Ausl. vorl. | Eilt/ sofort
Termin bis/am:

An den
Oberbürgermeister Christian Götz
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31

82256 Fürstenfeldbruck

Fürstenfeldbruck, den 12.08.2024

Antrag: **Neustart: Planung und Bau von AmperOase und Eishalle**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Götz,

wie bekannt, steht die Planung von AmperOase und Eishalle auf Grund von Kostensteigerungen bei der aktuellen Planung seit spätestens April 2023 still. Daher stelle ich hiermit namens der SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt u.a. auch in seiner Funktion als Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Fürstenfeldbruck:

83

1. **Der Arbeitskreis „Eishalle“ nimmt seine unterbrochene Arbeit wieder auf. Als das bisher integrierende Arbeitsgremium von Vertretern der Stadtwerke, Architekten, städtischen Verwaltungsmitarbeitern, Stadtratsmitgliedern, interessierten Anwohnern sowie den aktuellen und zukünftigen Nutzern, wird der Aufgabenbereich um das Thema „AmperOase“ erweitert und daher die Bezeichnung in Arbeitskreis „Sportzentrum 1“ umbenannt.**

2. **Stadtwerke und Stadtrat nehmen gemeinsam und koordiniert die Planung von Eishalle und AmperOase wieder auf.**

3. **In vielen Orten Bayerns wurden Hallenbäder errichtet bzw. sind im Bau. Die Kosten liegen dabei um ein Vielfaches niedriger wie die aktuell uns vorliegende Planung bei gleichzeitig höherem Leistungsumfang der Baumaßnahme. Aus diesem Grund wird über günstigeres Bauen beraten, ohne den Umfang des Hallenbades prinzipiell zu reduzieren. Über eine Machbarkeitsstudie eines Systemanbieters, die aus Zeitgründen schon einmal abgelehnt wurde, wird noch einmal nachgedacht.**

4. **Erstellung/Skizzierung eines groben Termin-Fahrplanes, der uns bei Einhaltung hilft, die Errichtung eines Hallenbades und einer Eishalle zu erreichen und der damit die Zukunft beider Sportstätten sichert.**

Begründung:

Unbestritten ist der in die Jahre gekommene Zustand beim Hallenbad „AmperOase“ hinsichtlich Technik und Bauwerk. Nichts zu tun, wird unweigerlich irgendwann zur Schließung

des Hallenbades führen. Damit ist weder den Stadtwerken Fürstenfeldbruck, den privaten Nutzern der AmperOase aus Stadt und Landkreis, unseren Wassersportvereinen, noch anderen Nutzerinnen und Nutzern gedient. Wir werden zudem auch nicht unserer städtischen Aufgabe als Mittelstandszentrum gerecht. Vor allem geht es auf Kosten der Schwimmfähigkeit unserer Kinder. Daher müssen wir praktikable Lösungen finden, wie wir aus dem Dilemma der zu hohen Kosten bei zu geringem Ertrag herauskommen. Der bisherige Ansatz kann so nicht weiterverfolgt werden. Nun sind praktikablere und günstigere Lösungen gefragt und dafür sollten wir einen Neustart wagen. Dies ist die Zielrichtung dieses Antrags. Wir wollen der AmperOase und der Eishalle eine konkrete Zukunft geben und dies mit einem ersten Schritt zu einem Fahrplan verbinden.

Wir meinen zudem, die Situation hat sich geändert und wir müssen auf die Suche nach kostengünstigen Lösungen gehen, ohne von dem geplanten Leistungsumfang Abstriche zu machen. Denn nur dann können wir in den nächsten Jahren den Neubau vom Hallenbad und Eishalle trotz der ganzen anderen Aufgaben stemmen. Der Leistungsumfang bei der Eishalle steht mit der Ausrichtung auf die Burgauer Eishalle prinzipiell ja fest. Hier geht es eher um die terminliche und finanzielle Einordnung bei den vielfältigen Aufgaben der Stadt.

Wir sehen daher den Bedarf an dieser herausfordernden Aufgabe für unsere Stadt und wir sehen gleichzeitig die Notwendigkeit, darüber weiter zu diskutieren und umsetzbare Lösungen zu finden.

Mit freundlichen Grüßen,

i. A. Mirko Pötzsch
Stadtrat, Referent für
Verkehr und Tiefbau

gez. Tina Jäger
Stadträtin, Referentin
für Kultur

gez. Philipp Heimerl
Stadtrat, Fraktionsvor-
sitzender, Referent für
Wirtschaftsförderung
und Stadtmarketing

84

TOP Ö 7

ANLAGE 3

SA-Nr. 189/2020-2026

BEARBEITUNGSVERMERK:
federführendes Amt: 90
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | VI
zur Kenntnis / Mitwirkung an
12. AUG. 2025
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | VI
U-Schrift OB | Rückspr. | Vorgang vorl. | vor Ausl. vorl. | Eilt/ sofort
Termin bis/am:

Stadtratsfraktion BBV
Fraktionsvorsitzende
Karin Geißler
Karl Danke

An

Herrn OB Christian Götz

Stadt Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Antrag: Arbeitskreis Schwimm- und Eissport

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Götz,
lieber Christian,

im Namen der BBV Fraktion beantrage ich die Wiedereinsetzung/Neugründung eines Arbeitskreises „Schwimm- und Eissport".
In diesem Gremium soll die Vorarbeit geleistet werden, um einen möglichen Standort und den Umfang für ein neues Bad und überdachtes Eisstadion/-halle festzulegen sowie Ansätze für die mögliche Finanzierung sowie Fördermöglichkeiten auszuarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Der Arbeitskreis soll sich jeweils aus Vertretenden der Schwimm- und Eissportvereine, der dazugehörenden Fördervereine, der Fraktionen und der Stadtwerke zusammensetzen, unterstützt durch die zuständigen städtischen Fachbereiche.

Begründung

1. Wir haben als große Kreisstadt die Aufgabe, den Schwimm- und Eissport in unserer Stadt zu erhalten. Der gesellschaftliche Nutzen durch die Sportvereine für die Stadt ist nicht hoch genug zu bewerten. In diversen Studien jahrelang und anerkannt bestätigt, wurde die sozial dynamische Komponente des Breiten- und Vereinssports.
   In der Hamburger Erklärung der Landessportminister von 2022 heißt es u.a.:
   „Rückgrat jeder Sportförderpolitik ist der Erhalt und Ausbau der Sportstätteninfrastruktur. Wohnortnahe, attraktive und kostenfrei bzw. kostengünstig zugängliche Sportstätten und Bewegungsangebote müssen Teil einer vorausschauenden Stadtplanung und Sozialraumentwicklung sein"
   (https://www.lsb-rlp.de/news/2022/hamburger-erklaerung-sport-neu-denken)

   Dass Kinder schwimmen lernen, ist heute nicht mehr selbstverständlich. Daher benötigen wir gesicherte Trainingsmöglichkeiten für die Schwimmvereine und den Schulschwimmunterricht.
   Wintersport im klassischen Sinne ist auf Grund des Klimawandels und der extrem gestiegenen Kosten für eine Vielzahl von Familien kaum noch erschwinglich.
   Eissport bietet hingegen im Winter hier vor Ort, die Möglichkeit Sport zu treiben. Das zeigen auch die immer höheren Zahlen beim Publikumslauf/Eisdisko, wo Kinder und Jugendliche sich auch allein ohne großen Aufwand niederschwellig sportlich betätigen und sozial austauschen können. Beide Eisvereine der Stadt stoßen inzwischen an ihre Grenzen und können kaum noch Mitglieder neu aufnehmen.

Stadtratsfraktion BBV
Fraktionsvorsitzende
Karin Geißler
Karl Danke

2. Die normale Lebensdauer des Hallenbades und des Eisstadions sind lange erreicht, es müssen jedes Jahr große Summen von den Stadtwerken aufgebracht werden, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir müssen zwingend die Planungen wieder aufnehmen, andernfalls ist zu befürchten, dass in einigen Jahren Schwimmhalle und Eisstadion ersatzlos geschlossen werden müssen. Das wäre ein fatales Signal für eine Große Kreisstadt wie Fürstenfeldbruck.

3. Mit Sicherheit bedarf es einer Vorbereitung und möglichst ausgearbeiteter Pläne, um Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität erhalten zu können.

Die Zeit drängt!

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3777/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Zuschussvereinbarung SV Puch e.V.			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	07.11.2025	
Verfasser	Maurer, Michael	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	51 Kinder- und Jugendhilfe, Sport	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Entscheidung	26.11.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Antrag SV Puch e.V. vom 27.10.2025 Anlage 2: Entwurf Zuschussvereinbarung SC Puch e.V.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Integration, Soziales, Jugend und Sport stimmt der in der Anlage 2 dargestellten Vereinbarung mit dem SV Puch e.V. zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, diese Vereinbarung mit dem SV Puch e.V. abzuschließen.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Kellerer/CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Beirat	Sportbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				8000 €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten	Jährlich			8000 €

Sachvortrag:

Der SV Puch e.V. hat seit geraumer Zeit einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen: Mittlerweile sind sieben Jugendmannschaften sowie drei Erwachsenenmannschaft im Spielbetrieb gemeldet. Damit gehen höhere Ausgaben für den sportlichen Betrieb sowie für den Betriebsaufwand der städtischen Sportanlage „Zur Kaisersäule“ in Puch einher. Seit 20XX ist der städtische pauschalierte Zuschuss für den SV Puch unverändert bei 5060 € pro Jahr. Dieser Zuschuss wird über den Nutzungsvertrag aus dem Jahr 2002 für das Gemeinschaftshaus Puch samt Außenflächen gewährt. Der SV Puch hat mit diesem Zuschuss für die Wart, Pflege und Instandhaltung eines großen und eines kleinen Spielfeldes sowie für die Wart, Pflege und Instandhaltung von 4 Umkleidekabinen samt Duschen aufzukommen.

Der aktuell gültige Nutzungsvertrag ist zwischen der Stadt Fürstenfeldbruck und der Vereinsgemeinschaft, die das Gemeinschaftshaus Puch in Anspruch nimmt, geschlossen (Sportverein Puch e.V. Edigna Verein Puch e.V. und Schützengesellschaft Edelweiß Puch e.V.). Dieser Nutzungsvertrag soll auch weiterhin Gültigkeit besitzen. Die jährlich entstehenden Gesamtkosten für Platzwart, Betriebskosten, Reparaturen, etc. des SV Puch e.V. liegen durchschnittlich bei ca. 13.000 € (**siehe Anlage 1**). Da über den Nutzungsvertrag „lediglich“ 5060 € pro Jahr an städtischen Zuschuss abgedeckt sind, fehlen dem Verein jährlich ca. 7940 €, um die laufenden Kosten für den Betrieb der Sportanlage decken zu können. Der Verein bittet die Stadt insofern um eine Erhöhung des aktuellen Zuschusses (**siehe Anlage 1**).

Um die dem SV Puch e.V. aus dem Betrieb der Sportanlage resultierenden Kosten für Betrieb, Nutzung, Pflege und Instandhaltung dieser städtischen Sportanlage auszugleichen, schlägt die Stadtverwaltung vor, mit dem SV Puch e.V. die in **Anlage 2** dargestellt Vereinbarung zum Aufwendungsersatz abzuschließen. Der maximale Aufwendungsersatz soll hierbei jährlich bei 8.000 € liegen. Im Rahmen des Gleichbehandlungsgrundsatzes sind die übrigen Parameter gleich zu den mit anderen Sportvereinen neu abgeschlossenen Zuschussvereinbarungen.

Die städtische Förderung über die Zuschussvereinbarung wird aktiviert, sobald der SV Puch e.V. die über den Nutzungsvertrag pauschal ausbezahlte Förderung von 5060 € aufgebraucht hat. Insofern müssen für die Zuschüsse der Nutzungsvereinbarung sowie über die Fördergelder im Hinblick auf die Zuschussvereinbarung laufend Rechnungen bzw. Nachweise zur Zweckgebundenheit der Ausgaben der Stadtverwaltung vorgelegt werden.

Kern dieser Vereinbarung ist das „Erstattungsprinzip“. Dies bedeutet, dass dem Verein entstehende Kosten vom Verein verauslagt werden und - nach Prüfung der Zweckgebundenheit dieser Ausgaben für den Betrieb der Sportanlage durch die Stadtverwaltung – von der Stadt rückerstattet werden. So ist sichergestellt, dass nur städtische Haushaltsmittel an den Verein ausbezahlt werden, die unmittelbar mit dem Betrieb, der Pflege und der Instandhaltung der Sportanlage in Zusammenhang stehen.

Neben dem Vereinbarungszweck und der Höhe des Aufwendungsersatzes nach dem Erstattungsprinzip werden in der Vereinbarung noch Bestimmungen zum pauschalen Vorschuss, der Abrechnung und Nachweispflicht, der Betriebskostenabrechnung sowie der Rücklagenbildung für Reparaturen oder Neuanschaffungen getroffen (**siehe Anlage 2**).

Die Vereinbarung soll ab dem 01.01.2026 in Kraft treten und bis zum 31.12.2030 laufen – bei einer stillschweigenden Verlängerung um jeweils ein Jahr. Die Vereinbarungsinhalte sind mit dem Verein abgesprochen und wurden als positiv bewertet.

Die Stadtverwaltung kommt insofern zu oben aufgeführtem Beschlussvorschlag.

TOP Ö 8

ANLAGE 1

SV Puch e.V. | Zur Kaisersäule 6 | 82256 FFB

STADT FÜRSTENFELDBRUCK
27. Okt. 2025
eingegangen am:

Stadt Fürstenfeldbruck
Sportamt

82256 Fürstenfeldbruck

Puch, 27.10.2025

Antrag auf Erhöhung des Zuschusses ab 2026 für den SV Puch e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der SV Puch e.V. bittet höflichst um eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses.

Unser Sportverein, mit den Abteilungen Tischtennis, Selbstbehauptung, Boule Petanque, Body Fit und 3 Erwachsenen- und 7 Kinder/Jugendfußballmannschaften, der seit nunmehr 50 Jahren eine wichtige Rolle in der Förderung von Sport und Gemeinschaftsgeist spielt, sieht sich mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert.
Durch die stetig wachsende Anzahl der Mitglieder, insbesondere im Bereich Kinder- und Jugendfußball, sind unsere 2 Fußballplätze stark frequentiert und benötigen, neben einer jährlichen Sanierungsmaßnahme, stetige Pflege.

Der derzeitige Zuschuss, in Höhe von 5.060,-€, ist bei weitem nicht ausreichend. Aus diesem Grund bitten wir um eine Erhöhung, um 8.000,-€, auf einen jährlichen Gesamtbetrag von rund 13.000,-€. Eine Kostenaufstellung, die die Notwendigkeit belegt, lege ich bei. Wenn es möglich ist, wäre es gut, wenn wir diese Erhöhung des Zuschusses in einer separaten Nutzungsvereinbarung festhalten.

Der SV Puch e.V. hofft auf eine positive Entscheidung.
Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung

Mit sportlichen Grüßen

Günther Dallmair
(1. Vorstand SV Puch e.V.)
Tel.: 0176/53654922

ANLAGE 1

Posten		Betrag/Monat		Betrag Jahr
Platzwart		300		3600
Betriebskosten Maschinen (Durchschnitt 2022-2024)				1115,82
durchschnittliche Reparaturkosten Maschinen von 2022-2024				2490
Versicherung Geräteschuppen mit Inhalt				1200
Instandhaltung für Bänke, Bande, Zaun				1300
Instandhaltung Fußballplatz (Verfüllung, Samen, Dünger)				2380
sonstige Reparaturen/Instandhaltungsmaßnahmen				
(Gerätehütte, Flutlichtanlage, Ballkammer, Hütte für Trainingsmaterialien der Kinder)				1000

Gesamtkosten pro Jahr **13085,82**

abzüglich Zuschuss bestehender Nutzungsvereinbarung -5.060

beantragter Zuschuss **gerundet** **8.000**

ANLAGE 2

Zwischen
der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
vertreten durch den Oberbürgermeister Herrn Christian Götz
- nachstehend Stadt genannt –

und

dem Sportverein Puch e.V., Zur Kaisersäule 6, 82256 Fürstenfeldbruck
vertreten durch den 1. Vorstand Herrn Günther Dallmair
- nachstehend Verein genannt –

wird folgende

Vereinbarung

geschlossen.

Präambel

Im Jahr 2002 wurde zwischen der Stadt Fürstenfeldbruck und dem Sportverein Puch e.V. sowie den Vereinen Edigna Verein Puch e.V. und der Schützengesellschaft Edelweiß Puch e.V. ein Nutzungsvertrag über die Bereitstellung der städtischen Sportanlage im Gesamtkomplex „Gemeinschaftshaus Puch". Nachträge erfolgten im Jahr 2006 und 2017. Nachdem die Betriebskosten seit dem Jahr 2017 deutlich gestiegen sind, ist der bislang über diesen Vertrag dem SV Puch e.V. zukommende jährliche Anteil von 5060,00 € nicht mehr auskömmlich. Der Vertrag vom 17.04.2002 soll weiterhin Gültigkeit behalten; dem SV Puch werden über diesen Vertrag weiterhin jährlich 5060,00 € zur Verfügung gestellt. Um die weiteren Kosten in angemessener Weise abdecken zu können, wird in Bezug auf die städtischen Sportförderrichtlinien diese Vereinbarung zum Aufwendungsersatz abgeschlossen.

§ 1
Vereinbarungszweck

Die Stadt ist Eigentümerin der Sportanlage Zur Kaisersäule sowie des Gemeinschaftshauses im Ortsteil Puch. Mit dem ab 17.04.2002 gültigen Nutzungsvertrag werden dem Verein die eigenverantwortliche Nutzung, der eigenverantwortliche Betrieb sowie die im Nutzungsvertrag definierten Instandhaltungs- und Pflegeaufgaben übertragen. Um dies - neben der durch den Nutzungsvertrag pauschal zugesprochenen Förderung - finanziell leisten zu können, gewährt die Stadt dem Verein einen jährlichen Aufwendungsersatz. Mit diesem Aufwendungsersatz darf der Verein ausschließlich Ausgaben begleichen, die durch den Betrieb, die Nutzung, die Instandhaltung und die Pflege der laut Nutzungsvertrag überlassenen Sportanlage sowie des Gemeinschaftshauses entstehen.

§ 2
Aufwendungsersatz

Die Stadt gewährt dem Verein nach dem Erstattungsprinzip für den unter § 1 genannten Zweck nach Aufbrauchen der durch den Nutzungsvertrag zugestandenen 5060,00 € einen jährlichen Aufwendungsersatz in Höhe von maximal 8.000 €. Benötigt der Verein im Abrechnungsjahr weniger als die durch die Stadt maximal zu erstattenden 8.000 €, kann dieser Differenzbetrag vom Verein gegenüber der Stadt nicht geltend gemacht werden. 50% der Nettoeinnahmen des

Vereins durch genehmigte Untervermietung der Sportanlage an Dritte werden von dem jährlichen tatsächlichen Aufwendungsersatz in Abzug gebracht. Die Nettoeinnahmen sind die Mieteinnahmen des Vereins nach Abzug der eigenen Kosten.

§ 3
Erstattungsprinzip

Die Stadt erstattet dem Verein den städtischen Aufwendungsersatz nach Vorlage gültiger und schriftlicher Belege und Rechnungen sowie nach entsprechender Prüfung der Zweckgebundenheit. Die gegenüber der Stadt geleisteten Betriebskostenvorauszahlungen können vom Verein im Rahmen dieser Vereinbarung der Stadt schriftlich nachgewiesen werden. Insofern geht der Verein in finanzielle Vorleistung; lediglich zweckgebundene Vereinsausgaben werden von der Stadt an den Verein zurückerstattet.

§ 4
Pauschaler Vorschuss

Um die überlassene Sportanlage angemessen betreiben zu können, erhält der Verein abweichend vom geltenden Erstattungsprinzip jeweils zum Anfang und zur Mitte eines Kalenderjahres einen pauschalen Vorschuss in Höhe von 2530 € über den bestehenden Nutzungsvertrag. Dieser pauschale Vorschuss wird auf den Gesamtaufwendungsersatz von 8.000 € nicht angerechnet.

§ 5
Abrechnung, Nachweispflicht und Prüfung

Der Verein kann ab 01.01.2026 laufend mit der Stadt abrechnen. Der Verein hat alle diese Vereinbarung und den Nutzungsvertrag betreffenden Rechnungen, Belege und geforderten Nachweise bis spätestens zum Ende des ersten Quartals im Folgejahr des Abrechnungszeitraumes der Stadt vorzulegen; später eingehende Belege, Rechnungen und Nachweise werden von der Stadt nicht anerkannt. Der Verein verpflichtet sich, der Stadt eine vollständige Aufstellung seiner diese Vereinbarung und den Nutzungsvertrag betreffenden Aufwendungen und Einnahmen bis zum 30. April im Folgejahr des Abrechnungszeitraumes vorzulegen. Die Rechnungsprüfung der Stadt oder eine vergleichbare Einrichtung, wie der kommunale Prüfungsverband, sind jederzeit berechtigt, sämtliche diese Vereinbarung betreffenden Dokumente, Belege, Rechnungen und Nachweise als Original einsehen und prüfen zu dürfen.

§ 6
Betriebskosten

Der Verein kann lediglich die tatsächlich entstandenen Betriebskosten gegenüber der Stadt abrechnen. Sollte der Verein bereits während des laufenden Abrechnungsjahres gegenüber der Stadt Betriebskostenvorauszahlungen geltend gemacht haben, so werden diese mit den tatsächlichen Betriebskosten verrechnet. Dies hat durch die Vorlage entsprechender Belege durch den Verein gegenüber der Stadt bis spätestens zum Ende des ersten Quartals des Folgejahres des Abrechnungszeitraumes zu erfolgen.

§ 7
Rücklagen für Reparaturen oder Neuanschaffungen

Aufwendungsersätze, die im laufenden Kalenderjahr nicht verausgabt werden, können bei Nichterreichen des Aufwendungsersatzes von 8.000 € bis zu einem Betrag von maximal 2.000 € als Rücklagen für Reparaturen oder Neuanschaffungen von Maschinen und Großgeräten bei der Stadt zurückgelegt werden. Die Ansparung dieser Rücklagen ist der Stadt in geeigneter

Form schriftlich anzuzeigen. Weitere vom Verein im Kalenderjahr nicht verausgabte Aufwendungsersätze können vom Verein gegenüber der Stadt diesbezüglich nicht geltend gemacht werden.

§ 8
Vereinbarungslaufzeit und Kündigung

Diese Vereinbarung tritt zum 01.01.2026 in Kraft und läuft bis zum 31.12.2030. Die Vereinbarung verlängert sich stillschweigend um jeweils 1 Jahr, wenn sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens 3 Monate vor Ende der Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird. Die Stadt kann diese Vereinbarung fristlos kündigen, wenn der Verein seinen sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Verpflichtungen trotz schriftlicher Abmahnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachkommt, wenn der Verein sich auflöst oder über ihn ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens abgelehnt wird.

§ 9
Schlussbestimmungen

Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Sollte irgendeine Bestimmung dieser Vereinbarung rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die rechtsunwirksame Bestimmung durch eine andere dieser möglichst gleichkommenden rechtswirksamen Regelung zu ersetzen.

Fürstenfeldbruck, 28.11.2025

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Christian Götz
Oberbürgermeister

Sportverein Puch e.V.

Günther Dallmair
1. Vorstand

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3766/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Wertfreie Nutzung Räumlichkeiten Haus Hasenheide			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	31.10.2025	
Verfasser	Höltl, Doreen	Zuständiges Amt	Amt 3 Amt 2	
Sachgebiet	Stabsstelle Soziale Angelegenheiten	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Kenntnisnahme	26.11.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Räume OG Haus Hasenheide Anlage 2: Kostenerlass Nutzung Büros Haus Hasenheide 2023 Anlage 3: Kostenerlass Nutzung Büros Haus Hasenheide 2024 Anlage 4: Kostenerlass Nutzung Büros Haus Hasenheide 2025

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt die Information zur Kenntnis.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Glockzin/FW	Soziales	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Sindani/CSU	Soziales	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		keine		
Umweltauswirkungen		keine		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Aufgrund des Umzugs verschiedener Sachgebiete aus dem Rathaus in die Dependance Niederbronner Weg 3 musste der dort im Kellergeschoss beherbergte Helferkreis Asyl ausziehen. Außerdem konnten verschiedene Sprachkurse des Brucker Forums nicht mehr stattfinden. Beide Angebote zogen in den südlichen Teil des Haus Hasenheide um (Raumlage: Anlage 1).

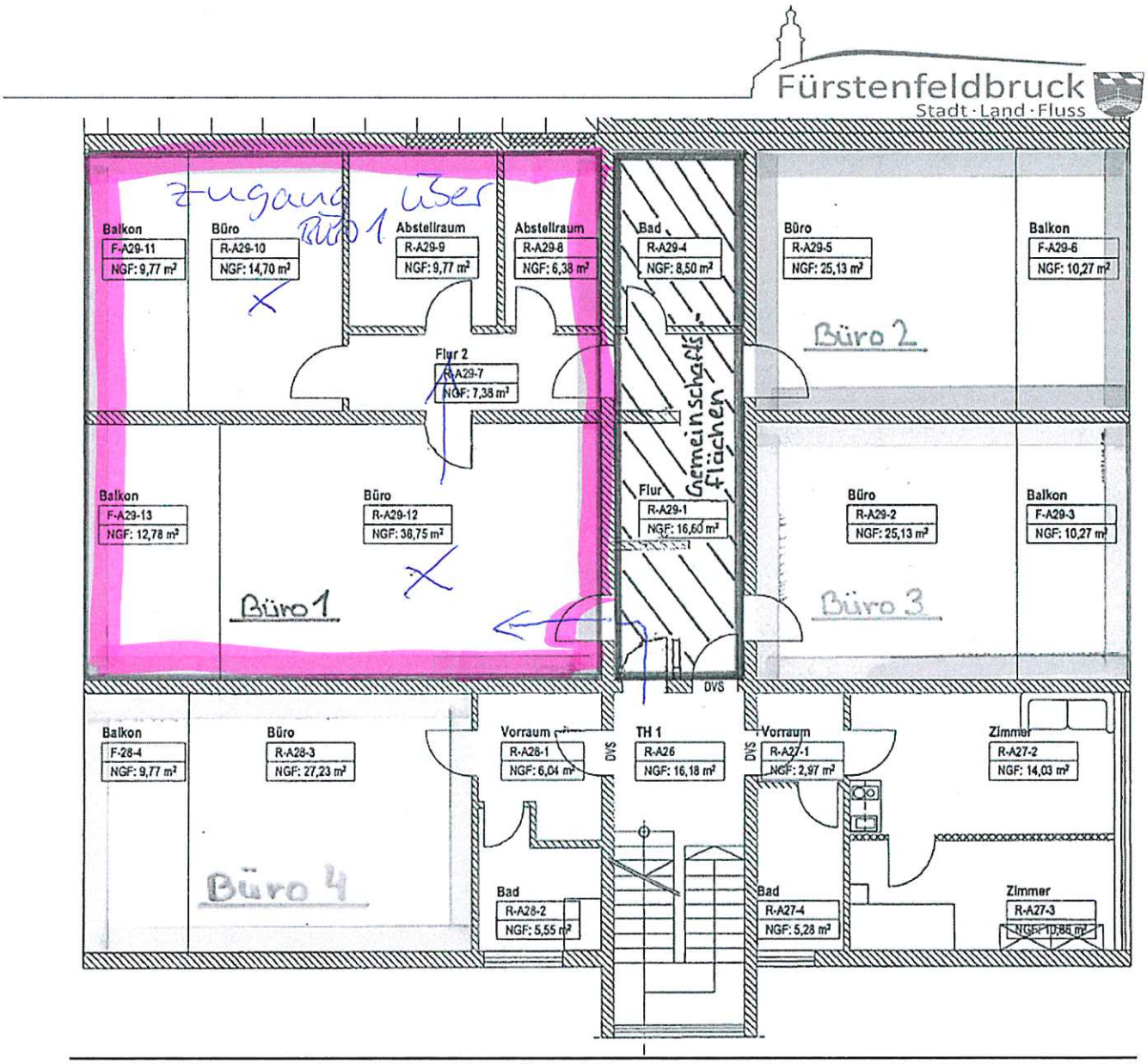
Die Kosten für die Raummiete und Raumnebenkosten belaufen sich auf
Nutzungsentgelt: 405,95€ (mon./je Nutzer)
Betriebskostenpauschale: 85,00 € (mon./je Nutzer)

Im Jahr 2023 wurde durch den Oberbürgermeister entschieden, dass für ein Jahr die Gebühren für die Büronutzung im Haus Hasenheide durch den Asylhelferkreis und das Brucker Forum erlassen werden, da sie für die Bewohner im Haus Hasenheide (teilweise durch Auftrag der Stadt: Sprachkurs) Angebote machen. Diese Entscheidung wurde im Juni 2024 und im August 2025 um jeweils ein weiteres Jahr verlängert (Sachstand und Begründungen: Anlagen 2, 3 und 4).

Für die Laufzeit ab August 2025 ergibt sich eine Änderung: Das Brucker Forum konnte für die Kursangebote im Haus Hasenheide eine Förderung beantragen, so dass die anteiligen Betriebskosten vom Verein bezahlt werden können.
Beim Helferkreis, der eine Initiative ist und über keinerlei finanzielle Eigenmittel verfügt, hat sich keine Änderung ergeben.

Der aktuelle Nutzungsvertrag läuft am 31. August 2026 aus oder kann durch die Stadt Fürstenfeldbruck gekündigt werden, wenn im Haus konzeptionelle Änderungen anstehen.

Mit dem Hauptamt (Herr Klehr) wurde abgeklärt, dass diese Entscheidungen bis zur Verlängerung 2025 in den finanziellen Kompetenzrahmen des Oberbürgermeisters fallen. Ab August 2026 muss allerdings eine andere Entscheidungsgrundlage herangezogen werden.
Derzeit würde eine Fortsetzung in der jetzigen Form durch den Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport entschieden werden. Der Arbeitserleichterung diente allerdings eine genauere Formulierung und Anpassung der Vergabe von Räumlichkeiten im Rahmen der wertfreien Nutzung Nr. 2.2.2 in den Sozialen Förderrichtlinien (Richtlinien der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck zur freiwilligen Förderung von ortsansässigen gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Organisationen im Bereich Soziales).



101

Das komplette Exposé erhalten Sie gerne auf Anfrage.
Wir freuen uns auf Ihren Anruf.

Ansprechpartner:	Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck SG 24 – Immobilienmanagement Frau Alexandra Salecker Hauptstr. 31 82256 Fürstenfeldbruck Tel.: 08141/281-2460 Fax: 08141/282-2460 E-Mail: alexandra.salecker@fuerstenfeldbruck.de

TOP Ö 9

WV: Feb 2024
Autom. Verlängerung?

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Immobilienmanagement
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de
alexandra.salecker@fuerstenfeldbruck.de

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

Über
SGL 24, Herrn Huber i. V. 21.08.23

Über
AL 2, Herrn Eckert 21.08.2023

An
Herrn Oberbürgermeister Götz

Fürstenfeldbruck, 21.08.2023

Zeichen/ Schreiben vom:	Unser Zeichen (Bitte bei Antwort angeben)	Sachbearbeiter/ Ansprechpartner:	Telefon:	Fax:
	SG 24 - Sa	Alexandra Salecker	08141 281-2460	08141 282-2460

Entscheidungsvorlage
Haus Hasenheide - Vermietung Büroräume Haus Hasenheide;

103

Aufgrund des Umzugs verschiedener Sachgebiete aus dem Rathaus in die Dependance Niederbronner Weg 3 musste der dort im Kellergeschoss beherbergten Initiative Helferkreis Asyl gekündigt werden. Die Kündigung tritt zum 31. August 2023 in Kraft.

Das Kellergeschoss nutzten neben dem Helferkreis Asyl mehrere andere Organisationen, die sich teilweise schon neue Räume gesucht haben. Offen ist noch, ob ein Sprachkurs des Brucker Forums weiterhin stattfinden kann.

Dem Helferkreis Asyl sowie dem Brucker Forum e.V. wurde als Raumangebot das Haus Hasenheide vorgeschlagen. Im ersten OG im südlichen Teil des Hauses wurden Büroräume eingeplant, die nur teilweise genutzt werden. Dort ist auch ein größerer Schulungsraum vorhanden, der für Kurse zur Verfügung stehen würde.

Das Brucker Forum würde Vormittagskurse im Schulungsraum des Haus Hasenheide anbieten. Vorrangig soll dieser Kurs den Bewohnern des Haus Hasenheide angeboten werden, da die Stadt Fürstenfeldbruck ihre Aufgabe auch darin sieht, die untergebrachten Personen so weit zu befähigen, dass sie schnellstmöglich ausziehen können. Dazu gehört bei den vor dem Krieg geflüchteten Ukrainern auch das Erlernen der deutschen Sprache.

Freie Plätze sollen auch anderen Bewohnern Fürstenfeldbrucks, die so einen Kurs benötigen, zur Verfügung gestellt werden.

Der Helferkreis Asyl möchte Beratungen und Unterstützungsleistungen für die Bewohner im Haus, aber auch weiterhin für andere in Fürstenfeldbruck wohnhafte Menschen anbieten. Darüber hinaus soll es, wie schon im Niederbronner Weg 3, verschiedene Kursangebote geben.

Das Sachgebiet Immobilienwirtschaft ist angehalten, für die Nutzung städtischer Liegenschaften (auch durch Vereine) Raummieten und Nebenkosten anzusetzen.
Die Vertragskonditionen für die Nutzungsverträge Helferkreis Asyl und Brucker Forum e.V. wären wie folgt:

Vertragslaufzeit: 01.09.2023 bis 30.08.2024 (autom. Verlängerung um ein weiteres Jahr, wenn keine Kündigung erfolgt)
Nutzungsentgelt: 405,95 € (mon./je Nutzer)
Betriebskostenpauschale: 85,00 € (mon./je Nutzer)

Das Brucker Forum bietet den Sprachkurs auf Wunsch und in Absprache mit den Sozialen Angelegenheiten der Stadtverwaltung an. Kosten des Referenten und der Arbeitsmaterialien werden vom Brucker Forum gestellt.
Die Kosten für die Raummiete und Raumnebenkosten können vom Brucker Forum nicht übernommen werden. Gemeinsam im Gespräch mit der Geschäftsführung wurde überlegt, ob ein Förderantrag im Rahmen der sozialen Förderrichtlinien der Stadt gestellt werden kann. Damit würde die Raummiete verrechnet werden können, die Raumnebenkosten sind dort ausgeschlossen. Die Geschäftsführung signalisierte auch, dass kein Budget mehr vorhanden ist, um Zusatzkosten noch auszugleichen. Wenn die Stadt den Raum nicht zur Verfügung stellen kann, wird der Kurs nicht stattfinden.

Eine ähnliche Situation zeigt sich beim Helferkreis Asyl. Es handelt sich hier um eine Initiative, nicht um einen Verein, somit werden keine Mitgliederbeiträge erhoben. Das heißt, der Helferkreis Asyl hat keine Finanzwirtschaft.
Im Rahmen der sozialen Förderrichtlinien könnte auch hier die Raummiete verrechnet oder erlassen werden. Eine Lösung für die Raumnebenkosten gibt es aus dieser Richtlinie heraus nicht.

Eine mögliche Lösung für beide Organisationen wäre das Erlassen der Raumkosten als Einzelfallentscheidung. Zu Bedenken ist dabei, das eine stichhaltige Begründung formuliert werden muss, damit kein Präzedenzfall für zukünftige Raumwünsche geschaffen wird.

Eine zweite Möglichkeit, beiden Organisationen von den Raumkosten zu entlasten, wäre eine Finanzierung, die aus dem Budget der Stabsstelle Soziale Angelegenheiten erfolgen würde. Hier der Hinweis, dass die Angebote der sozialen Angelegenheiten eine freiwillige Leistung der Stadt Fürstenfeldbruck sind und mit Blick auf die anstehende Haushaltskonsolidierung durchaus zur Diskussion stehen kann.

Das Kursangebot des Brucker Forums beschränkt sich zunächst auf ein Jahr. Dann muss die Situation im Haus und in der Stadt neu beurteilt werden. Der Helferkreis Asyl stellt sich eine dauerhafte Ansiedlung im Haus Hasenheide vor.

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Entscheidung:

☒ Die Büroräume im Haus Hasenheide (sh. Anlage 1) sollen an den Helferkreis Asyl sowie das Brucker Forum e.V. zur Nutzung übergeben werden.
Die Kosten für das Nutzungsentgelt in Höhe von je 405,95 €/monatlich sowie die Betriebskostenpauschale in Höhe von 85,00 €/monatlich werden beiden Organisationen für 12 Monate erlassen.

☐ Die Büroräume im Haus Hasenheide (sh. Anlage 1) sollen an den Helferkreis Asyl sowie das Brucker Forum e.V. zur Nutzung übergeben werden.
Die Kosten für das Nutzungsentgelt in Höhe von je 405,95 €/monatlich sowie die Betriebskostenpauschale in Höhe von 85,00 €/monatlich werden bei beiden Organisationen für 12 Monate vom Budget der Stabstelle Soziale Angelegenheiten getragen.

☐ Auf Grund der Haushaltskonsolidierung soll vom Ausschuss entschieden werden, ob eine Förderung seitens der Stadt erfolgt.

Bis zur Entscheidung des Ausschusses

☐ wird die Nutzung im Niederbronner Weg 3 verlängert. Das hat zur Folge, dass der Keller für die interne Nutzung nicht zur Verfügung steht.

☐ werden beiden Organisationen keine Räumlichkeiten für die Kurse zur Verfügung gestellt.

105

Fürstenfeldbruck, den 21.09.2023

Christian Götz
Oberbürgermeister

i.A.

Alexandra Salecker
SG 24 – Immobilienmanagement

Doreen Höltl
Soziale Angelegenheiten

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3781/2025

16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

Betreff/Sach-antragsnr.	Maßnahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts - Anpassung an die Stadt Fürstenfeldbruck		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	07.11.2025
Verfasser	Höltl, Doreen	Zuständiges Amt	Amt 3
Sachgebiet	Stabsstelle Soziale Angelegenheiten	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Kenntnisnahme	26.11.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: SPGK Massnahmenempfehlungen

Beschlussvorschlag:

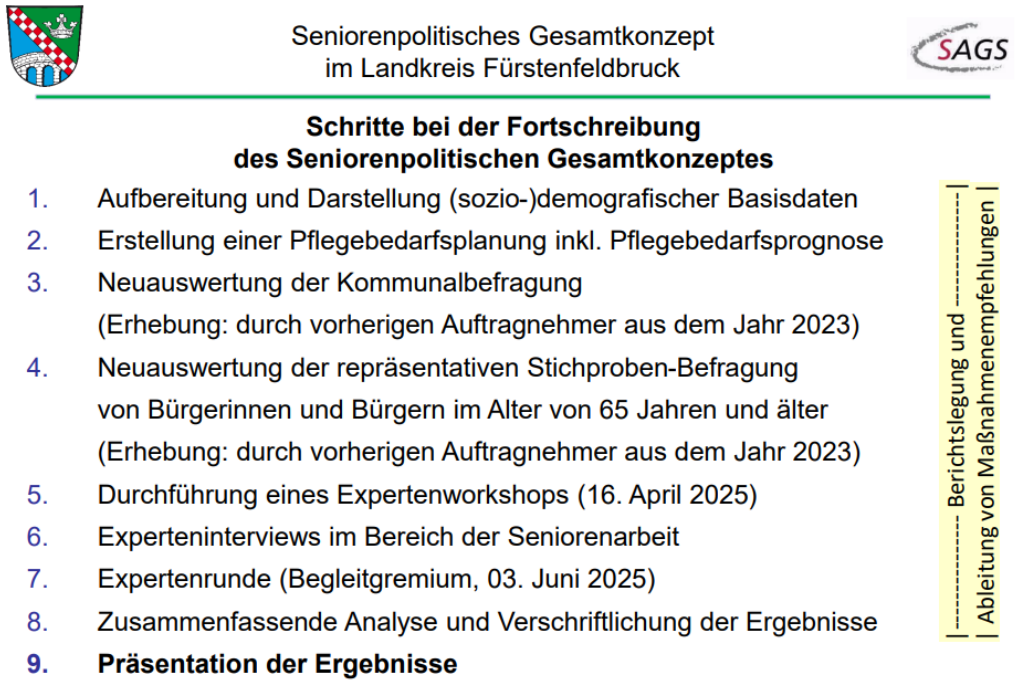
Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Sachvortrag zum Maßnahmenplan des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts zur Kenntis.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Glockzin/FW		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Fürstenfeldbruck wurde seit 2023 fortgeschrieben und im Juli dieses Jahres vom Kreistag verabschiedet. Die Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck, seniorenrelevante Einrichtungen (z.B. die Pflegeheime) im Stadtgebiet und auch Ehrenamtliche, wie der Seniorenbeirat, haben mitgewirkt:
(Folienausschnitte mit freundlicher Genehmigung des Landratsamtes Fürstenfeldbruck)



Neben demografischen Daten und Entwicklungsprognosen enthält das Konzept ein Maßnahmenpaket, welches sich in unterschiedliche Handlungsfelder gliedert:



Das Konzept und insbesondere der Maßnahmenplan wurde nach Beschluss durch den Kreistag den Beteiligten und relevanten Organisationen durch die Verwaltung

des Landratsamtes vorgestellt und für eine Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen geworben (Konzept Hauptband Anlage 1, Maßnahmenkatalog ab S. 39).

Der Seniorenbeirat der Stadt Fürstenfeldbruck arbeitet seit seiner dritten offiziellen Sitzung im Oktober dieses Jahres an dem Maßnahmenplan. In jeder Sitzung (diese finden einmal monatlich statt) erarbeitet er Vorschläge für eines der 13 beschriebenen Handlungsfelder für das Gemeindegebiet Fürstenfeldbruck. Gemeindeübergreifende Ideen werden in die Sitzungen des Landkreis-Seniorenbeirats eingebracht.

Anhand des ersten Handlungsfelds „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung“ stellt die Verwaltung die Arbeitsweise des Beirats in der Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport am 28.11.2025 kurz vor. Dies dient der Information der Ausschussmitglieder, wie und in welchem Zeitrahmen an dem Thema strukturiert konzeptionell gearbeitet wird und soll einladen, den Seniorenbeirat und die Verwaltung bei Interesse zu unterstützen.

Im kommenden Jahr will der Seniorenbeirat seine Vorschläge in diesem Ausschuss vorstellen und die Umsetzbarkeit der Ideen zur Diskussion stellen.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist auf der Webseite des Landratsamtes Fürstenfeldbruck abrufbar:
www.lra-ffb.de/gesundheit-soziales-asyl/senioren/seniorenpolitisches-gesamtkonzept
Aufgrund des Umfangs wurde es nicht als Anlage beigefügt.

3. Maßnahmenempfehlungen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes des Landkreises Fürstenfeldbruck

Im Folgenden sind die Maßnahmenempfehlungen aufgelistet, die im Rahmen der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes inkl. der Pflegebedarfsplanung für den Landkreis Fürstenfeldbruck herausgearbeitet wurden. Die Untergliederung erfolgt nach den einzelnen Handlungsfeldern.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept soll sämtliche Lebensbereiche von älteren Menschen beleuchten. Im Vorfeld der Fortschreibung wurden die Handlungsfelder festgelegt. Diese umfassen neben den vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales vorgegebenen Handlungsfeldern[6] die Themenbereiche „Personal" und „Altersarmut". Für alle Handlungsfelder konnten im Rahmen der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes aus der Aufbereitung (sozio-)demografischer Basisdaten, Literatur- und Internetrecherchen, Ergebnissen der Bestandserhebungen bei den Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten sowie den verschiedenen Interviews mit örtlichen Experten, der Kommunalbefragung sowie der Bürgerbefragung und aus Diskussionen im Rahmen der Begleitgremien zahlreiche Maßnahmen entwickelt werden.

Daraus ergibt sich folgende Gliederung:

1. Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung
2. Wohnen zu Hause
3. Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit
4. Präventive Angebote
5. Gesellschaftliche Teilhabe
6. Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren
7. Betreuung und Pflege
8. Unterstützung pflegender Angehöriger
9. Angebote für besondere Zielgruppen
10. Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
11. Hospiz- und Palliativversorgung
12. *Personal*
13. *Altersarmut*

Die Themenbereiche „Personal" und „Altersarmut" sind in dem ursprünglichen Kanon der Handlungsfelder für ein SPGK noch nicht enthalten. In den vergangenen Jahren rückten diese

6 Vgl. Broschüre „Kommunale Seniorenpolitik" des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, online unter: https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/3.6.2.2_broschure_leitfaden_fur_die_kommunale_seniorenpolitik_in_bayern.pdf; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

Themen allerdings immer mehr in den Vordergrund. Dementsprechend wurden diese Themen als Handlungsfelder mit aufgenommen. Auch hierzu wurden Maßnahmenempfehlungen für den Landkreis Fürstenfeldbruck entwickelt.

Im Hinblick auf die künftige Maßnahmenumsetzung werden den jeweiligen Handlungsempfehlungen in den Tabellen zuständige Stellen oder Institutionen zugeordnet. Es wird dabei insbesondere zwischen Maßnahmen unterschieden, die in der Verantwortung

- des Landkreises Fürstenfeldbruck,
- den Gemeinden und (Großen Kreis-)Städten
- der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege sowie
- weiterer Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit liegen.

Bei vielen Maßnahmen sind verschiedene Stellen an der Umsetzung zu beteiligen. Deshalb ist die enge Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure ebenso wichtig wie eine Koordination der Aktivitäten.

Des Weiteren wird ein Zeithorizont empfohlen, in welchem die Maßnahmen umzusetzen sind. Für die angegebenen Realisierungszeiträume der Maßnahmenempfehlungen gilt folgende Einteilung:

- kurzfristige Maßnahmen: ein bis zwei Jahre
- mittelfristige Maßnahmen: drei bis fünf Jahre
- langfristige Maßnahmen: sechs bis zehn Jahre
- kontinuierliche Maßnahmen: dauerhaft

Darüber hinaus sind die formulierten Maßnahmenempfehlungen nicht immer nur einem spezifischen Handlungsfeld zuzuordnen, sondern besitzen Relevanz für verschiedene Themenbereiche. Manche Maßnahmen sind entsprechend mehrfach und ggf. mit spezifizierter Formulierung zur Intention aufgeführt, um bei einer gezielten bzw. ggf. isolierten Betrachtung einzelner Handlungsfelder Berücksichtigung finden zu können. Zur Kennzeichnung der betreffenden Maßnahmen befinden sich Fußnoten an den entsprechenden Stellen.

3.1 Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für einen selbstbestimmten Alltag, insbesondere für die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und die Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten. Dazu gehören notwendige Tätigkeiten wie die Besorgung von Lebensmitteln, Arztbesuche, therapeutische Angebote oder der Gang zur Apotheke. Das Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung" ist daher eng mit den Bedürfnissen im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und des Wohnens zu Hause verbunden.

Mit zunehmendem Alter wächst jedoch das Risiko gesundheitlicher Einschränkungen, die auch die Mobilität beeinträchtigen können. Darüber hinaus gibt es äußere Faktoren, die die Fortbewegung erschweren, wie etwa fehlende Barrierefreiheit im Wohnumfeld, im öffentlichen Nahverkehr, in Geschäften des täglichen Bedarfs, in Arztpraxen oder Apotheken sowie allgemein im öffentlichen Raum.

Bei dem Thema „Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden" ist darüber hinaus auch an Menschen mit einer Sinnesbeeinträchtigung zu denken. Zudem ist gerade für ältere Bürgerinnen und Bürger (auch ohne Beeinträchtigung) das Vorhandensein von Ruhemöglichkeiten (zum Beispiel Parkbänke) und von ausreichend öffentlich zugänglichen (auch behindertengerechten) Toiletten für ein sorgenfreies Unterwegssein innerhalb des Ortes wichtig. Vor allem die Beschaffenheit von Fußgängerwegen in den Landkreisgemeinden ist zu prüfen und vorhandene Barrieren sind zu reduzieren, um den Personen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, trotzdem eine möglichst flexible Bewegung in der eigenen Gemeinde zu ermöglichen. Auch der Ausbau von Fahrradwegen kann hierbei helfen – zum einen, um sichere Wege auch für Seniorinnen und Senioren zu haben, die statt mit dem Auto mit dem Fahrrad unterwegs sind, zum anderen aber auch, damit Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer aus Mangel an Alternativen nicht auf Gehwegen fahren.

Auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist auf eine barrierefreie Gestaltung zu achten. Besonders relevant sind hierbei die S-Bahnhöfe, aber auch einige Bushaltestellen im Landkreis weisen noch Verbesserungsbedarf auf. Notwendig sind überdachte und wettergeschützte Sitzmöglichkeiten sowie gut lesbare Fahrpläne. Zudem muss die barrierefreie Ein- und Ausstiegsmöglichkeit in Linienbusse weiter konsequent vorangetrieben werden.

Eine wohnortnahe Versorgung mit Geschäften des täglichen Bedarfs sowie mit medizinischen Dienstleistungen sollte angestrebt werden. Ergänzend dazu können die Bekanntmachung und

der Ausbau von Angeboten wie „Begleitetem Fahren“[7], Rufbussen oder ähnlichen Mobilitätsdiensten eine wichtige Rolle dabei spielen, insbesondere Seniorinnen und Senioren einen selbstbestimmten Alltag zu ermöglichen.

Entlastend für Kommunen kann zudem der Aufbau eines Quartiersmanagements wirken. Auf Grundlage einer Bedarfsanalyse kann eine hauptamtliche Quartiersmanagerin bzw. ein hauptamtlicher Quartiersmanager („Kümmerer“) eingesetzt werden. Diese Person dient als zentrale Ansprechperson für Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörige im Quartier. Die Umsetzung entsprechender Quartierskonzepte kann durch das Bayerische Sozialministerium im Rahmen der Förderrichtlinie SeLA unterstützt werden. Ein solches Modell stellt eine sinnvolle Möglichkeit dar, ein umfassendes Unterstützungssystem für pflegebedürftige Menschen aufzubauen. Es erlaubt die gezielte Bearbeitung vielfältiger Fragestellungen rund um das Leben im Alter innerhalb der Gemeinde. Gleichzeitig entlastet es insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleiner Kommunen. Grundlage ist ein klienten- und ressourcenorientierter Ansatz nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Durch die Einbindung aller verfügbaren Akteurinnen und Akteure vor Ort soll ein selbstbestimmtes Leben im Alter im vertrauten Umfeld ermöglicht werden.

Um Bürgerinnen und Bürgern das alltägliche Leben in ihrem gewohnten Wohnumfeld auch im Alter weiter zu ermöglichen, werden in dem Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung“ folgende Maßnahmen empfohlen:

114

7 Im Rahmen der Bestandserhebung (siehe Berichtsteil Pflegebedarfsplanung) sowie im Rahmen weiterer Erhebungen war von „Fahrdiensten“ gesprochen worden. Im Rahmen der zeitlich etwas später angesetzten Expertenworkshops erfolgte der Hinweis, dass aus rechtlichen Gründen eine Verwendung des Terminus „Begleitetes Fahren“ vorzuziehen wäre. Entsprechend wird dieser im vorliegenden Hauptband mit den Maßnahmenempfehlungen verwendet.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Durchführung von Ortsbegehungen zur Ermittlung des Bedarfs an barrierefreier Umgestaltung des öffentlichen Raums unter Einbezug der kommunalen Seniorenbeiräte/-beauftragten und des Teilhabebeirats bzw. der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Besonderer Fokus ist hierbei auf zu enge bzw. zugeparkte Gehwege, unebenen Bodenbelag auf Gehwegen, nicht abgesenkte Bordsteine, Stufen und fehlende Fußgängerüberwege zu legen	Städte und Gemeinden; Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Teilhabebeirat bzw. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung	mittelfristig
Durchführung von Ortsbegehungen mit dem Fokus auf die Sicherheit von Radwegen. Besonderer Fokus ist dabei auf plötzlich endende Wege und nicht abgesenkte Bordsteine zu legen. Weiterhin Prüfung eines Ausbaus an Radwegen	Städte und Gemeinden, Landkreis Fürstenfeldbruck – Stabstelle Öffentliche Mobilität, Kreiseigener Tiefbau, Straßenverkehrsbehörde	mittelfristig
Bedarfsanalyse zur Etablierung von entsprechenden Ansprechpersonen (z. B. Quartiersmanagerin bzw. -manager, „Kümmerer“) für Anliegen rund um das Thema "Älter werden" auf Gemeindeebene. Genereller Aufbau von Kümmererstrukturen	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Ambulante Pflegedienste, Pflegestützpunkt, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Nachbarschaftshilfen, Seniorenclubs	kurzfristig

115

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Bedarfsprüfung zum Aufbau von Quartierskonzepten Bedarfsprüfung und ggf. Erstellung und Etablierung von (weiteren) Quartierskonzepten/-managements in den Landkreiskommunen, Inanspruchnahme der Förderung des StMAS[8]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Ambulante Pflegedienste, Stationäre Einrichtungen, Tagespflegeeinrichtungen Pflegestützpunkt, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Nachbarschaftshilfen, Seniorenclubs	kurz- bis mittelfristig
Ausbau der Bushaltestellen hinsichtlich der Schaffung von überdachten Sitzgelegenheiten und des Anbringens gut lesbarer Fahrpläne. Prüfung der Schaffung von digitalen Anzeigen der nächsten Abfahrten an häufig frequentierten Bushaltestellen	Städte und Gemeinden; MVV, Verkehrsgesellschaften	mittelfristig
Verbesserung der Nutzbarkeit von Linienbussen für mobilitäteingeschränkte Personen insbesondere hinsichtlich eines barrierefreien Einstiegs	Städte und Gemeinden (barrierefreie Haltestellen), Landkreis Fürstenfeldbruck – Stabstelle Öffentliche Mobilität, Verkehrsgesellschaften	mittelfristig
Ausbau der Barrierefreiheit an allen S-Bahnhöfen (Treppen, fehlende/ defekte Aufzüge/Bahnhofsumfeld)	DB InfraGO AG, Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, MVV, Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	mittelfristig

116

8 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Schaffung von öffentlichen (behindertengerechten) Toiletten (auch an den S-Bahnhöfen)	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, DB InfraGO AG, Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	mittelfristig
Verbesserung der Bedingungen zur Gründung von Angeboten des *begleiteten Fahrens* im Landkreis Fürstenfeldbruck[9]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden	kurzfristig
(Weiterhin) Förderung von Angeboten des *begleiteten Fahrens* oder anderen flexiblen Mobilitätslösungen insbesondere im ländlichen Bereich	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden	kontinuierlich
Prüfung der Notwendigkeit zum Ausbau der Nahversorgung in den Gemeinden (z. B. Lieferdienste, Lebensmitteleinzelhandel)	Städte und Gemeinden	kurzfristig
Bedarfsprüfung und ggf. Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten von Nutzungsvereinbarungen von Toiletten im Ort ("Nette Toilette")	Landkreis Fürstenfeldbruck, Lokale Gaststätten und Cafés	kurzfristig

117

9 Auch im Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe"

3.2 Wohnen zu Hause

Wohnen zählt zu den grundlegenden Bedürfnissen des Menschen, wobei der private Wohnraum sowohl als Rückzugsort als auch als Raum der Sicherheit dient. Viele Menschen möchten auch im Alter in ihren eigenen vier Wänden bleiben, selbst wenn sie auf Hilfe oder Unterstützung angewiesen sind. Angesichts der alternden Gesellschaft verändern sich die Anforderungen an das Wohnen insgesamt. Barrierefreies bzw. -armes Wohnen wird immer wichtiger. Es reicht nicht aus, dieses Thema nur in neuen Bauprojekten zu berücksichtigen; auch bestehende Wohnräume müssen an die veränderten Bedürfnisse angepasst werden. Dies stellt eine wachsende Herausforderung für die Bauwirtschaft, Architektinnen und Architekten und lokale Planerinnen und Planer dar, aber auch für Fachkräfte in der Senioren- und Behindertenarbeit. Zudem sollte über alternative Wohnformen für ältere Menschen nachgedacht werden, die zusätzliche Unterstützungsangebote beinhalten. Neben Einrichtungen, die in die Bereiche des Betreuten Wohnen oder Servicewohnen fallen, sind auch ambulant betreute Wohngemeinschaften und andere Wohnprojekte, wie z. B. Mehrgenerationenwohnen, von Bedeutung.

Langfristig sollte der Landkreis deutlich mehr seniorengerechten und barrierefreien beziehungsweise barrierearmen Wohnraum schaffen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass dieser Wohnraum für Seniorinnen und Senioren auch finanziell leistbar bleibt. Wohnprojekte können dabei im Rahmen eines Quartiersmanagements eine zentrale Rolle übernehmen. Beratend kann dabei die Koordinationsstelle „Wohnen im Alter" weiterhelfen[10]. Diese informiert zu verschiedenen und alternativen Wohnformen im Alter.

Dabei ist es wichtig, dass den Landkreisbewohnerinnen und Landkreisbewohnern, Bauherrinnen und Bauherren, Vermieterinnen und Vermietern sowie Mieterinnen und Mietern eine Anlaufstelle zur Information über barrierefreies (Um-)Bauen zur Verfügung steht. Es gilt dabei das bestehende Angebot der Wohnberatungsstelle zu bewerben und ggf. nach Bedarf zu erweitern.

Des Weiteren spielen lokale Versorgungsangebote eine entscheidende Rolle dafür, dass ältere Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können. Besonders wichtig sind hierbei Leistungen wie hauswirtschaftliche Unterstützung, Mittagstischangebote oder Lieferdienste – etwa „Essen auf Rädern". Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob Hausnotrufsysteme im Landkreis flächendeckend und in ausreichendem Maße verfügbar sind.

Für die Teilhabe am Alltag für mobilitätseingeschränkte Seniorinnen und Senioren ist dabei über den Wohnraum hinaus auch an die barrierearme Gestaltung des direkten Wohnumfeldes

118

10 Vgl. hierzu https://www.wohnen-alter-bayern.de/; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

zu denken. Hierzu finden sich Maßnahmenempfehlungen im Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung".

Im Folgenden werden die Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Wohnen zu Hause" aufgeführt:

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Prüfung der Möglichkeiten der Schaffung von mehr seniorengerechten Wohnprojekten und alternativen Wohnformen für ältere Menschen (z. B. ambulant betreute Wohngemeinschaften, betreute Wohnformen oder Mehrgenerationenwohnen)	Städte und Gemeinden, Landkreis Fürstenfeldbruck, Bauträgerinnen und Bauträger, Wohnbaugenossenschaften, Wohlfahrtsverbände	mittelfristig
Sensibilisierung von Bauträgerinnen und Bauträgern, privaten Bauherrinnen und Bauherren und Mieterinnen und Mietern für barrierefreies (Um-)Bauen[11]	Städte und Gemeinden, Senioren- und Behindertenbeauftragte, Bayerische Architektenkammer, Landkreis Fürstenfeldbruck, ggf. Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen in München	kontinuierlich
Schaffung von mehr bezahlbarem, seniorengerechtem Wohnraum flächendeckend im Landkreis	Städte und Gemeinden, Landkreis Fürstenfeldbruck, Wohnbaugenossenschaften, Bauherrinnen und Bauherren, Freistaat (Fördermittel)	kurzfristig und kontinuierlich

11 Auch im Handlungsfeld „Präventive Angebote"

119

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weitere) Bekanntmachung der Wohnberatungsstelle der Diakonie im Landkreis Fürstenfeldbruck[12]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis, Referat Sozialer Wohnungsbau im Landratsamt, Städte und Gemeinden, Wohnberatungsstelle der Diakonie	kurzfristig und kontinuierlich
Prüfung der Notwendigkeit zum Ausbau von Angeboten zur Wohnberatung	Städte und Gemeinden, Landkreis Fürstenfeldbruck, Wohnberatungsstelle der Diakonie, Wohlfahrtsverbände, Pflegestützpunkt	kurzfristig und kontinuierlich
Bekanntmachung vorhandener Finanzierungsmöglichkeiten für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen[13]	Wohnberatungsstelle der Diakonie, Landkreis Fürstenfeldbruck, Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer; Kranken- und Pflegekassen; ggf. Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen in München	kurzfristig und kontinuierlich

120

12 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

13 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Prüfung des Bedarfs zur flächendeckenden Etablierung weiterer Hausnotrufangebote; Fokus auf die ländliche Versorgungsregion	Trägerinnen und Träger ambulanter Pflegedienste, Pflegestützpunkt, Landkreis Fürstenfeldbruck, Gemeinden im westlichen Landkreis	kurzfristig
Ausbau von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI[14]	Wohlfahrtsverbände, weitere Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig und kontinuierlich
Ausbau hauswirtschaftlicher Unterstützungsangebote[15]	Ambulante Pflegedienste, Weitere Anbieterinnen und Anbieter hauswirtschaftlicher Dienstleistungen, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig und kontinuierlich
Bedarfsgerechter (weiterer) Ausbau der Mittagstischangebote	Städte und Gemeinden, Nachbarschaftshilfen, Stationäre Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Sozialdienste, Ehrenamtliche, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig und kontinuierlich
Prüfung der Notwendigkeit zum Ausbau von Angeboten des Essens auf Rädern insbesondere in der ländlichen Versorgungsregion	Städte und Gemeinden, Landkreis Fürstenfeldbruck, Trägerinnen und Träger ambulanter Pflegedienste, Wohlfahrtsverbände	kurzfristig und kontinuierlich

121

14 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

15 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

3.3 Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit

Viele Menschen beschäftigen sich mit den Themen Betreuung und Pflege und den entsprechenden Unterstützungsangeboten erst, wenn sie selbst oder ihre Angehörigen betroffen sind. Solche Situationen können sowohl für die pflegebedürftigen Personen als auch für ihre pflegenden Angehörigen sehr herausfordernd sein, insbesondere, weil es oft an dem nötigen Wissen und dem Überblick über relevante Anlaufstellen, Hilfsangebote und Versorgungsmöglichkeiten mangelt. Dabei sind die Bedürfnisse der Betroffenen sehr unterschiedlich, was auch den Einsatz von spezifischen Hilfsmitteln oder Unterstützungsleistungen betrifft.

In diesem Zusammenhang geht es im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit" vor allem um die Bekanntmachung vorhandener (Beratungs-)Angebote. Der Landkreis Fürstenfeldbruck ist in dieser Hinsicht in vielen Bereichen bereits gut aufgestellt. Die vorhandenen Anlaufstellen müssen jedoch kontinuierlich bei den Bürgerinnen und Bürgern beworben werden.

Dazu gehört neben der gezielten Bekanntmachung einzelner Fachstellen und Beratungsangebote auch die kontinuierliche Aktualisierung vorhandener Informationsbroschüren – wie z. B. des Gesundheits- und Sozialwegweisers. Zudem sollten kompakte und verständliche Informationen rund um das Thema „Älter werden" sowie entsprechende Anlaufstellen sowohl in digitaler als auch in analoger Form bereitgestellt werden.

Im Sinne der Prävention – aber auch grundsätzlich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger – ist es sinnvoll, die Öffentlichkeit für die Bedürfnisse von älteren, bereits in der Mobilität eingeschränkten Personen sowie Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen durch chronische Erkrankungen zu sensibilisieren. Dies kann durch gezielte Informationsveranstaltungen erfolgen, aber auch durch Maßnahmen wie die Kennzeichnung von barrierearmen oder barrierefreien Veranstaltungen. Neben der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit sollte zudem die Lokalpolitik weiter für etwaige Themen sensibilisiert werden.

Entsprechende Maßnahmenempfehlungen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Weitere Bekanntmachung des Pflegestützpunktes im Landkreis Fürstenfeldbruck	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Fachstellen für pflegende Angehörige, Pflegestützpunkt	kontinuierlich
(Weitere) Bekanntmachung der Koordination für Seniorenarbeit und Seniorenfachberatung im Landratsamt Fürstenfeldbruck	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt	kurzfristig und kontinuierlich
(Weitere) Bekanntmachung der Fachstellen für pflegende Angehörige in Fürstenfeldbruck und Germering[16]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige	kurzfristig und kontinuierlich
Bekanntmachung vorhandener Finanzierungsmöglichkeiten für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen[17]	Wohnberatungsstelle der Diakonie, Landkreis Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer, Kranken- und Pflegekassen, ggf. Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen in München	kurzfristig und kontinuierlich

123

16 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

17 Auch im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weitere) Bekanntmachung der Wohnberatungsstelle der Diakonie im Landkreis Fürstenfeldbruck[18]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis, Referat Sozialer Wohnungsbau im Landratsamt, Städte und Gemeinden, Wohnberatungsstelle der Diakonie	kurzfristig und kontinuierlich
Bereitstellung und Bekanntmachung von Informationen rund um das Thema „Älter werden" in dualer Form (digital und analog)	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kontinuierlich
Bekanntmachung vorhandener Angebote zur stundenweisen Betreuung (Angebot ambulanter Pflegedienste)[19]	Anbieterinnen und Anbieter stundenweiser Betreuung, Pflegestützpunkt	kontinuierlich

124

18 Auch im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause"

19 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Ausbau des (niedrigschwelligen) Beratungsangebots zu sozialrechtlichen Fragen (z. B. Rente), bei Bedarf Weitervermittlung an Fachstellen	Amt für Soziales des Landkreises Fürstenfeldbruck, Rentenberatung der Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt, Allgemeine Sozialberatung der Wohlfahrtsverbände, VdK	mittelfristig
Kontinuierliche Aktualisierung des Gesundheits- und Sozialwegweisers insbesondere in Bezug auf das Thema Demenz[20]	Regionalmanagement des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger entsprechender Angebote	kontinuierlich

125

20 Auch in den Handlungsfeldern „Präventive Angebote" und „Angebote für besondere Zielgruppen"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Entwicklung einer zentralen Vernetzungsstruktur im Bereich der Seniorenarbeit zum Austausch bzgl. vorhandener Angebote und offener Bedarfe im Landkreis Fürstenfeldbruck. Ziel: Nutzung von Synergieeffekten und Vermeidung von Doppelstrukturen[21]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Brucker Forum, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Integrationsbeauftragter des Landkreises Fürstenfeldbruck, Kirchengemeinden, Seniorenclubs, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig

126

21 Auch im Handlungsfeld „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sensibilisierung für seniorenpolitische Themen und Themen, welche die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betreffen, in der Kommunalpolitik, z. B. durch Berichte vom Teilhabebeirat bzw. kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Bürgermeisterdienstbesprechungen oder anderen kommunalen Gremien[22]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Inklusionsbeauftragte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Teilhabebeirat bzw. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Pflegestützpunkt, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig und kontinuierlich

127

22 Auch in den Handlungsfeldern „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen" und „Angebote für besondere Zielgruppen"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sensibilisierung für Bedürfnisse älterer Menschen in der breiten Öffentlichkeit, z. B. durch den Einsatz von Alterssimulationen oder Rollstuhltrainings-/parcours	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Städte und Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Inklusionsbeauftragte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Teilhabebeirat bzw. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung	kurzfristig und kontinuierlich
(Weitere) Bekanntmachung des Seniorenbeirats in den Landkreiskommunen	Landkreis Fürstenfeldbruck, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Städte und Gemeinden,	kurzfristig und kontinuierlich

128

3.4 Präventive Angebote

Auch im hohen Lebensalter können Menschen erheblich von präventiven Maßnahmen und Gesundheitsförderung profitieren, selbst wenn sie bereits pflegebedürftig sind. Der Präventionsgedanke umfasst verschiedene Bereiche wie z. B. Sport, die Nutzung neuer Technologien[23] (siehe Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe") sowie die Aufklärung über mögliche Betrugsmaschen. Besonders hochbetagte Personen sind anfällig für Trickdiebstähle wie z. B. den „Enkeltrick"[24], weshalb eine frühzeitige Aufklärung wichtig ist.

Prävention sollte auch im sozialen Miteinander verankert sein. In enger Verbindung mit dem Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe" ist es wichtig, älteren Menschen Räume und Möglichkeiten zu bieten, um mit anderen in Kontakt zu kommen und so einer Einsamkeit im Alter vorzubeugen. Dabei kommt es auf niedrigschwellige, barrierearme und kostengünstige Angebote an, die für alle Seniorinnen und Senioren zugänglich sind – auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Für weniger mobile Personen können Besuchsdienste eine wertvolle Unterstützung sein.

Bei einigen älteren Bürgerinnen und Bürgern bestehen noch Vorbehalte gegenüber den neuen Medien. Dennoch ist es wichtig, dass sich Seniorinnen und Senioren mit digitalen Technologien auseinandersetzen, um in einer sich schnell wandelnden digitalen Welt nicht den Anschluss zu verlieren. Onlineterminvereinbarungen, Ticketbuchungen oder das Ausfüllen von Formularen sind nur einige Beispiele dafür, wie rasant die Digitalisierung voranschreitet. Ein wesentlicher Bestandteil der Seniorenarbeit im Landkreis Fürstenfeldbruck sollte daher darin bestehen, alle Interessierten bei der Nutzung digitaler Medien zu unterstützen und zugleich jene zu begleiten, die noch zögerlich im Umgang mit der Technik sind.

Maßnahmenempfehlungen zu diesen und zu weiteren Themen sind der nachfolgenden Tabelle aufgelistet.

129

---

23 Zu nennen ist an dieser Stelle auch der mögliche Einsatz von Exoskeletten (roboterähnliche Assistenzsysteme mit Stützfunktion für den menschlichen Körper) sowohl für Pflegebedürftige als auch für haupt- und ehrenamtlich Pflegende.

24 https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94188/26fade4c1250f7888ef17b68f2437673/kriminalitaets-und-gewalterfahrungen-aelterer-data.pdf; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Weiterführung und Ausbau von Angeboten für Seniorinnen und Senioren zur Vorbeugung von Einsamkeit (z. B. Seniorennachmittage, Besuchsdienste)[25]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Mehrgenerationenhäuser, Wohlfahrtsverbände, Seniorenclubs, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Brucker Forum, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit, Kirchengemeinden, Cafés	kontinuierlich
Sensibilisierung von Bauträgerinnen und Bauträgern, privaten Bauherrinnen und Bauherren und Mieterinnen und Mietern für barrierefreies (Um-)Bauen[26]	Städte und Gemeinden, Senioren- und Behindertenbeauftragte, Bayerische Architektenkammer, Landkreis Fürstenfeldbruck, ggf. Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen in München	kontinuierlich

130

25 Auch im Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe"

26 Auch im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weitere) Schaffung und Aufrechterhaltung von niedrigschwelligen, wohnort-nahen Angeboten zur Heranführung und zum Ausbau von Technikkenntnissen für Seniorinnen und Senioren. Ggf. Abstattung von Hausbesuchen bei PC- oder Internetproblemen. Bewerbung bereits vorhandener Angebote[27]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Seniorenclubs, Brucker Forum, VHS Fürstenfeldbruck, Repair Cafés, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit	kontinuierlich
(Weitere) Planung und Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Vorbeugung von Kriminalität an Seniorinnen und Senioren	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Polizei	kurzfristig und kontinuierlich
Sicherstellung der Niedrigschwelligkeit und flächendeckender Ausbau von präventiven Angeboten	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Seniorenclubs, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit, Kirchengemeinden, Engagierte Vereine	mittelfristig und kontinuierlich

131

27 Auch im Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Kontinuierliche Aktualisierung des Gesundheits- und Sozialwegweisers insbesondere in Bezug auf das Thema Demenz[28]	Regionalmanagement des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger entsprechender Angebote	kontinuierlich
Einbindung der Gesundheitsregion^{plus} im Vorfeld der geplanten verpflichtenden Inbetriebnahme ab 2027 zur Regelung bzgl. der Aufgabenverteilung	Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig

132

28 Auch in den Handlungsfeldern „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit" und „Angebote für besondere Zielgruppen"

3.5 Gesellschaftliche Teilhabe

Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, nehmen ältere Menschen im Landkreis Fürstenfeldbruck einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ein. Gleichzeitig erreichen diejenigen, die in den Ruhestand oder Rentenalter eintreten, eine bessere Gesundheit und Vitalität als je zuvor. Die gestiegene Lebenserwartung und die verbesserte Gesundheit im Alter stellen ein wertvolles Potenzial in Bezug auf Arbeitskraft, Qualifikation und Erfahrung dar.

Das Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe" beschäftigt sich mit Angeboten und Einrichtungen, die darauf abzielen, die bestehenden sozialen Kontakte von Seniorinnen und Senioren zu stärken, neue Kontakte zu knüpfen und vor allem einer Einsamkeit im Alter vorzubeugen (vgl. auch Handlungsfeld „Präventive Angebote").

Dabei geht es einerseits um die Schaffung von möglichst niedrigschwelligen, barrierefreien und kostengünstigen Treffpunkten und Austauschmöglichkeiten. Andererseits sollte auch die Aufrechterhaltung – und, sofern vor Ort ein zusätzlicher Bedarf besteht, der Ausbau – von Mittagstischangeboten (vgl. Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung") in den Blick genommen werden.

Andererseits braucht es Besuchsdienste, die gezielt Menschen aufsuchen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen und vorhandenen Barrieren nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Stärkung des Ehrenamts und seiner vielfältigen Potenziale (siehe hierzu auch das Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement"). Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang der Ausbau der aufsuchenden Seniorenarbeit.

Aktuell finden schon einige kulturelle Veranstaltungen und Freizeitangebote in stationären Pflegeheimen statt, um auch die Teilhabe von dort lebenden Menschen zu gewährleisten. Diese Angebote gilt es aufrecht zu erhalten und nach Bedarf (auch flächendeckend) weiter auszubauen.

Ein besonderes Themenfeld stellt die digitale Teilhabe dar. Wie bereits im Bereich „Präventive Angebote" aufgezeigt, ist es entscheidend, Ansprechpersonen sowie niedrigschwellige Unterstützungsangebote bereitzustellen, um Seniorinnen und Senioren den Zugang zu digitalen Medien zu erleichtern und Berührungsängste abzubauen.

Im Landkreis gibt es bereits zahlreiche ehrenamtliche Initiativen und Organisationen, die vielfältige Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren auf lokaler Ebene bereitstellen. Eine Bestandsaufnahme dieser Angebote kann dabei helfen, lokale Bedarfe gezielt zu identifizieren. Zudem ließe sich durch eine stärkere Vernetzung bestehender Strukturen die Zusammenarbeit verbessern – mit dem Ziel, Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

In nachfolgender Tabelle sind die Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe" aufgelistet.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Stärkung und Förderung von Maßnahmen im Bereich der aufsuchenden Seniorenarbeit auf lokaler Ebene	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Wohlfahrtsverbände, Engagierte Vereine, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig und kontinuierlich
Gewährleistung der Möglichkeit zur Teilhabe von Seniorinnen und Senioren an Freizeitangeboten, z. B. durch regelmäßige Veranstaltungen von Seniorentreffs in Räumlichkeiten von stationären Einrichtungen. Weiterführung bereits laufender Angebote	Stationäre Einrichtungen, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Veranstalterinnen und Veranstalter von Seniorentreffs, Bürgerstiftung, Engagierte Vereine	kurzfristig und kontinuierlich
Prüfung des Bedarfs und der Möglichkeiten zur Schaffung von Räumen zur Begegnung im westlichen Landkreis. Hierbei ist auch auf die Verfügbarkeit von konsumzwangfreien Räumlichkeiten zu achten.[29]	Gemeinden der ländlichen Versorgungsregion, Trägerinnen und Träger von Angeboten im westlichen Landkreis (beratend)	mittelfristig

134

29 Auch im Handlungsfeld „Altersarmut"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Weiterführung und Ausbau von Angeboten für Seniorinnen und Senioren zur Vorbeugung von Einsamkeit (z. B. Seniorennachmittage, Besuchsdienste)[30]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Mehrgenerationenhäuser, Wohlfahrtsverbände, Seniorenclubs, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit, Kirchengemeinden, Cafés	mittelfristig und kontinuierlich
Verbesserung der Bedingungen zur Gründung von Angeboten des *begleiteten Fahrens* im Landkreis Fürstenfeldbruck[31]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden	kurzfristig
(Weitere) Schaffung und Aufrechterhaltung von niedrigschwelligen, wohnortnahen Angeboten zur Heranführung und zum Ausbau von Technikkenntnissen für Seniorinnen und Senioren. Ggf. Abstattung von Hausbesuchen bei PC- oder Internetproblemen. Bewerbung bereits vorhandener Angebote[32]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/- beauftragte, Seniorenclubs, Repair Cafés, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit	kontinuierlich

135

30 Auch im Handlungsfeld „Präventive Angebote"

31 Auch im Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung"

32 Auch im Handlungsfeld „Präventive Angebote"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sicherstellung der Niedrigschwelligkeit und flächendeckender Ausbau Angeboten der gesellschaftlichen Teilhabe	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Seniorenclubs, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der lokalen Seniorenarbeit, Kirchengemeinden, engagierte Vereine	mittelfristig und kontinuierlich
Prüfung der Notwendigkeit einer Bestandsermittlung von ehrenamtlichen Angeboten (v. a. Nachbarschaftshilfen) und ggf. (weiterer) Ausbau[33]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit, engagierte Ehrenamtliche	kurzfristig

136

33 Auch in den Handlungsfeldern „Bürgerschaftliches Engagement" und „Unterstützung pflegender Angehöriger"

3.6 Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren

In dem Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement" geht es um die Stärkung des Ehrenamtes sowie um die Bekanntmachung der vorhandenen Angebote im Landkreis Fürstenfeldbruck.

Die zentrale Bedeutung ehrenamtlich engagierter Personen für entsprechende Angebote ist offensichtlich. Um dieses Engagement zu fördern, sind eine gezielte Werbung für das Ehrenamt, eine Sensibilisierung für dessen gesellschaftlichen Wert sowie die Weiterentwicklung und gegebenenfalls Ausweitung bestehender Anerkennungsformen von großer Bedeutung. Dazu zählen z. B. Aufwandsentschädigungen oder eine Ehrenamtskarte, die Vergünstigungen im Landkreis ermöglicht.

Die kontinuierliche Bewerbung bestehender, oftmals ehrenamtlich gestützter Angebote im Landkreis Fürstenfeldbruck ist von zentraler Bedeutung. Sie informiert nicht nur ältere Bürgerinnen und Bürger über Aktivitäten, Treffen und Unterstützungsleistungen, sondern kann zugleich neue Ehrenamtliche gewinnen. In den kommenden Jahren wird eine große Zahl von Menschen das Renteneintrittsalter erreichen – ein enormes Potenzial für das Ehrenamt. Besonders jüngere Seniorinnen und Senioren bieten unter dem Motto „Bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren" wertvolle Ressourcen. Wie in Kapitel 2 dargestellt, wächst der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung im Landkreis stetig. Gleichzeitig sind viele von ihnen beim Eintritt ins Rentenalter gesünder, vitaler und leistungsfähiger denn je. Diese demografische Entwicklung birgt großes Potenzial – sowohl hinsichtlich Arbeitskraft und Qualifikation als auch im Hinblick auf Lebenserfahrung und gesellschaftliches Engagement.

Insbesondere sollte hier die Ehrenamtsbörse des Landkreises Fürstenfeldbruck weiter beworben werden. Initiativen und Vereine können bespielweise über Ehrenamtsmessen weitere Bekanntheit erlangen.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass bestehende Strukturen offen für alle Interessierten bleiben – insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene, einschließlich Minderjähriger. In einigen Gemeinden des Landkreises bestehen bereits erfolgreiche Kooperationen zwischen Schulen und ehrenamtlichen Initiativen oder Projekten.
Solche Partnerschaften fördern einerseits das Bewusstsein junger Menschen für die Bedürfnisse älterer Generationen und die Bedeutung des Ehrenamts. Andererseits können sie erste Impulse für ein eigenes ehrenamtliches Engagement geben – und im Einzelfall sogar den Weg in eine spätere hauptamtliche Tätigkeit in der Seniorenarbeit ebnen.

Eine weitere wichtige Zielgruppe sind Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte. Durch aufsuchende Arbeit kann ihnen das Konzept des Ehrenamtes – das in dieser Form in vielen Kulturen nicht bekannt oder verbreitet ist – nähergebracht werden. Aufklärende und begleitende Maßnahmen können dazu beitragen, Interesse zu wecken und Menschen mit Migrationshintergrund für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Stärkung der Öffnung von Ehrenamtsstrukturen für jüngere Menschen (auch Minderjährige) zur Sensibilisierung und Akquise neuer Engagierter	Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Jugendzentren, Kommunale Jugendarbeit, Trägerinnen und Träger ehrenamtlicher Angebote	mittelfristig und kontinuierlich
Weiterführung und Ausweitung der Kooperation von Akteurinnen und Akteuren der Seniorenarbeit z. B. mit Schulen. Ziel: Sensibilisierung junger Menschen für die Bedarfe Älterer und die Bedeutung des Ehrenamtes	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Jugendzentren, Kommunale Jugendarbeit, Germeringer Insel, Pflegestützpunkt	kontinuierlich
Nutzen von Potenzialen im technischen Bereich v. a. jüngerer Generationen durch Etablierung offene Angebote zur Vermittlung von (Technik-) Kenntnissen an ältere Personen	Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Jugendzentren, Kommunale Jugendarbeit	mittelfristig und kontinuierlich
Bewerbung ehrenamtlicher Initiativen z. B. durch Durchführung von Ehrenamtsmessen	Städte und Gemeinden, Ehrenamtliche Initiativen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen	mittelfristig
Schaffung von (mehr) Bewusstsein in den Vereinen für die Ehrenamtskarte. Werbung bei Firmen/Institutionen, um das Angebot zu erweitern	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Vereine	kurzfristig und kontinuierlich

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Fortführung und Etablierung von (weiteren) Formen der Anerkennung für ehrenamtlich Tätige (Ehrenamtsempfänge, Aufwandsentschädigungen, Vergünstigungen im ÖPNV oder ähnliches)	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden	kurzfristig und kontinuierlich
Bekanntmachung der Ehrenamtsbörse des Landkreises, um Hilfesuchende und Ehrenamtliche zielgerichtet zu vermitteln	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Nachbarschaftshilfen, Vereine	kontinuierlich
Aufklärung über Ehrenamtsstrukturen bei Menschen mit Migrationshintergrund zur Sensibilisierung und Akquise neuer Engagierter (aufsuchende Arbeit)[34]	Trägerinnen und Träger ehrenamtlicher Angebote, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, Multikulturelle Vereine Integrationsbeauftragter des Landkreises, Integrationslotsin, Kulturdolmetscherinnen und Kulturdolmetscher	mittelfristig und kontinuierlich
Prüfung der Notwendigkeit einer Bestandsermittlung von ehrenamtlichen Angeboten (v. a. Nachbarschaftshilfen) und ggf. (weiterer) Ausbau[35]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit, engagierte Ehrenamtliche	kurzfristig

139

34 Auch im Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen"

35 Auch in den Handlungsfeldern „Gesellschaftliche Teilhabe" und „Unterstützung pflegender Angehöriger"

3.7 Betreuung und Pflege

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird durch den (weiteren) Anstieg der Zahl der Hochaltrigen weiter zunehmen. Der Grund hierfür liegt darin, dass diese Personengruppe deutlich häufiger pflegebedürftig ist als die jüngeren Seniorinnen und Senioren. Mit der Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung für den Landkreis Fürstenfeldbruck wurde auf das Handlungsfeld „Betreuung und Pflege " ein besonderer Fokus gelegt. Detaillierte Ergebnisse aus den Bestandserhebungen bei den Pflegediensten, den Tagespflegeeinrichtungen und den stationären Pflegeeinrichtungen des Landkreises Fürstenfeldbruck sowie die Ergebnisse der Pflegebedarfsprognose sind dem Berichtsteil der Pflegebedarfsplanung zu entnehmen.

Dabei gibt es im Bereich Betreuung und Pflege einige thematische Überschneidungen mit anderen Handlungsfeldern wie z. B. „Unterstützung pflegender Angehöriger", „Personal" oder „Angebote für besondere Zielgruppen".

Nachfolgende Tabelle beinhaltet demnach in erster Linie Maßnahmen- und Handlungsempfehlungen, die eng auf das Thema „Betreuung und Pflege " zugeschnitten sind. Dabei geht es in erster Linie generell um die Erhaltung, die Förderung und den Ausbau der ambulanten und teilstationären Versorgung im Landkreis Fürstenfeldbruck.
Zudem ergaben sich aus den Bestandserhebungen offene Bedarfe bezüglich einer 24-Pflege durch ambulante Dienste, Angeboten an Intensivpflege sowie im stationären Bereich der Bedarf an Plätzen für spezialisierte Pflege.

Ein daran anschließendes Thema ist das Überleitungsmanagement von der/einer Klinik in die/eine Pflegeeinrichtung bzw. in die häusliche Pflege. Dieses gilt es für den Landkreis Fürstenfeldbruck noch zu verbessern.

In (teil-)stationären Einrichtungen sollte verstärkt darauf geachtet werden, digitale und technische Hilfsmittel dort einzusetzen, wo es sinnvoll und möglich ist. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Teilhabe ist die flächendeckende Verfügbarkeit von WLAN – dieses Angebot sollte allen Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Bedarf besteht bei Unterstützungsangeboten im Bereich von Postangelegenheiten – etwa durch sogenannte „Postpatinnen" und „Postpaten" – sowie bei Hilfen zum Ausfüllen von Anträgen und Formularen.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Aufrechterhaltung der Investitionskostenförderung für ambulante Pflegedienste	Amt für Soziales - Förderwesen Soziales des Landkreises Fürstenfeldbruck	kontinuierlich
Bedarfsgerechter Ausbau ambulanter Pflegedienstleistungen anhand der Pflegebedarfsplanung	Landkreis Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Wohlfahrtsverbände, Weitere Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote	mittelfristig
Prüfung der Möglichkeit zum Angebotsausbau von 24-Stunden-Pflege durch ambulante Pflegedienste	Trägerinnen und Träger ambulanter Pflegedienste, Wohlfahrtsverbände, Pflegestützpunkt	kurzfristig
Bekanntmachung vorhandener Angebote zur stundenweisen Betreuung (Angebot ambulanter Pflegedienste)[36]	Anbieterinnen und Anbieter stundenweiser Betreuung, Pflegestützpunkt	kontinuierlich
Prüfung des Bedarfs an Angeboten der ambulanten Intensivpflege bzw. der spezialisierten Pflege	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Trägerinnen und Träger der ambulanten Pflegedienste im Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig
Prüfung des Bedarfs an Plätzen für spezialisierte Pflege (z. B. Wachkoma, Beatmung) in stationären Einrichtungen	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises FQA (beratend) Fürstenfeldbruck, Trägerinnen und Träger der stationären Pflegeheime im Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig

141

36 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sicherstellen eines Angebotes an WLAN bzw. einer schnellen Internetverbindung in allen stationären Pflegeheimen auch für Bewohnerinnen und Bewohner	Trägerinnen und Träger der stationären Pflegeheime im Landkreis Fürstenfeldbruck	kontinuierlich
Kontinuierlicher, bedarfsgerechter Ausbau von (auch kurzfristigen) Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige durch Angebote der Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege[37]	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Stationäre Einrichtungen, Tagespflegeeinrichtungen	kontinuierlich
Überprüfung der Möglichkeit zur Schaffung eines Angebotes an Nachtpflege, Berücksichtigung einer möglichen Kombination von Tages- und Nachtpflegeangeboten, insbesondere bei zukünftig entstehenden Tagespflegeangeboten (Neubauten)[38]	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Wohlfahrtsverbände, Weitere Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurz- bis mittelfristig
Prüfung und Aufrechterhaltung von Förderungen für die (weitere) Digitalisierung / Ausstattung mit digitalen Hilfsmitteln bei ambulanten Diensten und (teil-)stationären Angeboten	Landkreis Fürstenfeldbruck, Wohlfahrtsverbände, Pflegestützpunkt (beratend)	kontinuierlich
Verbesserung des Überleitungsmanagements zwischen Klinik und Pflege, insb. in die Pflege zuhause	Klinikum Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote	kontinuierlich

142

37 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

38 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Bereitstellung von Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen (digital und in Papierform) im Kontext Betreuung und Pflege[39]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige, Nachbarschaftshilfen, Kranken- und Pflegekassen, Ehrenamtlich Engagierte	kurzfristig und kontinuierlich
Prüfung der Schaffung eines Angebots an Postpatinnen und Postpaten[40]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftung, Brucker Forum, Germeringer Insel, Nachbarschaftshilfen, Ehrenamtliche Initiativen und Aktive der Seniorenarbeit	kurzfristig

143

39 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

40 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

3.8 Unterstützung pflegender Angehöriger

Im Falle einer Pflegebedürftigkeit erbringen die Angehörigen oft einen großen Teil oder sogar sämtliche der benötigten hauswirtschaftlichen und pflegerischen Unterstützungsleistungen. Im Landkreis Fürstenfeldbruck bezogen im Dezember 2023 57 % der Pflegeleistungsempfängerinnen und Pflegeleistungsempfänger Pflegegeld und organisierten so ihre Unterstützung privat. Auch bei Personen, die Leistungen eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch nehmen (2023: 20 %), sind die Angehörigen zumeist unterstützend tätig (z. B. beim Vorliegen des Erhalts von Kombileistungen, die in der Erhebung den ambulanten Pflegediensten zugeordnet werden).

Um die Versorgung der pflegebedürftigen Angehörigen bestmöglich zu organisieren, benötigen pflegende Angehörige zum einen fachkundige Ansprechpersonen sowie verständliches und praxisnahes Informationsmaterial. Bestehende Beratungsstellen und vorhandene Informationsangebote müssen deshalb stärker bekannt gemacht werden, um pflegenden Angehörigen einen niedrigschwelligen und schnellen Zugang zu relevanten Informationen zu ermöglichen.

Darüber hinaus können Pflegekurse, Angehörigentreffs oder Selbsthilfegruppen für viele pflegende Angehörige eine wertvolle Unterstützung sein, um die alltäglichen Herausforderungen besser zu bewältigen. Solche Angebote sollten nachhaltig gefördert und – abhängig vom konkreten Bedarf – weiter ausgebaut werden.

Neben Beratungsstellen und Informationsangeboten benötigen pflegende Angehörige vor allem auch spezifische Entlastungsangebote. Dazu zählen Unterstützungsleistungen im Alltag, Hilfe bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen sowie eine bedarfsgerechte Versorgung durch teilstationäre Angebote wie Kurzzeitpflege, Tagespflege, ggf. auch Nachtpflege oder stundenweise Betreuungsangebote.
Maßnahmenempfehlungen zum Ausbau dieser Unterstützungsangebote sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weitere) Bekanntmachung der Fachstellen für pflegende Angehörige in Fürstenfeldbruck und Germering[41]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige	kurzfristig und kontinuierlich
Aufrechterhaltung sowie Bekanntmachung der Arbeit des Gesprächskreises für pflegende Angehörige demenziell Erkrankter. Prüfung der Adaption für weitere Regionen im Landkreis[42]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Fachstellen für pflegende Angehörige, Pflegestützpunkt, Städte und Gemeinden	mittelfristig und kontinuierlich
Kontinuierlicher, bedarfsgerechter Ausbau von (auch kurzfristigen) Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige durch Angebote der Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege[43]	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Stationäre Einrichtungen, Tagespflegeeinrichtungen	kontinuierlich
Überprüfung der Möglichkeit zur Schaffung eines Angebotes an Nachtpflege, Berücksichtigung einer möglichen Kombination von Tages- und Nachtpflegeangeboten, insbesondere bei zukünftig entstehenden Tagespflegeangeboten (Neubauten)[44]	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Wohlfahrtsverbände, Weitere Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurz- bis mittelfristig

145

41 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

42 Auch im Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen"

43 Auch im Handlungsfeld „Betreuung und Pflege"

44 Auch im Handlungsfeld „Betreuung und Pflege"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Ausbau hauswirtschaftlicher Unterstützungsangebote[45]	ambulante Pflegedienste, Weitere Anbieterinnen und Anbieter hauswirtschaftlicher Dienstleistungen, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig und kontinuierlich
Erweiterung/Aufbau von Angeboten zur Unterstützung im Alltag § 45a SGB XI (v. a. niedrigschwellige Angebote wie Betreuung, Begleitdienste und begleitetes Fahren), auch für Personen ohne Pflegegrad bzw. mit Pflegegrad 1	Wohlfahrtsverbände, Weitere Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Ehrenamtlich Engagierte, Landkreis Fürstenfeldbruck, Seniorenclubs	kurzfristig und kontinuierlich
Bekanntmachung vorhandener Angebote zur stundenweisen Betreuung (Angebot ambulanter Pflegedienste)[46]	Anbieterinnen und Anbieter stundenweiser Betreuung, Pflegestützpunkt	kontinuierlich
Bedarfsgerechter Ausbau stundenweiser Betreuungsangebote[47]	Anbieterinnen und Anbieter stundenweiser Betreuung, Pflegestützpunkt	mittelfristig
Prüfung des Bedarfs zum Aufbau weiterer Hauskrankenpflegekursangebote	Trägerinnen und Träger ambulanter Pflegedienste, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige	kurzfristig

146

45 Auch im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause"

46 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

47 Auch im Handlungsfeld „Betreuung und Pflege"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Bereitstellung von Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen (digital und in Papierform) im Kontext Betreuung und Pflege[48]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige, Nachbarschaftshilfen, Kranken- und Pflegekassen, Ehrenamtlich Engagierte	kurzfristig und kontinuierlich
Prüfung der Schaffung eines Angebots an Postpatinnen und Postpaten[49]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftung, Brucker Forum, Germeringer Insel, Nachbarschaftshilfen, Ehrenamtliche Initiativen und Aktive der Seniorenarbeit	kurzfristig
Prüfung der Notwendigkeit einer Bestandsermittlung von ehrenamtlichen Angeboten (v. a. Nachbarschaftshilfen) und ggf. (weiterer) Ausbau[50]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit, Engagierte Ehrenamtliche	kurzfristig

147

48 Auch im Handlungsfeld „Betreuung und Pflege"

49 Auch im Handlungsfeld „Betreuung und Pflege"

50 Auch in den Handlungsfeldern „Bürgerschaftliches Engagement" und „Gesellschaftliche Teilhabe"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
· Bedarfsprüfung zum Aufbau von Quartierskonzepten Bedarfsprüfung und ggf. Erstellung und Etablierung von (weiteren) Quartierskonzepten/-managements in den Landkreiskommunen, Inanspruchnahme der Förderung des StMAS[51]	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Ambulante Pflegedienste, Stationäre Einrichtungen, Tagespflegeeinrichtungen Pflegestützpunkt, Kommunale Seniorenbeiräte/-beauftragte, Nachbarschaftshilfen, Seniorenclubs	kurz- bis mittelfristig

148

51 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

3.9 Angebote für besondere Zielgruppen

Das Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen" richtet die Aufmerksamkeit auf Personen, die über die Bedürfnisse älterer Menschen hinaus zusätzliche Unterstützung benötigen. Dazu zählen zum Beispiel jüngere Pflegebedürftige, Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen, ältere Menschen aus anderen Kulturen sowie ältere Menschen mit Behinderungen, die nicht altersbedingt sind.

Gerontopsychiatrische Erkrankungen

Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko, an Demenz zu erkranken. Daher ist es wichtig, bestehende Angebote für Menschen mit demenziellen Erkrankungen aufrechtzuerhalten, auszubauen und den Schwerpunkt verstärkt auf gerontopsychiatrische Krankheitsbilder zu legen. Dies betrifft sowohl Angebote im stationären Bereich als auch die Öffnung von Kurzzeitpflegeplätzen für Menschen mit Demenz. Zudem bietet der Auf- und Ausbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften für Menschen mit demenziellen Erkrankungen die Möglichkeit, ein bedarfsgerechtes und für viele Betroffene sinnvolles Wohn- und Betreuungsangebot zu schaffen. Zur Entlastung der Angehörigen sollten vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote weiter bekannt gemacht werden. Als positives Beispiel ist hier insbesondere der Gesprächskreis für pflegende Angehörige demenziell Erkrankter in Germering zu nennen. Dieses Angebot gilt es aufrecht zu erhalten; ggf. kann es auch als Vorbild für weitere, noch zu gründende Angebote in weiteren Regionen des Landkreises dienen.

149

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weiterer) Aufbau von ambulant betreuten Wohngemeinschaften für demenzkranke Menschen	Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck (beratend)	mittelfristig
Bedarfsgerechter Ausbau beschützender und/oder halboffener Bereiche für Menschen mit Demenz in stationären Einrichtungen	Stationäre Einrichtungen, Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck (beratend)	mittelfristig

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Ausbau von Kurzzeitpflegeangeboten für Menschen mit Demenz	Stationäre Einrichtungen, Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck (beratend)	kurzfristig und kontinuierlich
Aus- und Fortbildung von Fachkräften im (teil-)stationären Bereich (Gerontopsychiatrische Zusatzausbildung)[52]	Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung, Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung, Wohlfahrtsverbände	kontinuierlich
Bekanntmachung vorhandener Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz und deren (pflegende) Angehörige auch unter Pflegeeinrichtungen	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Wohlfahrtsverbände, Pflegestützpunkt, Alzheimer Gesellschaft München e.V., Kompetenzzentrum Demenz der Caritas Fürstenfeldbruck, Fachstellen für pflegende Angehörige, Weitere Fachberatungsstellen	kontinuierlich

150

52 Auch im Handlungsfeld „Personal"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Aufrechterhaltung sowie Bekanntmachung der Arbeit des Gesprächskreises für pflegende Angehörige demenziell Erkrankter. Prüfung der Adaption für weitere Regionen im Landkreis[53]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Fachstellen für pflegende Angehörige, Pflegestützpunkt, Städte und Gemeinden	mittelfristig und kontinuierlich
Kontinuierliche Aktualisierung des Gesundheits- und Sozialwegweisers insbesondere in Bezug auf das Thema Demenz[54]	Regionalmanagement des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger entsprechender Angebote	kontinuierlich

151

Seniorinnen und Senioren mit nicht altersbedingter Behinderung

Bedürfnisse von Menschen mit chronischer Erkrankung oder Behinderung sind in allen Lebensbereichen zu berücksichtigen (z. B. „Zwei-Sinne-Prinzip" im öffentlichen Raum).

Menschen mit Behinderung müssen in allen Lebensbereichen von Anfang an mitgedacht werden. Neben barrierefreien baulichen Maßnahmen und leicht zugänglichen Angeboten für alle ist insbesondere eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Bedürfnisse älterer Menschen – mit und ohne Behinderung – unerlässlich. Dies gilt besonders für die kommunalpolitischen Gremien sowie für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf lokaler Ebene.

53 Auch im Handlungsfeld „Unterstützung pflegender Angehöriger"

54 Auch in den Handlungsfeldern „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit" und „Präventive Angebote"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sensibilisierung für seniorenpolitische Themen und Themen, welche die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betreffen, in der Kommunalpolitik, z. B. durch Berichte vom Teilhabebeirat bzw. kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Bürgermeisterdienstbesprechungen oder anderen kommunalen Gremien[55]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Teilhabebeirat bzw. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Pflegestützpunkt, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig und kontinuierlich
Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit (nicht altersbedingter) Behinderung bei Planungen, Um- und Ausbaumaßnahmen bestehender Einrichtungen/Angebote	Landkreis Fürstenfeldbruck, Wohlfahrtsverbände, Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung	kontinuierlich

55 Auch in den Handlungsfeldern „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit" und „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen"

Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund

Pflegebedürftige ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind in den professionellen Pflegeeinrichtungen des Landkreises derzeit nur in geringer Zahl vertreten. Dies bestätigt die Bestandsaufnahme im Bereich „Pflege" (vgl. Bericht zur Pflegebedarfsplanung, Kapitel 1.3). Es ist davon auszugehen, dass die Versorgung dieser Zielgruppe bislang überwiegend im familiären Umfeld erfolgt. Infolge des demografischen Wandels ist jedoch davon auszugehen, dass auch die Zahl pflegebedürftiger Menschen mit Migrationsgeschichte künftig deutlich zunehmen wird. Damit wird der Bedarf an kultursensibler Pflege in den Einrichtungen des Landkreises weiter steigen. Dabei ist zu beachten, dass diese Zielgruppe sehr heterogen ist – sowohl in Bezug auf ethnische und nationale Herkunft als auch hinsichtlich kultureller und religiöser Prägungen. Eine differenzierte, respektvolle und kultursensible Herangehensweise wird daher in der zukünftigen Pflegearbeit unverzichtbar sein.

Wie bereits im Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement" beschrieben, kann durch aufsuchende und aufklärende Arbeit insbesondere bei älteren Menschen mit Migrationshintergrund auch Interesse an ehrenamtlichem Engagement geweckt werden. Dies stärkt nicht nur das Ehrenamt, sondern fördert gleichzeitig gesellschaftliche Integration und kann einer Einsamkeit im Alter vorbeugen.

Die Zielgruppe älterer Menschen mit Migrationshintergrund gerät häufig in den Hintergrund. Um ihre Integration sowie ihre spezifischen Bedürfnisse stärker in den Fokus zu rücken, sollte auf seniorenpolitischer Ebene darüber nachgedacht werden, gezielte Vernetzungsstrukturen aufzubauen.

153

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Berücksichtigung kultureller Vielfalt und Gewohnheiten älterer Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln in Einrichtungen der (teil-)stationären und ambulanten Pflege (Stichwort: kultursensible Pflege)	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Stationäre Einrichtungen, Ambulante Pflegedienste, Eigenständige Tagespflegeeinrichtungen	mittelfristig

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Prüfung des Bedarfs einer Vernetzungsstruktur (z. B. Arbeitskreis, Runder Tisch) mit dem Fokus auf ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel: Austausch und Sensibilisierung vorhandener Akteurinnen und Akteure[56]	Integrationsbeauftragter des Landkreises, Integrationslotsin des Landkreises, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger von Pflegeeinrichtungen und -diensten, Fachstellen für pflegende Angehörige, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, Multikulturelle Vereine, Städte und Gemeinden, Seniorenclubs, Weitere zentrale Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	mittelfristig
Aufklärung über Ehrenamtsstrukturen bei Menschen mit Migrationshintergrund zur Sensibilisierung und Akquise neuer Engagierter (aufsuchende Arbeit)[57]	Trägerinnen und Träger ehrenamtlicher Angebote, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, Multikulturelle Vereine, Integrationsbeauftragter des Landkreises, Integrationslotsin, Kulturdolmetscherinnen und Kulturdolmetscher	mittelfristig und kontinuierlich

154

56 Auch im Handlungsfeld „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen"

57 Auch im Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement"

Jüngere Pflegebedürftige

Auch für jüngere pflegebedürftige Menschen muss eine gute und hinsichtlich des Umfelds adäquate Versorgung sichergestellt werden. Dabei sollte auf ausreichend passende Angebote geachtet und eine Zusammenarbeit mit bestehenden Versorgungsstrukturen – auch überregional – gefördert werden. Dies betrifft sowohl die Bereiche der vollstationären Versorgung als auch die Angebote teilstationärer Einrichtungen (Tagespflegeeinrichtungen).

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Entwicklung einer (ggf. überregionalen) Lösung zur vollstationären Versorgung für jüngere pflegebedürftige Menschen	Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises (beratend), Trägerinnen und Träger stationärer Einrichtungen, Bezirk Oberbayern, Wohlfahrtsverbände als Trägerinnen, Landkreis Fürstenfeldbruck, ggf. weitere Städte/Landkreise	mittelfristig
Entwicklung von (ggf. überregionalen) Tagespflegeangeboten für jüngere pflegebedürftige Menschen	Trägerinnen und Träger von Tagespflegeeinrichtungen, Bezirk Oberbayern, Wohlfahrtsverbände als Trägerinnen, Landkreis Fürstenfeldbruck, ggf. weitere Städte/Landkreise	mittelfristig

155

3.10 Kooperations- und Vernetzungsstrukturen

Das Handlungsfeld „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen" basiert auf drei inhaltlichen Ebenen. Zunächst erfordert die Entwicklung von Vernetzungsstrukturen eine Koordination, die eine Abstimmung zwischen den Beteiligten ermöglicht. Innerhalb dieses Prozesses finden der Austausch und die Verständigung auf einen gemeinsamen Handlungshorizont statt. Führt diese Abstimmung zu einer gemeinsamen Aktion, spricht man von Kooperation. Schließlich bezeichnet Vernetzung die dauerhafte Etablierung dieser Kooperationen.

Im Landkreis gibt es eine Vielzahl an Angeboten, die im Bereich der Seniorenarbeit zu verorten sind (vgl. hierzu auch Berichtsteil Pflegebedarfsplanung, Kapitel 1.7). Diese Vielfalt ist grundsätzlich positiv, macht es jedoch mitunter schwierig, den Überblick zu behalten. Ein zentrales Ziel sollte daher die Bündelung und übersichtliche Darstellung bestehender (Fach-)Austauschangebote und Netzwerke sein. Diese Informationen sollten gezielt an haupt- und ehrenamtlich Tätige weitergegeben werden. Langfristig könnten sich daraus verlässliche Vernetzungsstrukturen auf Landkreisebene entwickeln – mit dem Ziel, den Austausch über bestehende Angebote und noch offene Bedarfe zu fördern. So lassen sich Doppelstrukturen vermeiden und Synergieeffekte besser nutzen.

Solche Vernetzungsprozesse können auch auf Ebene der Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften im kleineren Rahmen stattfinden. Dabei können bestehende Vereine und Initiativen miteinander in Kontakt treten und gegebenenfalls Ressourcen bündeln. Ein weiterer Vorteil lokaler Vernetzungsstrukturen ist der Austausch von (Fach-)Wissen, der zur Stärkung der regionalen Angebote beitragen kann.

Eine weitere sinnvolle Maßnahme kann die Durchführung einer Pflegekonferenz sein. Zu dieser werden alle relevanten Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der Pflegeanbieterinnen und Pflegeanbieter, der Seniorenarbeit sowie der Kommunalpolitik eingeladen. Eine solche Pflegekonferenz kann nicht nur dem fachlichen Austausch dienen, sondern auch als Ausgangspunkt für den Aufbau langfristiger Vernetzungsstrukturen im Landkreis fungieren (s.o.).

Auch im Bereich der Kommunalpolitik sollte kontinuierlich für die Bedarfe älterer Menschen sowie für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden (vgl. Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen"). Dazu zählt insbesondere auch die gezielte Bekanntmachung der Arbeit der zahlreichen Institutionen, Vereine, Initiativen und Organisationen im Landkreis, die sich in diesen Bereichen engagieren.

Zudem ist ein interkommunaler Austausch zwischen den Landkreisgemeinden in Bezug auf das Thema „Älter werden in der Gemeinde" kontinuierlich weiter voranzutreiben.

Wie bereits im Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen" eruiert, sollte der Bedarf einer Vernetzungsstruktur zum Thema „Ältere Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte" auf Landkreisebene geprüft werden.

Alle beschriebenen Ideen zur Verbesserung der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen in der Seniorenarbeit im Landkreis Fürstenfeldbruck sind in nachfolgender Tabelle zu finden.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Bekanntmachung der Arbeit und des Engagements von Akteurinnen und Akteuren, die in der Seniorenarbeit aktiv sind, bei den Städten und Gemeinden sowie deren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (z. B. über Bürgermeisterdienstbesprechung), Angebote der Seniorenarbeit wie z. B. Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände, Seniorenclubs, Bürgerstiftung, Weitere Akteurinnen und Akteure	mittelfristig und kontinuierlich
Stärkung des interkommunalen Austauschs zu seniorenpolitisch relevanten Themen	Städte und Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunale Seniorenbeiräte/ -beauftragte	mittelfristig und kontinuierlich

157

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sensibilisierung für seniorenpolitische Themen und Themen, welche die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betreffen, in der Kommunalpolitik, z. B. durch Berichte vom Teilhabebeirat bzw. kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Bürgermeisterdienstbesprechungen oder anderen kommunalen Gremien[58]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Teilhabebeirat bzw. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Kommunale Seniorenbeiräte/-beauftragte, Pflegestützpunkt, Germeringer Insel, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig und kontinuierlich
Initiierung von Austauschtreffen von Vereinen/Initiativen auf Gemeindeebene / Ebene der Verwaltungsgemeinschaften. Ziel sind Vermeidungen von Doppelstrukturen (z. B. bei Freizeitveranstaltungen) sowie die Bündelung von Wissen und Ressourcen	Verwaltungsgemeinschaften, Städte und Gemeinden, Vereine und Initiativen	mittelfristig und kontinuierlich

158

58 Auch in den Handlungsfeldern „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit“ und „Angebote für besondere Zielgruppen“

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Entwicklung einer zentralen Vernetzungsstruktur im Bereich der Seniorenarbeit zum Austausch bzgl. vorhandener Angebote und offener Bedarfe im Landkreis Fürstenfeldbruck. Ziel: Nutzung von Synergieeffekten und Vermeidung von Doppelstrukturen[59]	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Pflegestützpunkt, Fachstellen für pflegende Angehörige, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftung, Germeringer Insel, Brucker Forum, Kommunale Seniorenbeiräte/-beauftragte, Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Fürstenfeldbruck, Integrationsbeauftragter des Landkreises Fürstenfeldbruck, Kirchengemeinden, Seniorenclubs, Weitere Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	kurzfristig

159

59 Auch im Handlungsfeld „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit"

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Schaffung einer verbindlichen Plattform des Austausches von Pflegethemen im Rahmen der Prüfung einer Pflegekonferenz nach §8a SGB XI oder Pflegenetzwerk nach §45c SGB XI	Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, Koordinationsstelle Pflege und Wohnen in Bayern, (Teil-)stationäre Einrichtungen, Ambulante Pflegedienste, Fachstellen für pflegende Angehörige, Klinikum, Kranken- und Pflegekassen, Wohlfahrtsverbände, weitere Anbieterinnen und Anbieter pflegerischer Versorgung	mittelfristig
Prüfung von möglichen Kooperationen von Beratungsangeboten und stationären Einrichtungen z. B. durch Infogespräche bei Abendveranstaltungen für pflegende Angehörige in stationären Einrichtungen.	Landkreis Fürstenfeldbruck, Pflegestützpunkt, stationäre Einrichtungen, Fachstellen für pflegende Angehörige, Weitere Beratungsangebote im Landkreis	mittelfristig und kontinuierlich
Bündelung und Erstellung einer Übersicht über vorhandene (Fach-)Austauschangebote bzw. Netzwerke sowie deren Verbreitung unter ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen	Trägerinnen und Träger pflegerischer Angebote, Beratungsstellen, Pflegestützpunkt, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises Fürstenfeldbruck	mittelfristig und kontinuierlich

160

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Prüfung des Bedarfs einer Vernetzungsstruktur (z. B. Arbeitskreis, Runder Tisch) mit dem Fokus auf ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel: Austausch und Sensibilisierung vorhandener Akteurinnen und Akteure[60]	Integrationsbeauftragter des Landkreises, Integrationslotsin des Landkreises, Koordination für Seniorenarbeit des Landkreises, Pflegestützpunkt, Trägerinnen und Träger von Pflegeeinrichtungen und -diensten, Fachstellen für pflegende Angehörige, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, Multikulturelle Vereine, Städte und Gemeinden, Seniorenclubs, Weitere zentrale Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit	mittelfristig

161

60 Auch im Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen"

3.11 Hospiz- und Palliativversorgung

Das Handlungsfeld „Hospiz- und Palliativversorgung" konzentriert sich auf den schwerstkranken oder sterbenden Menschen mit seinen individuellen Wünschen und Bedürfnissen sowie auf die Unterstützung seiner Angehörigen. Ein häufig geäußertes Bedürfnis ist es, bis zum Lebensende zu Hause oder im gewohnten Umfeld bleiben zu können. Dies zu ermöglichen, stellt eine der zentralen Aufgaben der ambulanten Palliativversorgung dar. Ambulante Hospizdienste spielen eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung, Entlastung und Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen sowie deren Familienangehörigen. Für diejenigen, die nicht zu Hause bleiben können, müssen angemessene Versorgungsalternativen bereitgestellt werden. Menschen mit unheilbaren Krankheiten benötigen eine palliative Versorgung, bei der nicht mehr die Heilung und Lebensverlängerung im Vordergrund stehen, sondern der bestmögliche Erhalt der Lebensqualität sowie Schmerzlinderung. Dies erfordert ein interdisziplinäres und sektorenübergreifendes Vorgehen, eine enge Kommunikation aller beteiligten Fachkräfte und Ehrenamtlichen sowie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Im Landkreis Fürstenfeldbruck ist die Versorgung durch das Hospiz in Germering, die Palliativstation im Klinikum Fürstenfeldbruck und das ambulante Palliativ Team des Netzwerks Hospiz- und Palliativ Versorgung Fürstenfeldbruck gesichert. Diese Angebote gilt es aufrecht zu erhalten. Je nach Entwicklung des Bedarfes sind Prüfungen einer gegebenenfalls notwenigen Erweiterung des Angebotes – vor allem im ambulanten Bereich – in Betracht zu ziehen.

Über die vorhandenen Angebote werden bereits Fachkräfte im Bereich „Palliative Care" weitergebildet. Auch diese Strukturen gilt es für den Landkreis Fürstenfeldbruck hinsichtlich einer Sicherstellung der Versorgung zu erhalten.

Ebenso wie im Bereich „Betreuung und Pflege" insgesamt ist auch im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung eine kontinuierliche Aufklärungs- und Informationsarbeit erforderlich. Häufig setzen sich Menschen erst dann mit diesen Themen auseinander, wenn sie selbst oder Angehörige unmittelbar betroffen sind. Umso wichtiger ist es, frühzeitig über bestehende Angebote, Abläufe und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Aufrechterhaltung der verschiedenen Angebote im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Hospiz Germering gGmbH, Klinikum Fürstenfeldbruck, Netzwerk Hospiz- und Palliativversorgung Fürstenfeldbruck, Weitere Anbieterinnen und Anbieter von Angeboten zur Hospiz- und Palliativversorgung	kontinuierlich
(Weiterer) bedarfsgerechter Ausbau an v. a. ambulanter Palliativversorgung	Trägerinnen und Träger der ambulanten Dienste, Landkreis Fürstenfeldbruck	langfristig
Förderung der aktiven Informationsarbeit über Palliativpflege und Hospizbetreuung im Hinblick auf die Betroffenen und ihre Angehörigen. Aufklärung und Enttabuisierung zu den Themen "Sterben" und "ärztlich assistierter Suizid"	Trägerinnen und Träger der Angebote, Fachberatungsstellen, Landkreis Fürstenfeldbruck	kurzfristig und kontinuierlich
Aus- und Fortbildung von Fachkräften im ambulanten und stationären Bereich (Palliative Care)[61]	Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung, Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung, Wohlfahrtsverbände	kontinuierlich

163

61 Auch im Handlungsfeld „Personal"

3.12 Personal

Der Fachkräftemangel sowie auch der Hilfskräftemangel im Pflegebereich ist bereits seit einiger Zeit zu einem ernstzunehmenden Problem geworden. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2012 fehlten bereits nach damaligem Sachstand in Bayern bis 2030 gut 62.000 Pflegekräfte. In der ambulanten Pflege wäre demnach mit einer Versorgungslücke von über 14.000 Kräften zu rechnen. In der stationären Altenpflege würden 48.000 Fachkräfte zu wenig vorhanden sein[62]. Der tatsächliche Bedarf könnte jedoch noch deutlich höher ausfallen. Nach der aktuellen Pflegekräftevorausberechnung des Statistischen Bundesamtes auf Basis von Zahlen aus dem Jahr 2019 (1.620.000 Beschäftigte in Pflegeberufen) könnten bis zum Jahr 2029 deutschlandweit bis zu 260.000 Pflegekräfte (Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflegehilfe, Altenpflege sowie Altenpflegehilfe) fehlen, zehn Jahre später könnten es bis zu 440.000 sein[63]. Hintergrund ist auch der demografische Wandel, der einerseits zu einem massiven Ausscheiden derzeit noch berufstätiger Personen aus allen Erwerbsbereichen führt und andererseits einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen mit sich bringt (Anstieg gegenüber 2019 um 17,5 %)[64], die (zukünftig) versorgt werden müssen. Für die spezifische Situation im Landkreis Fürstenfeldbruck hinsichtlich bereits bestehender und zukünftig zu erwartender Personalbedarfe sei an dieser Stelle auf Kapitel 1.4 des Berichtsteils zur Pflegebedarfsplanung verwiesen.

164

Die Betrachtung der Personalsituation ist aus zwei Perspektiven von Bedeutung. Einerseits geht es um den aktuellen Stand des beschäftigten Pflegepersonals, andererseits muss der (zukünftige) Bedarf an Pflegekräften berücksichtigt werden.

Dabei liegt der Fokus sowohl auf der Förderung und Rekrutierung neuer Auszubildender im Pflegebereich als auch auf Maßnahmen, die darauf abzielen, im Landkreis Fürstenfeldbruck beschäftigte Pflegekräfte zu halten.

---

62 Vgl. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/themenreport-pflege-2030, S. 56; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

63 Vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_033_23_12.html; zuletzt aufgerufen im Juni 2025

64 Vgl. https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2022/pm317/index.html; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Förderung der Ausbildungsbereitschaft von Altenpflegepersonal durch...		
Durchführung von Imagekampagnen und Projekten	Landkreis Fürstenfeldbruck, Koordination für Pflegeprojekt des Landkreises Fürstenfeldbruck, Verschiedene Fachkräfteinitiativen, Kliniken/Krankenhäuser, Ambulante Pflegedienste, Stationäre Einrichtungen, Eigenständige Tagespflegeeinrichtungen, Berufliche Schulen im Bereich Pflege (auch in der Stadt München)	kontinuierlich
Bewerbung bzw. Vermarktung der bestehenden Ausbildungsangebote im Bereich Pflege		
(Weitere) Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten für Auszubildende an den unterschiedlichen Ausbildungsorten		
Prüfung der Perspektiven zur Initiierung eines Ausbildungsverbundes Pflege (insbesondere nach Eröffnung der Pflegeschule im Bildungsquartier Germering)		

165

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Gewinnung und Ergreifen von Maßnahmen zum Verbleib von Pflegekräften durch...		
Gewinnung von ausländischen Fachkräften	Landkreis Fürstenfeldbruck, Jobcenter, Ambulante Pflegedienste, Stationäre Einrichtungen, Eigenständige Tagespflegeeinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Städte und Gemeinden, Kliniken/Krankenhäuser	kontinuierlich
Integration ausländischer Fachkräfte (z. B. durch Job-Speed-Datings) sowie Schulungen für Praxisanleitende		
Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf		
Schaffung von arbeitsplatznahem, bezahlbarem Wohnraum für Pflegekräfte (u. a. auch Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)		
Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Vermittlung von Kindertagesbetreuung und Angebot sogenannter „Muttischichten“		

166

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Gewinnung und Ergreifen von Maßnahmen zum Verbleib von Pflegekräften durch…		
Aus- und Fortbildung von Fachkräften im (teil-)stationären Bereich (Gerontopsychiatrische Zusatzausbildung)[65]	Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung, Trägerinnen und Träger pflegerischer Versorgung, Wohlfahrtsverbände	kontinuierlich
Aus- und Fortbildung von Fachkräften im ambulanten und stationären Bereich (Palliative Care)[66]		
Aus- und Fortbildung von Fachkräften mit Zusatzausbildung zur Wundexpertin/zum Wundexperten im ambulanten Bereich		

167

65 Auch im Handlungsfeld „Angebote für besondere Zielgruppen"

66 Auch im Handlungsfeld „Hospiz- und Palliativversorgung"

3.13 Altersarmut

Das Thema Altersarmut ist bereits seit einigen Jahren präsent und gewinnt weiterhin an Bedeutung. Es ist zu erwarten, dass diese zukünftig noch zunehmen wird. So zeigen Daten zur Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter einen kontinuierlichen Anstieg der Armutsgefährdungsquote bei älteren Menschen ab circa 65 Jahren (siehe hierzu Kapitel 2.3 f.). Weiterhin weisen Ergebnisse einer DIW-Studie zum Thema „Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung" auch auf eine verdeckte Altersarmut hin[67]. Es ist deshalb wichtig, die Situation finanzschwacher Seniorinnen und Senioren bei allen (zukünftigen) Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen immer mit zu bedenken.

Zum einen gilt es, über das Thema umfassend zu informieren und das Bewusstsein dafür zu schärfen – auch bei planungsrelevanten Akteurinnen und Akteuren in der Seniorenarbeit. Zum anderen sollten die bestehenden Angebote karitativer Initiativen und Stiftungen kontinuierlich bei den Zielgruppen bekannt gemacht und zugleich seitens des Landkreises sowie der Landkreisgemeinden aktiv unterstützt und gefördert werden.

Wichtig ist dabei, dass der Schwerpunkt bei der konkreten Bekämpfung von Altersarmut auf der Linderung durch karitative Angebote und Leistungen liegen muss, denn nach dem Renteneintritt ist in der Regel keine wesentliche Verbesserung der Einkommenssituation mehr möglich. Unabhängig davon sollte die Aufklärung und Information jüngerer Generationen zum Thema Altersvorsorge verstärkt gefördert werden.

168

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
Sensibilisierung und Information zum Thema Altersarmut	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Wohlfahrtsverbände	kontinuierlich
Aufrechterhaltung und Stärkung der Tafeln des Landkreises Fürstenfeldbruck	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Bürgerstiftung, Weitere Stiftungen, Gewerbetreibende (Spenderinnen und Spender)	kontinuierlich

67 Vgl. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.699934.de/19-49-1.pdf; zuletzt aufgerufen im Mai 2025

Maßnahmenempfehlung	Ansprechpersonen	Zeithorizont
(Weiterhin) Förderung von karitativen Initiativen und Stiftungen für Hilfebedürftige (zum Beispiel Mittagstischangebote, kostenfreie oder beitragsreduzierte Angebote)	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, Lokale Gaststätten, Betreiberinnen und Betreiber von Kantinen, Bürgerstiftung	kontinuierlich
Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten von vergünstigten ÖPNV-Tickets für Bedürftige	Landkreis Fürstenfeldbruck, Städte und Gemeinden, MVV	mittelfristig
Prüfung des Bedarfs und der Möglichkeiten zur Schaffung von Räumen zur Begegnung im westlichen Landkreis. Hierbei ist auch auf die Verfügbarkeit von konsumzwangsfreien Räumlichkeiten zu achten[68]	Gemeinden der ländlichen Versorgungsregion, Trägerinnen und Träger von Angeboten im westlichen Landkreis (beratend)	mittelfristig

169

68 Auch im Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe"